



Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft fernem
Dah Brot und Arbeit uns gerüstet sehen,
Dah unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
G. Hermann.

Telephon Nr. 2325.

Der

Sheetfonto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2-68
Ganzjährlich 5-76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 6

Wien, den 20. Februar 1913.

21. Jahrg.

Franz Schuhmeier.

Er war unser! Mag das stolze Wort
Den lauten Schmerz gewaltig übertönen.
Goethe.

Schmerzliches Leid ist über die österreichische Arbeiterschaft gekommen und tiefe Trauer senkte sich über die Welt der proletarischen Internationale. Das, was im ersten Moment des lähmenden Schreckens, als die Hiobsbotschaft durch alle Straßen unserer Reichshauptstadt flog, kaum zu fassen war, nun ist es allen zur fürchterlichen Gewissheit geworden: Franz Schuhmeier, der unermüdete Kämpfer der proletarischen Klassen, sein beredter Anwalt, liegt unter dem kühlen Rasen des Ottakringer Friedhofes, niedergestreckt als Blutopfer eines christlichsozialen Fanatikers, dessen mörderische Kugel den rastlosen Arbeiter für die große Sache des Volkes aus heimtückischem Hinterhalt traf. Auf dem Heimwege von einer Versammlung, als er von Stoderau auf dem Wiener Nordwestbahnhof anlangte, ist Franz Schuhmeier von der Browningpistole eines christlichsozialen Desperados rücklings gemuschelt worden.

Ein Licht ist uns allen jählings erloschen, das wegmüden Wanderern die Pfade erhellt, und ein Suchender und Führender ist aus der Bahn geschleudert worden, die er all den Tausenden, die heute trauern, voranschritt zum Aufstieg aus der sozialen Erniedrigung. Ein Aufrechter ist gefallen, einer, der mit gewaltiger Kraft an dem werdenden Tempel der Menschheit zimmerte, ist von frivoler Meuchlerhand feig gemordet worden. Und um ihn trauert das arbeitende Volk eines Reiches, wie einst das Volk der Griechen um den Götterfreund Iphikus geweint hat.

Schuhmeier war einer der bekanntesten Politiker Oesterreichs, und seine hohen Gaben rangen den Feinden nicht weniger Achtung ab, als sie die Arbeiter mit hoher Freude an diesem in allem prächtigen Menschen erfüllten. Es gab fast kein Gebiet in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen der proletarischen Bewegung, auf dem Schuhmeier sich nicht glänzend bewährt hat. Er war ein guter Journalist! Die „Volkstribüne“, das verbreitetste Blatt der Sozialdemokratie Oesterreichs, leitete er all die 21 Jahre, die sie besteht. Er war ein ausgezeichnete politischer Organisator! Ueber zwei Jahrzehnte war er der führende Mann, auch in organisatorischen Fragen der Partei in Wien. Aber sein Bestes zeigte er als Redner und als Parlamentarier. Wer ihn nicht gehört hat, hat keine Vorstellung von der Eigenart, der Kraft und dem Reiz seiner Rede. Im ganzen österreichischen Parlament — und innerhalb der bürgerlichen Parteien erst recht — gab es keinen glänzenderen, bedeutenderen Redner als Schuhmeier. Er war der Witzigste und Humoristischste und immer fand er das heitere, aber auch treffende Wort, das den Gegner niederschmetterte. Die österreichische Art des Debattierens und Zwischenrufens war niemand angenehmer als ihm. Mit einer überraschenden Wendung voll Mut gab er den Vorwichtigen, der ihm in die Rede fuhr, dem Gelächter preis. Aber so gern man Schuhmeier hörte, weil er immer trefflicheren Witz hatte, weil sein Humor niemals verfiel, ebenso sehr gefährlich war als Redner, denn der Mann mit der guten Laune war auch von tiefem Ernst und seine Rede war ausgezeichnet auch durch die gründliche Beherrschung des Sachlichen. Wer eine Rede Schuhmeiers gehört, dem blieb sie unvergesslich und nicht

verbleichen konnte der Eindruck. Er beherrschte alle Töne. Seine Worte und Sätze waren echt wienerisch der Klangfarbe nach, aber grundverschieden von den Untugenden des Wiener, der Leichtfertigkeit und der Nüchternheit. Er konnte den schwierigsten Gegenstand dem Verstand des Zuhörers beibringen, denn seine Rede war immer umflossen von Anmut und sie prägte sich tief in die Seele des Hörers ein. Aber auch der Born der Rede des freien Mannes war ihm gegeben, und wichtiger hat in Versammlung und Parlament niemand gesprochen als Schuhmeier. Und nichts kann erschütternder klingen als eine Anklage gegen Unrecht, die sich Schuhmeiers Brust entwand. Mit der unwiderstehlichen Kraft seiner Rede hat er den unmittelbarsten Erfolg erzielt, der jemals einem Redner im österreichischen Abgeordnetenhaus beschieden war.

Der Mann, der Sachkundige in den großen Fragen der inneren und der auswärtigen Politik, war aber auch der tüchtigste Kommunalpolitiker Wiens. Er beherrschte dieses Gebiet mit einer unübertrefflichen Vollkommenheit, und er hat für die Stadt Wien den größten Nutzen gestiftet. Tief eingegriffen war die Korruption in der christlichsozialen Kommunalverwaltung Wiens, aber Schuhmeier hob den Schleier vom Schändlichen ab, und vor dem, was er enthüllte, sind selbst die Abgehärteten erschrocken. Die er moralisch hingerichtet hatte, versuchten zweimal in Prozessen das Bild zu verwirren, das er von ihnen gezeigt, aber der glänzende Sieger in dem Prozeß blieb Schuhmeier. Seine letzte Großtat war die Wegsetzung des Wiener Bürgermeisters Neumayer, des Nachfolgers Luegers! Mit ein paar Worten hat er den Rücktritt des Mannes erzwungen.

Niemand hatten die erbittertsten Feinde der Arbeiterbewegung in Oesterreich, die Christlichsozialen, mehr als Schuhmeier. Sie standen ehrfürchtig vor dieser proletarischen Begabung, aber daß ein Proletarier ihre Scheußlichkeiten bloßlegte, daß er der größte und erfolgreichste Reiniger des öffentlichen Lebens in Wien war, das konnten sie nicht ertragen. Der Mann, der so sehr die Liebe des Proletariats, des ganzen Standes und die Achtung erworben, die Geradheit, Aufrichtigkeit und Redlichkeit erzwingen müssen, war gehaßt von denen, die das Volk täuschen, ihre Macht mißbrauchen, von denjenigen, deren Wesen Unehrlichkeit und Verrat ist.

Nun ist dieses reiche Leben ausgelöscht von der Kugel eines christlichsozialen Mordbuben, der, wohl vom tiefsten bohrenden Haß erfüllt, die Partei zu rächen beschloß, der Schuhmeier ein so gefährlicher und gefürchteter Gegner war. Seit zwei Jahren, das ist seit der großen christlichsozialen Niederlage in Wien, vermied es Paul Kunschak, irgendwo Arbeit überhaupt zu suchen und widmete sich, wie nachgewiesen ist, ausschließlich der christlichsozialen Parteiarbeit. Und die Tatsache, daß er Monate hindurch in seiner Wohnung eine förmliche Werkstatt eingerichtet hatte, wo er Geschosse präparierte, um ihre Wirkung fürchterlich zu gestalten, beweist wohl am besten, wie planmäßig und kaltberechnend der Mord von dem Bruder des christlichsozialen Landtagsabgeordneten Leopold Kunschak und dem Schwager des christlichsozialen Gemeinderates Mendler vorbereitet war. In Paul Kunschak hat sich gleichsam die ganze Vergiftung des öffentlichen Lebens durch die christlichsoziale Partei in ihrem ganzen moralisch zersetzenden Niederschlag kristallisiert. Hier war die Noheite, von der die Politik der Christlichsozialen die letzten Jahre hindurch reichlich gezeugt hat, bis zur höchsten Potenz, zur viehischen Bestialität gesteigert. Es ist ein großer und unerfesslicher Verlust für uns alle, daß du, Franz Schuhmeier, dafür als Blutzeuge hast fallen müssen!

Mehr Macht!

Die Lehren der letzten parlamentarischen Abstimmungen.

Der Verrat an den Interessen der Eisenbahner durch die bürgerliche Parlamentsmehrheit wird in den verschiedenen Eisenbahnerfachblättern noch immer eifrig kommentiert. Und aus den unterschiedlichen Betrachtungen klingt vielfach ein Ton der Resignation, der eine Art starke Enttäuschung erkennen läßt, die die Hoffnung auf das Haus der Gesetzgebung bei vielen Leuten erfahren hat. Das ist einerseits gewiß nicht weiter verwunderlich, beweist aber andererseits nur, daß eine starke Verkennung der wirtschaftspolitischen Tatsachen gerade bei den Eisenbahnern vorherrscht. Aber auch das wird vielleicht verständlich, wenn man das Wesen und den Werdegang des österreichischen Parlamentarismus ein wenig näher verfolgt.

Die österreichische Arbeiterschaft mußte erfahrungsgemäß einen langen und schwierigen Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht führen, um sich damit erst einen Einfluß auf die Geschichte und Schicksale dieses Staates zu sichern. Daß man in einem Kampf für eine Idee vor allem Begeisterung, Hingabe und eines starken inneren Glaubens bedarf, das hat die ganze Geschichte des österreichischen Wahlrechtskampfes gelehrt. Daß alle diese Voraussetzungen in reichem Maße vorhanden waren, ist aber vor allem auch aus der vollständigen politischen Rechtlosigkeit, die der Arbeiterschaft zugemessen war, zu verstehen, und die es bewirkte, daß es damals ein Recht auf Versammlungen, Vereinsbildung und Pressefreiheit einfach nicht gab. Das Maß der Arrest- und Geldstrafen, die damals verhängt wurden, nur weil der österreichische Bürokratismus eine Bewegungsfreiheit einfach nicht duldet, ist ein unendliches, und für die jüngere Generation unter den organisierten Arbeitern vielleicht gar nicht mehr recht verständlich. Daß sich diese vormärzlichen Zustände recht gründlich änderten und damit die Bahn für den Ausbau und die Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen frei wurde, ist heute zunächst ein Erfolg jener gewaltigen Bewegung, die der Arbeiterschaft einen Einfluß auf die Gesetzgebung brachte und sie wenigstens politisch zu ebenbürtigen Staatsbürgern machte. Aber es ist nicht zu leugnen, daß heute trotzdem ein Teil der Arbeiterschaft von dem Parlamentarismus enttäuscht ist. Gewiß wird ja auch von diesen „Parlamentsmüden“ die Tatsache kaum geleugnet, daß die bisherige parlamentarische Arbeit uns eine ganze Reihe von Gesetzen, insbesondere von Verbesserungen, die an diesen vorgenommen wurden, gebracht hat, und daß verschiedene, auf die Rechte der Arbeiterschaft abzielende Verschlechterungen erfolgreich abgewehrt werden konnten. Aber was viele Leute verdrießt, das ist, daß es zu langsam geht, und daß Anträge, die von den Vertretern der Arbeiterschaft in deren Interesse immer wieder gestellt werden, ebenso regelmäßig von den bürgerlichen Politikern abgelehnt werden. Und es gibt sogar Leute, die meinen, daß es, wenn dieses oder jenes nicht gelingt, schon gleich besser wäre, dieses Parlament zu zerschlagen, indem man zur Obstruktion greift. Was aber freilich solche Ansichten, die sie und da auftauchen, von vornherein stark diskreditiert, das ist, daß sie sich in einer ganz merkwürdigen Uebereinstimmung mit jenen Leuten befinden, die als Klasse im Parlament regelmäßig die sozialdemokratischen Anträge niederstimmen helfen, und die in ihren Blättern hinterher beweisen, daß das Volksparlament zu nichts nütze sei, und daß darin kein Fortschritt für die Arbeiter zu erzielen sei. Schon darin drückt sich natürlich der Beweis aus, daß es den bürgerlichen Klassegegnern der Arbeiterschaft eigentlich darum zu tun ist, diesen das Vertrauen zum

Parlamentarismus zu erschüttern, um auf diese Art dem versteckten Absolutismus, der in Oesterreich bekanntlich durch den § 14 seine Hintertür findet, die Wege zu ebnet. Und es würde den bürgerlichen Parteien, deren Vorfahren einst auf den Barrikaden um die Verfassung kämpften, auch gar nichts daran gelegen sein, wenn die absolutistische Bureaucratie gleich ganz wieder in ihre Rechte treten würde. Das Bürgertum als besitzende Klasse hat eben heute seine Stellung gegen ein st. grundsätzlich verändert. Ursprünglich rang das Bürgertum um die politische Demokratie in den alten Feudalstaaten mit dem Adel und der kirchlichen Hierarchie, und es galt, seine Macht gegenüber diesen allein herrschenden Faktoren durchzusetzen. In dieser Periode, die die Zeit der bürgerlichen Revolutionen darstellt, hatte die Bourgeoisie auch das Proletariat an seiner Seite, denn es handelte sich um verträgliche Bundesgenossenschaft gegen Adel und Klerus. Es war der rein politische Kampf um die Entwicklung des Staatslebens, der die Entwicklung und den Aufstieg der Bourgeoisie selbst bedeutete. Aber mit der politischen Bedeutung, die die Bourgeoisie erlangt hatte, mit der Bewegungsfreiheit, die ihr die Demokratisierung des Staatslebens brachte, wuchs auch ihre wirtschaftliche und soziale Macht, und der Kapitalismus betrat die Bahnen seines riesenhaften Aufstieges. Mit der Macht des Bürgertums, mit der Entwicklung seines Wohlstandes und seines Reichtums wuchs aber auch die Zahl der Abhängigen, der Lohnarbeiter. Und so landete der ganze soziale Prozeß einfach dort, wo die Lohnarbeiter sich gegen jede Form von Ausbeutung zur Wehr setzten, wo der Kampf, der vordem ein rein politischer war, immer mehr ein Kampf um den Lohn ober um den Ertrag der Arbeit wurde.

„Immer mehr nehmen die Kollisionen zwischen den einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an. Die Arbeiter beginnen damit Kollisionen gegen die Bourgeoisie zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohnes. Sie stiften selbst dauernd Affoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Stellenweise bricht der Kampf in Emeuten aus. Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter greifende Vereinigung der Arbeiter. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lohnkämpfe mit überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren.“ (Das „kommunistische Manifest.“)

Wir sehen diese Tendenzen, die hier von Marx und Engels in so klaren Worten aufgezeigt wurden, in der heutigen kapitalistischen Volkswirtschaft immer deutlicher wirksam werden. Aber diese Kämpfe, die sich draußen im wirtschaftlichen Leben abspielen, die als Streiks um einen höheren Lohn oder um kürzere Arbeitszeit in die Erscheinung treten, bleiben auf die Parlamente nicht ohne Wirkung. Vor allem ist es die Arbeiterklasse selbst, die, je heftiger diese sozialen Kämpfe werden und je erbitterter sie

zwischen Arbeitern und Unternehmern geführt werden, die Parlamente zur Unterstützung der Arbeiterforderungen benützt. Sie läßt keine Gelegenheit vorübergehen, wo sie nicht durch ihre parlamentarischen Vertreter ihre Anträge stellt, und auf diese Art die bürgerlichen Vertreter zwingt, zu allen Fragen der Arbeiterpolitik klare Stellung zu nehmen. Aber je mehr und je öfter das geschieht, desto einheitlicher und geschlossener wehren sich die bürgerlichen Parlamentarier dagegen. Die Bourgeoisie kennt der positiven Sozialpolitik der Arbeiterklasse gegenüber eben nur einen Standpunkt: „Bei jeder Arbeiterforderung fragt sie sich, wie sie auf die Produktionsentwicklung wirken, und wie sie mit den Interessen der anderen Volksschichten, selbst mit dem Konkurrenzinteresse der Kapitalistenklasse, in Einklang zu bringen sei. Man vergleiche demgegenüber zum Beispiel die Taktik der Agrarier. Wenn die Agrarier hohe Getreidepreise haben wollen, diktiert sie Getreidezölle; die Industrie und die Massen des konsumierenden Volkes mögen dann sehen, wie sie dabei wegkommen, das geht die anderen nichts an! Nein, nicht an dem Willen und an der Taktik der Sozialdemokratie liegt es, wenn sie keine gesetzgeberischen Erfolge aufzuweisen hat, sondern daran, daß man der geringsten Anregung ihrerseits den größten Widerstand der Parteien und der Regierung entgegensetzt. Jede Maßnahme der kapitalistischen Regierungen, jede Handlung der bürgerlichen Parteien wird darauf geprüft, ob nicht etwa dadurch die Sozialdemokratie gestärkt werde. Die Bourgeoisie gibt lieber ihre eigenen Vorteile preis, um nicht nur das Proletariat aufkommen zu lassen.“ (Parvus: „Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus.“) Die Bourgeoisie, die wirtschaftlich die Staatsmacht darstellt, hat den Klassenkampf einfach auf die Parlamente übertragen. Aber bei allen Widerständen, die sie politisch als eine einheitlich geschlossene Klasse den Arbeiterforderungen entgegensetzt, kann sie nicht verhindern, daß gerade den Arbeitern dadurch immer deutlicher zum Bewußtsein gebracht wird, daß alle Kämpfe, die irgend um den kleinsten sozialen Fortschritt geführt werden, sich zu Machtkämpfen zwischen Bourgeoisie und Proletariat gestalten.

Und das ist zunächst der unschätzbare Vorteil, den der Parlamentarismus für die gesamte Arbeiterklasse besitzt: der Kampf der besitzenden Klassen, der sich im absolutistischen Staat verhält, als Kampf der Staatsmacht gegen die Arbeiter abspielen mußte, offenbart sich durch das Parlament als das, was er ist, als ein Kampf der Bourgeoisie gegen das besitzlose Proletariat. Staatsmacht und Parlament erweisen sich solcherart als Instrumente des Klassenstaates, der sich mit allen seinen Machtmitteln gegen den wirtschaftlichen Aufstiege der Arbeiter zur Wehr setzt. Und wenn einst, als die Sozialdemokratie im Parlament keine Vertretung hatte, die bürgerlichen Parteien gegen diese den Vorwurf erhoben, daß sie keine positive Arbeit wolle, so zeigt sich jetzt, wo die Sozialdemokratie durch das Parlament zur Mitarbeit berufen ist, daß in Wahrheit die bürgerlichen Parteien

keine positive Arbeit im Interesse der Arbeiter wollen, und sie verhindern, wo sie nur können!

So wird also das Streben der Arbeiterklasse nach wirtschaftlichen Erfolgen immer mehr zu einer reinen Machtfraße. Und da sollte nun vor allem für die österreichischen Eisenbahner die Betrachtungsweise einsetzen und die Frage aufgeworfen werden, ob diese Umstände bisher allseits richtig gewürdigt worden sind. Leider waren die Eisenbahner vielleicht von allen Branchen unter der Arbeiterschaft bisher am meisten in alle möglichen „Richtungen“ gespalten. Während allerdings der weitaus größte Teil im Lager der Sozialdemokratie stand, sammelte sich ein anderer Teil bei den Christlichsozialen, bei den Nationalen oder in Dutzenden von sogenannten Kategorienvereinen, und bewirkte auf diese Weise Zersplitterung statt Geschlossenheit, Schwächung und Ohnmacht, anstatt wachsenden Einfluß und zunehmende Macht. Und die Regierung und die bürgerlichen Parteien sahen mit Vergnügen zu, und verstanden es daraus bei jedem Antrag, der für die Eisenbahner im Parlament gestellt wurde, die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Je mehr die sogenannten „Christlichen“ und „Nationalen“ unter den Eisenbahnern Anhang sammelten, desto leichter wurde der Regierung ihr Widerstand und den bürgerlichen Parteien ihr Verrat. Und so zeigt sich immer deutlicher, daß sich Eigenbrötelei und Verkennung der Klasseninteressen unter den Eisenbahnern schwer rächt. Wird die österreichische Eisenbahnerschaft geschlossen wie ein Mann einmal in der viel verlästerten und verleumdeten sozialdemokratischen Organisation stehen, dann erst wird es den Feinden klar werden, daß sie das Spiel mit dem Feuer nicht mehr wagen dürfen, und sie werden der Macht und dem Zwang gehorchen, wenn sie den aus der Not geborenen Wünschen der Eisenbahner Rechnung tragen. Heute ist der schlimmste Feind, den wir zu bekämpfen haben, das mangelnde Klassenbewußtsein in den eigenen Reihen, das leider bewirkt, daß noch ein Teil der Eisenbahner in den nationalen und christlichsozialen Organisationen den bürgerlichen Verrätern die Mauer macht. Die Lösung für die Zukunft muß daher sein: Mehr Macht! durch eine große, einheitliche, auf den Boden des Klassenkampfes stehende Gewerkschaft!

„Das Opfer liegt, die Raben steigen nieder...“

Der christlichsoziale Mordmord an dem Abgeordneten Schuhmeier.

In diesen Tagen, wo die österreichische Arbeiterschaft von tiefer Trauer über den tragischen Verlust eines ihrer Besten erfüllt ist, hat sich so recht der wütende Haß der bürgerlichen Scharfmacher christlichsozialer und nationalverbändlerischer Couleur gegen die organisierte Arbeiterschaft entzündet. Während die verschiedenen bürgerlichen Korporationen heuchlerisch ihr Beileid ausdrücken, rückt fast zur selben Zeit die

Feuilleton.

Am Bahnhof.

Das ist ein Drängen und ein Hasten,
Ein Jagen wie nach fernem Glück,
Vorüber Reisende und Lasten,
Und stille Wehmut bleibt zurück.

Noch brennt ein Ruf auf meinen Lippen,
Ein Pfiff erklingt wie Schmerzensschrei;
Das Eisentier hebt seine Rippen,
Run braust schon Zug und Zeit vorbei.

Am Straßenrand vor dem Portale
Streckt sich mir eines Bettlers Hand
Berkwält entgegen, die im Tale
Des Schicksals keine Stütze fand.

Mit Bügen, unbewegt, ergeben,
Vom überlauten Tag umkreist,
Gleicht er dem seelenlosen Leben,
Das starr den Boll des Leides heischt.

Otto Killa.

Der entlassene Sträfling*).

Steht da ein Mensch, fern der Straße, einsam auf einer Wiese.

Stünde er um die Zeit des Abenddämmerns hier, so lehnte sein Schatten an der stahlgrauen Tannenmauer des Waldes.

Aber es ist Nacht.
Im Forste hängt ein Sturm wie ein Flughund auf einem Baum und heult.

Ganz hoch oben, im schwebenden Gewölke des Himmels baumelt ein Stern.

Gleich einer Kellerlaterne wirft er sein mattes Lichtlein in den Waldschacht und entzündet die rote Steinfackel eines mächtigen Fabrikhornsteins, auf den sein weißes Gesprühe fällt und der aus dem tiefen Tal zur Höhe der Bergwiesen und Wälder ragt.

*) Alfons Behold: „Seimat West“. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Jgona Wronb, Wien VI, Gumpendorferstraße 18. Preis Kr. 1.20.

Mit singenden Augen erfaßt der einsame Mensch auf dem Wiesenhange das riesige Felzzeichen der Industrie. Sein kurz vorher noch frierendes Herz glüht in heißer Freude.

Nicht achtet er des Sturmes, der lakonisch auf seinen Rücken springt, nicht des schweren regenrächigen Gewölkes, das auf ihn herabdräut.

Was kümmert ihn diese stürmische Nacht! Morgen früh wird er dort unten in der großen Zementfabrik Arbeit finden. Von weither ist er gekommen, als er hörte, daß man hier die Leute braucht zum Steinbrechen und Brennen und nicht viel fragt nach Herkunft und Vergangenheit des Arbeitenden.

Nun wird er, der entlassene Sträfling, endlich ein Ziel für sein Wandern finden, das ihm nichts eintrug als Schmach, Demütigung, Hunger und wunde Füße.

Noch einmal grüßen seine Augen die winkende Wiesenfläche.

„Morgen früh!“
Dann legte er sich in den Schutz einer Scheuer zum Schlafe nieder.

Die ganze Nacht hat es geregnet.
Sie und da fällt noch ein Wassertropfen aus dem stürmzerwirren Haar einer schmalen Wolke auf die morgendliche Erde.

Der ausgewaschene Himmel hohlt mit seinem unbarmherzigen erstarrten Hellblau, das der Hornhaut des mordtiefen Auges eines Wiesenfisches ähnlich ist, den zu Tale steigenden Wanderer an.

Der hat alles vergessen, was an seelischer Qual und körperlicher Not hinter ihm liegt, die mißtrauischen Blicke der Unternehmer, bei denen er um Arbeit vorsprach, das Inatrende, beschimpfende Geräusch der Schiffseln, die vor ihm Tür und Tor sperrten, die heißen, brennenden Straßen am Tage, die kalten, feuchten Lagerstätten der Nächte, die Noheit der Gendarmen, der Stadt- und Dorfvorsteher und den Hunger. Jetzt trägt sein Herz die Wärme der Hoffnung durch die kühle Landschaft und sein Bild sagt zu jedem Arbeiter, den er auf dem Wege zur Fabrik trifft:

„Kamerad, heut ist ein feiner Tag, was? Brennt keine Sonne und man verbürstet nit beim Schaffen. Zuhu, das wird ein gutes Arbeiten sein! Zuhu!“

Und zieht er an einem vorbei, der ein wenig kränklich ausschaut oder gar schon alt und schwach ist, tröstet er ihn in der Stille:

„Braucht keine Angst haben. Ich bin ein baumstarker Kerl, kann für drei Arbeiter, wenn es not tut, arbeiten; werd' Dir schon helfen!“

Mit allen ist er schon gut Freund, wenn auch noch keiner mit ihm ein Wort gesprochen hat und ihn höchstens voll Neugier von der Seite anblinzelt.

Nur ganz in der Tiefe seines Lebens, unter der Asche des Erinnerns glöht die Furcht, wieder abgewiesen zu werden, zurück auf die Straße geschleudert, in deren Sand und Staub das Verbrechen brüet, und wenn er zufällig einen der ihn bedrückenden, mißtrauischen Blicke faßt, glimmt der glöfende Funke zu einer feurigen Lohe auf, die ihm Hirn und Herz in eine Blut des Entsetzens hüllt.

Aber nur auf einen Augenblick. Die Flamme der Angst sinkt sogleich zum versteckten Fünkchen zusammen, das in der Nähe der Fabrik sogar aus dem Herzen des arbeitenden Mannes fällt und unter dem zukunftsstrotzen Schritt seiner Füße verlischt.

„Witt' schön, Herr Portier, ich komm' um Arbeit anfragen!“

„So! Na, da geh's die Stieg'n da nauf, im ersten Stock rechts. Steht es auf der Tür »Privatcomptoir«. Der Herr Direktor ist grad' kommen!“

Er nimmt zwei Stufen auf einmal und kopft mit zurückgehaltenem Atem an der bezeichneten Tür — — —

„Herrrein!“
Die schweren „r“ rollen über den ganzen Gang.

Die Angeln der Tür kreischen auf, so wie die Kiegelein der Türen im Gefangenhaus kreischen — — —

Und der Mann weiß auf einmal, daß seine letzte Hoffnung auf Arbeit zuschanden wird, daß es ein Unsinn ist, dem Herrn mit dem gelben Geflecht, der vor ihm an einem Schreibtisch klebt, darum zu bitten. Stolpernd kommen die Worte aus seinem Mund:

„Küßt Hand, Herr Direktor — ich — ich — möcht' gern um — a Arbeit — bitten!“

„Arbeitsbuch!“

Dieses Wort, das der Direktor aus einer Wolke Tabakdampfes springen läßt, trifft den Bittenden wie eine erwartete Ohrfeige.

Gedacht, wie einer, der Krügel empfangen soll, reicht er das, in Zeitungspapier eingeschlagene Arbeitsbuch in die Rauchwolke hinein.

Was nun kommt, ist ihm so unerträglich klar und bewußt, wie dort draußen des Himmels wässerige Bläue.

ganze korrupte Preßfanaille aus, um diesen schieflichen Meuchelmord zu einer Hebe gegen die Organisationen der Arbeiter zu fruktifizieren. Die Wiener Blätter freilich getrauten sich im ersten Augenblick nicht „loszulegen“, und mußten sich mit Rücksicht auf das einstimmige Urteil, das unter der Bevölkerung über das schreckliche Verbrechen herrschte, weise Zurückhaltung auferlegen. Dafür aber brach die Meute in der Provinz los, die es sofort heraus hatte, daß Paul Kunschak als „Opfer des gewerkschaftlichen Terrors“ in der Verzweiflung seinen Racheplan geschmiedet hatte. So schreibt das führende Blatt des deutschböhmischen Bürgerums, die „Bohemia“:

Nicht ohne Mitleid kann man sich dem unglücklichen Täter Paul Kunschak zuwenden. Wie groß muß die Verbitterung dieses Menschen, wie groß die durch eine solche Verbitterung hervorgerufene Verschiebung der Rechtsbegriffe gewesen sein, wenn dieser intelligente Arbeiter den Tod eines unschuldigen und unbeteiligten Menschen für ein Äquivalent des ihm geschehenen Unrechtes betrachtete. Denn Unrecht war diesem Manne, der nicht den Arbeitgeber, den „Ausbeuter“, sondern seinen natürlichen Verbündeten, den Arbeiterführer mit dem Revolver anging, seit Jahren geschehen. Jenes Unrecht, das die sozialdemokratischen Organisationen im Bewußtsein ihrer starken Macht und mit unbarmherziger Energie allen denen antun, die sich ihrem Diktat nicht fügen. Der Terrorismus, mit dem die sozialdemokratischen Organisationen, dort, wo sie das Heft in Händen haben, allen Andersgefinnten das Brot entziehen, ist noch nie in so scharfer Beleuchtung gerückt worden, wie durch die verdammenswerten Tat jenes Unglücklichen, der den Schuß auf Schuhmeier abgab. Seine Tat ist mit dem Martirium, das er erlitten, nicht gerechtfertigt und nicht entschuldigend. Sie wird auch ohne Einsicht auf die Taktik der sozialdemokratischen Partei sein. Keine Todesopfer und keine Strafen wegen Erpressung werden diese Partei abhalten, von ihrer Macht Gebrauch zu machen. Die Geschichtlichen, welche auf dem Welttheater spielen, schließen nicht, wie in den Schullesebüchern, mit Moralsprüchen.

Und die nationalverbändlerische „Reichenberger Volkszeitung“ sagt dazu:

Der Mörder ist ein christlichsozialer Parteigänger, er ist, was von der Sozialdemokratie besonders verurteilt werden hervorgeht, von der sozialdemokratischen tischen Abgeordneten Volkert unterlegenen ehemaligen Abgeordneten Kunschak, er ist aber, wie aus vorliegenden Meldungen hervorgeht, von der sozialdemokratischen Gewerkschaft auch in seiner Existenz bedroht worden. Sozialdemokratischer Terrorismus vertrieb ihn von den Arbeitsstätten, überantwortete ihn und vielleicht auch seine Familie erbarmungslos der Not — aus politischem Gegensatz. Das macht es begreiflich, daß der Haß in ihm gegen die Sozialdemokratie anwuchs und aus dieser Stimmung heraus muß die verbrecherische Tat erklärt werden. Eine Entschuldigung gibt es für sie nicht, aber eine Mahnung mag sie an die sozialdemokratische Führung sein, von dem Terrorismus, der selbst über vernichtete Familiengestirne und über Leichen hinwegfährt, wenn es die Wahrung oder Durchsetzung der Parteiinteressen gilt, abzulassen.

Das deutschnationale „Grazzer Tagblatt“ — Chefredakteur Dr. Weidenhoffer — schleimt sich folgendermaßen aus:

Das tragische Geschick Schuhmeiers wird man allgemein bedauern, die Tat Kunschaks verdammten. Es muß aber doch festgelegt werden, daß Schuhmeier nur ein Opfer der Politik seiner eigenen Partei

„Ah! Sie kommen erst aus dem Zuchthause — zwei Jahre wegen Totschläges. Hm! hm! Ja, da muß ich bedauern. Sie nicht aufnehmen zu können. Die Rücksichten auf die Arbeiterchaft des Gewerkes verbieten.“

Während der Direktor so spricht, steigt vor den starren Augen des entlassenen Sträflings ein Bild auf:
Wie seine Mutter starb.

In einem reinen, blütenweißen Spitalbett, die sorgende Pflegenonne am Kopfende stehend, zu Füßen die weinenden Kinder. Und mit abgearbeiteten Händen den Frieden des Todes greifend. Voll Dankbarkeit für das Leben, das ihr immer an Arbeit genug gab, um Brot für sich und die Kinder zu erwerben.

Sein Sterben wird anders sein, irgendwo in einem schmutzigen Inquisitionspital oder auf einem Misthaufen....

Mit einem verschämten Lächeln nimmt er seine Dokumente und geht langsam ohne Gruß zur Tür hinaus und die Treppe hinunter. Auf der letzten Stufe beginnt er zu singen:

Ich bin da Zuchthofer
Von da Sunnseit'n,
Hab' gwa Gas im Stall
Und a Habernleit'n,
Hab' gwa Noß burn Wag'n
Und a schwarze Kuah
Saubre Mad'ln a
Dö hab' i gnuu.

Jodelnd schlenkert er an dem verduhten, Portier vorbei. Was braucht dieser Fressling zu sehen, wie armselig es in ihm ausschaut.

Wo die Straße ins Dorf biegt, lehnt er sich an einen Baum. Ihm ist entsetzlich zumute. Er glaubt nicht mehr weiter zu können. Der wühlende Hunger und diese wehe, zertretene Seele.

Ein armer Häusler, der eine Kuh zum Verkauf in die Stadt treibt, sieht den Mann an dem Baume lehnen, tritt herzu und fragt mitleidig:

„Is ent vielleicht übel worn? Kommts, loahnts ent af mi, i weiß ent ins Dörfel ein!“

Da springt ein furchtbarer graufiger Haß auf alles, was da Leben heißt, in dem Herzen des entlassenen Sträflings auf. Er stößt das erschrockene Bäuerlein weit von sich:

„Trottel!“
Und läuft wie ein Hasengieriger Hund über die Felder dem schwarzen Walde zu.

wurde. Dieselbe Partei, die sich stets als Hüterin der Freiheit ausgibt, zu deren grundlegenden Forderungen das Recht auf Koalitionsfreiheit gehört, raubt dem politischen Gegner das Recht auf Arbeit, nur weil er — ein politischer Gegner ist. Von Werkstätte zu Werkstätte wurde der Mörder Schuhmeiers gehetzt, weil er sich der sozialdemokratischen Organisation nicht fügen wollte. An ihm erfüllte sich die sozialdemokratische Kampfmethode: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein.“ Unzählige Arbeitswillige, die oft nur bei einem Streit nicht mitzumöchten, der nicht aus wirtschaftlicher Not als wirtschaftlicher Kampf entstand, sondern der von sozialdemokratischen Führern heraufbeschworen wurde zur Begründung und Führung ihrer unumschränkten Macht, mußten sich hierbei nicht nur Schmähungen und Verfolgungen, sondern auch schweren Gefahren für Leib und Leben aussetzen. Die Tat Kunschaks wird dadurch, es sei dies neuerlich hervorzuheben, nicht entschuldigend. Aber die Sozialdemokratie, die so viel Haß gegen alle Andersdenkenden hat, erliefte hier verbißene Feindschaft, die selbst vor der Nordweste nicht zurückschreckt.

Die christlichsoziale „Oberösterreichische Volkszeitung“ geht direkt aufs Ziel los. Sie redet einer Einschränkung des Koalitionsrechtes das Wort, indem sie schreibt:

„Für den Staat muß diese schreckliche Missetat der Anlaß sein, in Zukunft auch auf den Schutz der Arbeitswilligen bedacht zu sein. Wie feststeht, hat Paul Kunschak die Tat aus Verzweiflung über die Verfolgungen, denen er seitens der sozialdemokratischen Partei ausgesetzt war, begangen. Er, der Arbeitswillige, konnte infolge dieser Verfolgungen nirgends Arbeit finden. Im Hinblick darauf wird, wie berichtet wird, die christlichsoziale Vereinigung des Abgeordnetenhauses die schleunige Vorlage eines Gesetzentwurfes über den Schutz der Arbeitswilligen vorlegen. Der Terrorismus, der außerhalb der sozialdemokratischen Organisation stehende Arbeiter erbarungslos aus der Werkstätte hinausdrängt, muß ein Ende finden. Das Recht auf Arbeit muß gewahrt werden, dies ist die Pflicht des Staates.“

Auf denselben Ton sind natürlich die Auslassungen des Wiener „Deutschen Volksblattes“ gestimmt. Es weiß nämlich zu melden, daß die christlichsoziale Vereinigung im Parlament den kürzlich vom Abgeordneten Doktor Schöpfer eingebrachten Gesetzentwurf „zum Schutz der Arbeitswilligen“ urgieren werde, und sagt dann:

Wie nunmehr feststeht, hat Paul Kunschak die Tat aus Verzweiflung über die Verfolgungen, denen er seitens der sozialdemokratischen Partei ausgesetzt war, begangen. Er, der Arbeitswillige, konnte infolge dieser Verfolgungen nirgends Arbeit finden. Im Hinblick darauf wird, wie berichtet wird, die christlichsoziale Vereinigung des Abgeordnetenhauses die schleunige Vorlage eines Gesetzentwurfes über den Schutz der Arbeitswilligen urgieren.

In Wirklichkeit ist aber die Schauermer von dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsterrorismus, den die ex offo-Berteidiger Kunschaks zur Erklärung seiner Tat vorzuschützen, entunken und erlogen. Ob Kunschak unter den Verfolgungen der Arbeiter viel zu leiden hatte, darüber kann man aus dem Arbeitsbuch Aufschluß erhalten. Das Arbeitsbuch erzählt uns, daß Paul Kunschak immer ein Wandervogel war und nirgends lange geblieben ist, und es zeigt, daß er schon vor dem Jahre 1905, wo es mit den Siemens-Schubert-Werken zum Konflikt kam, seine Arbeitsplätze ebenso oft gewechselt hat, wie nachher.

Was den Konflikt in den Siemens-Schubert-Werken betrifft, den er zu der Denunziation zweier Vertrauensmänner bei Gericht benutzt hat, so ist durch die seinerzeitige gerichtliche Verhandlung festgestellt worden, daß von dem Kunschak gar nichts anderes verlangt worden war, als das Selbstverständliche, daß er sich von der gewerkschaftlichen Organisation des Betriebes nicht ausschließe, was er aber, den offenbar die perverse Lust nach einer Märtyrerrolle antrieb, absichtlich tat. Natürlich wurde er von der Arbeiterschaft darauf überall einfach gemieden, niemals wurde er aber auf seinen Arbeitsplätzen behelligt. Er konnte arbeiten, wo er wollte, solange er wollte. Um den Lügen über den „sozialdemokratischen Terrorismus“ ganz gründlich den Garaus zu machen, wollen wir genau erzählen, wie es ihm auf seinen drei letzten Arbeitsplätzen erging: Er war vom 2. November 1907 bis zum 2. August 1910 in der Fabrik von Roth. Die Betriebskanzlei berichtet darüber:

„Paul Protokollbuch ist Paul Kunschak aus dem Betrieb freiwillig ausgetreten. Vorher hat sich allerdings noch etwas abgespielt. Paul Kunschak ist nicht zur Arbeit gekommen, weil er erkrankte, immer zur Versammlung gehen zu müssen.“

Paul Kunschak hat seine eigenen Gesinnungsgenossen, christlichsoziale Arbeiter, wiederholt bei seinem Werkdirektor denunziert. Der frühere Werkdirektor war selbst ein christlichsozialer, der ihn wieder aufnahm, weil Paul Kunschak christlichsozial gesinnt war. Als er aber bei seiner Arbeit immer nachlässiger wurde, hat ihm der Werkdirektor, sein eigener Parteigenosse, deshalb wiederholt Vorstellungen gemacht. Paul Kunschak trat dann mit der Begründung aus dem Betrieb aus, er habe in den städtischen Gaswerken eine Anstellung erhalten.

Dann war Paul Kunschak in der Fabrik des Reichratsabgeordneten Friedmann vom 5. Oktober 1910 bis 8. Jänner 1911 beschäftigt. Darüber berichtet Abgeordneter Friedmann:

„Mir ist unbekannt, daß die Arbeiter in unserem Betrieb jemals das Verlangen gestellt hätten, Kunschak zu entlassen. Wenn das der Fall gewesen wäre, müßte ich unter allen Umständen davon wissen. Es ist weder zu politischen, noch zu anderen Nebereien zwischen Kunschak und den anderen Arbeitern gekommen.“

Und nun zur letzten Firma, bei der Kunschak arbeitete: es ist die Kraftwagen-Gesellschaft auf dem Pfersgrund in Wien. Der Betriebsleiter Robert Klein teilt darüber folgendes mit:

„Paul Kunschak ist von uns nicht entlassen worden, sondern er ist selbst gegangen. Niemand hat ihm etwas in den Weg gelegt, auch die Arbeiter nicht. Von den Arbeitern ist ihm keine Zuneigung entgegen, sonst hätte er auch nicht ein halbes Jahr hier sein können.“

Damit sind die Erfindungen von den Verfolgungen, mit denen seine Freunde den Mörder entlasten wollen, erledigt. Warum hat nun Paul Kunschak seit anderthalb Jahren keine Arbeit bekommen? Darüber können freilich weder das Arbeitsbuch, noch die Unternehmner Aufschluß geben. Aber das ist nun auch aufgeklärt: Der Mörder hat dem Polizeirat Stukhart beim Verhör selbst erklärt: „Seit Dezember 1911 habe ich keine Arbeit mehr gehabt; ich habe seit dieser Zeit auch keine Arbeit mehr gesucht.“

Damit steht fest, daß es nicht die Verfolgung der Sozialdemokraten, sondern seine eigene Arbeitslosigkeit war, warum er anderthalb Jahre ohne Arbeit blieb. Arbeitslos war es eigentlich nicht; er hat an dem Mordwerk gearbeitet! Er hat Dummdummes gegen die Sozialdemokraten fabriziert. Mit kaltem Blut hat er den Mord geplant, mit kalter Ueberlegung ihn vorbereitet und mit kalter Feindschaft vorbedacht. Aber das hindert jetzt das arbeiterfeindliche Gesindel nicht, den Meuchelmord für seine Zwecke auszunutzen, indem man mit kalter Berechnung daraus Anschlagpläne gegen das Koalitionsrecht und damit gegen den wirtschaftlichen Fortschritt der Arbeiterklasse zu schmieden sucht! Sie sind einander würdig, der Paul Kunschak und sie, die an dessen bestialischem Meuchelmord ihr Süpplein kochen möchten.

Das Ende eines deutschböllischen Arbeiterbetruges.

„Das deutschböllische Arbeitersekretariat im Hotel „Europäischer Hof“ wurde gestern geschlossen. Die dort untergebrachte Stellenvermittlung der Sektion Karlsbad der deutschböllischen Zentralstellenvermittlung in Wien wurde vorläufig vom hiesigen Verein „Deutsche Herberge“ übernommen, deren Zentralstellenvermittlung sich in der Gastwirtschaft „Deutsches Heim“, Okerb., befindet.“
„Karlsbader Wadblatt“ vom 2. Februar.

Mit dürren Worten ist hier eine Tatsache festgehalten, die es verdient, etwas ausführlicher behandelt zu werden, denn die Schaffung des Karlsbader deutschböllischen Arbeitersekretariats, sein Wirken — wenigstens im ersten Jahre — und sein elender Zusammenbruch, das alles ist für die Arbeiterchaft und für das Unternehmertum eine sehr lehrreiche Geschichte.

Im Jahre 1905 errangen die Karlsbader Bauarbeiter nach einem kurzen partiellen Streik einen schönen Erfolg. Die Bauunternehmer, die bis dahin jede Vereinbarung mit der Arbeiterchaft abgelehnt hatten, sahen sich gezwungen, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen und ihr Zugeständnisse zu machen. Nach Ablauf des zweijährigen Vertrages verlangten die Arbeiter mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene bedeutende Verteuerung aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens eine Erhöhung der Lohnsätze. Das wurde abgelehnt. Ein ganzes Jahr hindurch verhandelten die Organisationen der Bauarbeiter mit den inzwischen ebenfalls organisierten Baumeistern und Bauunternehmern, um im Wege friedlicher Vereinbarung — ohne Streik — ein neues, den geänderten Lebensbedingungen angepasstes Vertragsverhältnis zu schaffen. Es war vergeblich. Als die Bauarbeiter 1908—1909 begannen, merkte man, daß die Unternehmner zum Kampfe gegen die Arbeiter, die noch immer nicht einen Streik wollten, rüsteten. Auf einigen Bauten prangten bereits Tafeln mit der Kundmachung, daß „nur solche Bauarbeiter aufgenommen würden, die der deutschböllischen Organisation angehören“. Diese „deutschböllische Organisation“ bestand aber noch nicht einmal! Sie war vorläufig nur ein Plan der Unternehmnerorganisation und sollte aus all den Leuten gebildet werden, die bereit waren, sich der Unternehmnerorganisation anzuschließen. So mußte es zum Streik kommen, da die Arbeiterorganisationen nicht tatlos zusehen konnten, wie man Arbeiter in eine Organisation preßte, die gegen die Interessen der Arbeiter zu schaffen war. Als der Streik begann, war die ganze nationale Sippchaft auf den Beinen, Streikbrecher zu sammeln. Jeder gesunde Streikbrecher wurde der „deutschböllischen Organisation“ eingereicht, die während des Streiks gegründet wurde. Nun wurde auch das „deutschböllische Arbeitersekretariat“ geschaffen. Als der Streik mit der Niederlage der Arbeiter geendigt hatte, begann dieses Sekretariat seine schändliche Tätigkeit mit großem Eifer. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir diese Tätigkeit eine schändliche nennen, denn ein gemessener Arbeiter stand in diesem Sekretariat als Sekretär, Arbeiter — allerdings „deutschböllische“ Arbeiter — bildeten seinen Vorstand, und nun setzte ein schamloser Terrorismus ein. Man knöpfte den Arbeitssuchenden die letzten Heller ab, ohne ihnen Arbeit zu garantieren, brachte als Sozialdemokraten bekannte Bauarbeiter um jede Arbeitsmöglichkeit und überlieferte

Ihre Familien dem Hunger, die Unternehmer glaubten schon, gewonnenes Spiel zu haben. Allein:

„manchmal und überhaupt kommt es anders als man glaubt.“

Es waren nicht gerade die „Edelsten der Nation“, die man für die Leitung der Geschäfte nehmen mußte. Bald gab es einen Krach. Ein Sekretär war geflohen. Dann kam einer daran, der schon früher in einem von Sozialdemokraten verwalteten Institut gefessen, damals aber jene ehrgeizigen Pläne nicht zur Reife bringen konnte, die ihn besetzten. Auch er stürzte. Die Arbeiter wurden nach und nach immer mehr und mehr der Plage überdrüssig, setzten sich gegen den Terror zur Wehr, und so starb mit der „deutschvölkischen Arbeiterbewegung“ in Karlsbad auch das Sekretariat. Zur Zeit der letzten Reichsratswahl machte es noch viel von sich reden. Aber es war alles Schwindel. An einem Buchauszug, den wir veröffentlichten, konnten wir nachweisen, daß überhaupt fast keine Beiträge von Arbeitern mehr einkamen, daß alle Ausgaben für Lokalmitie, Gehälter u. s. w. gedeckt wurden aus Spenden der Stadtgemeinde Karlsbad und der Unternehmer. Noch einmal rückte um diese Zeit die Stadtgemeinde mit einem Laufender heraus, aber damals wurde im Stadtverordnetenkollegium bereits gemurrt, und die Deutschnationalen erklärten schon, daß diese deutsche Arbeiterpartei und ihr Sekretariat das Geld nicht wert seien. Schließlich mußte aber der städtische Steuerfiskus doch wieder herhalten: einige Hunderte für Kartoffel — dann scheint man auch in diesen Kreisen der Schmarozer völlig überdrüssig geworden zu sein. Das „Sekretariat“ sank zu einer bloßen Stellenvermittlung herab, in der neben dem Sekretär, Herrn Sepp Mathe, noch ein junger Mensch angestellt war. Zu vermitteln werden sie wenig gehabt haben, die Leitung des Ganges der „Deutschen Arbeiterpartei“ war von Karlsbad infolge des Mangels an Mitgliedern nach Eger verlegt worden, wo noch genügend „deutschvölkische Arbeiter“ sein dürften, um alle Ausschußmandate im Gau zu besetzen. Die Redaktion der „Deutschen Worte“ wurde bereits seit längerer Zeit in Dux besorgt — es gab übrigens nicht viel mehr zu besorgen — und die beiden Beamten saßen da und warteten mit saurer Miene auf ihren Gehalt. Diese „Tätigkeit“ wurde unangenehm, da der Gehalt beharrlich ausblieb. Den beiden wurde vollends übel, als sie daraufkamen, daß Herr Grimm, der gewesene Kandidat der „Deutschen Arbeiterpartei“ im Karlsbader Landgemeindenbezirk, in väterlicher Sorge um das Wohlergehen der zwei Beamten das Notwendige veranlaßt hatte, um ihnen die Miete, Gehaltsbelege zu unterschreiben, zu ersparen. Mit einem Wort: die beiden Herren Beamten kamen zu der Ueberzeugung, daß alles verloren sei und meldeten sich krank. Dann wurde das Sekretariat geschlossen. Sanglos und klanglos. Noch einmal allerdings wird sich die Stadtvertretung mit dem Sekretariat zu beschäftigen haben, denn die Herren Sekretäre sollen das Ansuchen an die Stadtgemeinde gestellt haben, ihnen den rückständigen Gehalt auszusuchen... Wird sie dies als ein Werk der Barmherzigkeit erfüllen? Oder wird sie sich besinnen, daß sie dazu kein Recht besitzt? Wir werden ja sehen. — Alles in allem: Vor etwas über vier Jahren jekte die „Deutsche Arbeiterpartei“ in Karlsbad ein. Geschaffen von den Unternehmern, aufgepöppelt und reich beschenkt von Fabrikanten, Großgrundbesitzern und öffentlichen Körperschaften, wuchs sie rasch empor. Mit der Hungerpeitsche wurden ihr die Mitglieder zugezogen. Das Weinen ihrer hungernden Kinder trieb verzweifelte Arbeiter in das von ihren Unterdrückern gegründete „deutsche Arbeitersekretariat“, wo man ihnen das letzte Geld abnahm. Von Goldschreibern der Kapitalistenklasse journalistisch bedient, wurde das „deutsche Arbeiterblatt“ geschaffen. Kübel voll Unrat wurde auf die sozialdemokratischen Vertrauensmänner vergossen. Mit Hunger die Arbeiter knebeln, mit Verleumdungen und Niederträchtigkeiten aller Art ihre Vertrauensmänner zu überschütten, war die Parole geworden. Dann wurde aus dem Wochenblatt ein zweimal wöchentlich erscheinendes Blatt „Deutsche Worte“ geschaffen. Aber die Bewegung, die auf nichts anderes aufgebaut war, als auf den Betrug an den Arbeitern, mußte zerfallen. Und sie zerfiel. Wie lange ist es doch her, als der in der Doroschkinskischen Bezirkskrankenkasse angestellte Führer Trahorsch die 1800 Kr. einlassierter Gelder verlor? Nicht allzulange. Vor zwei Jahren noch zog Herr Dr. Riehl von Ort zu Ort, um als „geistiger Führer“ der „Deutschen Arbeiterpartei“ die Sozialdemokraten zu vernichten. Dann ging es Schlag auf Schlag. Bald erschien das Blatt nur noch einmal wöchentlich. Dann sank es zum Kopfsblatt der Duxer „Deutschen Volksstimme“ hinab, dann hörte es ganz auf, während einige Dutzend Blätter des Duxer „Organes“ lediglich noch der Schande halber einen Aufdruck „Deutsche Worte“ bekommen. Und heute — ist alles aus. Das viele Geld, das man in den herrlichen Zeiten nach der Niederringung des Bauarbeiterkampfes den Arbeitern abgenommen hatte, das viele, viele Geld, das die Unternehmer und die Stadtgemeinde beigetragen haben — alles, alles verloren! Ein Verewungsprojekt, der mit unheimlicher Schnelligkeit arbeitete, hat alles vernichtet. Kein Arbeiter, der nicht vor Ekel ausbricht vor diesem Leichnam, kein Unternehmer, dem nicht tiefe Beschämung überläme, wenn er sich daran erinnert, daß er dieser Partei Gelder zur Verfügung gestellt hat. — Die Unternehmerverbände werden wohl aus diesem Beispiel etwas zulernen und daran in der Erkenntnis bestärkt werden, daß man nicht auf die Dauer mit Erfolg die Arbeiter in Organisationen zusammenhalten kann, in denen nur Schwachköpfe oder Lumpen sich wohlfühlen können. Der elende und restlose Zusammenbruch der „Deutschen Arbeiterpartei“ in Karlsbad ist nicht nur ein Beweis dafür, daß die Arbeitererschaft des Karlsbader Bezirkes zu klug ist, um sich selbst ohnmächtig zu machen, sondern auch dafür, daß eine Partei auf anderen Grundsätzen aufgebaut sein muß, um leben zu können, als auf dem Prinzip des Betruges und der Unehrlichkeit!

So weit der „Volkswille“. Für die Eisenbahner ist die Geschichte besonders in unserem jetzigen Stadium

ungemein lehrreich. Sie beweist nämlich schlagend, wie die Unternehmer und das besitzende Bürgertum mit allen ihren zu Gebote stehenden Mitteln die sogenannten nationalen „Arbeiterorganisationen“ fördern, und ihnen auch materielle Unterstützung angedeihen lassen, nur weil sie glauben, daß sie sich auf solche Weise willige und für den Kapitalismus ungefährliche Elemente erziehen, mit denen der Sozialdemokratie der Wind aus den Segeln genommen werden kann. Heute sind die Eisenbahner unter den Arbeitern so ziemlich die einzige Schichte, unter der der Schwindel mit der nationalen Organisation leider noch einigermaßen verfangt. Sie werden sich, solange das der Fall ist, nach den hier dargelegten Erfahrungen aber auch nicht wundern dürfen weshalb bisher kein besserer sozialer Fortschritt erzielt werden konnte.

Die nationale Gefahr.

Sehr oft hören wir unsere Deutschnationalen von einer nationalen Gefahr reden, die nicht besteht, die man nur im Interesse der Nationalverbändler vorläufig, wir wollen heute von einer nationalen Gefahr sprechen, die tatsächlich besteht, von der aber die Herren Nationalverbändler nicht gern sprechen, weil sie hier nicht nur den Arbeitern, sondern der Nation gegenüber schuldig werden. Gerade die, die am meisten von der Größe, der Macht und dem Ansehen der Nation schwärmen, haben sich wahrscheinlich noch nie Gedanken gemacht, wer denn eigentlich die Nation ist, denn das ist ein Begriff, von dem man ganz genau weiß, was er ist — so lange man nicht darum gefragt wird. Freilich gibt es Schwäger genug, die sogleich mit der Antwort zur Hand sind: Die Nation? Das ist unser herrliches, deutsches Edelvolk, die germanische Rasse! Nichts lächerlicher, als nach der Rassenmischung vergangener Jahrhunderte und nach der Mischung, die heute gerade in den Zentren des Nationalismus, in den Städten, vor sich geht, noch von der germanischen Rasse zu reden. Der Rassenforscher ist heute so weit, daß er, wie ein köstliches Büchlein aus dem alldeutschen „Ditara-Verlag“ beweist, die heutigen Deutschen als „mongoloide“ Rasse verwirft und die heutigen Tschechen als tschechischsprechende Germanen anerkennt. Nichts lächerlicher, als in einer Partei, in welcher der Jude Licht, der jüdisch-tschechische Stranfsky und der Dr. Schreiner, der die Tschamarra getragen hat, einträchtig beisammen sitzen, die Vertreter des Rassennationalismus zu juchen. Nein, der Nationalismus ist keine Rassenfrage, er ist eine Kulturfrage. Stets hat sich jene Schichte, welche vermöge ihrer besseren sozialen Lage die Möglichkeit hatte die Kultur der Nation zu genießen, sich ihrer Dichter, ihrer Musiker, ihrer Denker, ihrer höheren Schulen zu erfreuen, schlechtweg „die Nation“ genannt. Der Dünkel, die Nation zu sein, hat sich auch in unseren Nationalen derart eingegriffen, daß sie gar nicht daran denken, daß auch der Arbeiter zur Nation gehört. Und doch strebt der Arbeiter danach, sich das Recht auf die Nation zu erkämpfen, nicht aus ideologischen Gründen, nicht weil die nationalistischen Phrasen auf uns gewirkt hätten, nein, sondern weil der Kampf um die Güter der Nation, um die ideellen Genüsse, ein Teil des Klassenkampfes ist, den die Arbeiterschaft heute führt.

Worin liegt nun aber die Macht, die Größe und das Ansehen der Nation? In erster Linie in der Volkszahl, des weiteren in der Volksgesundheit und endlich in der Wohlhabenheit und in der Bildung des Volkes.

Die Deutschen sind nun allerdings das älteste der Kulturvölker Österreichs. Jahrhunderte lang haben sie die anderen Völker beherrscht und die herrschende Klasse der deutschen Nation hat ihren Reichtum der Ausbeutung aller anderen Nationen zuzuschreiben. Die herrschende Klasse des deutschen Volkes mag in Bezug auf Gesundheit, Wohlhabenheit und Bildung sich wohl in erste Reihe stellen. Die Gesamtheit des deutschen Volkes, des Trägers der Kultur und der Industrie, steht vor allem im Hinblick auf die Zunahme der Bevölkerung, aber auch bezüglich der Volksgesundheit, ja, auch der Volksbildung längst nicht mehr in erster Reihe. Einige Ziffern, die den Verhältnissen Böhmens, des klassischen Landes des Nationalitätenkampfes, entnommen sind, mögen darüber Aufschluß geben. Die Ziffern sind dem Werke Rauchsberg entnommen und geben ein klares Bild über den Rückgang der Deutschen in Böhmen. Betrachten wir zunächst die Geburten. Wir unterscheiden hier zwischen deutschen Bezirken (mit vorwiegend industrieller Bevölkerung) und Bezirken mit deutscher Mehrheit (50 bis 80 Prozent Deutsche; auch diese Bezirke sind zumeist Industriebezirke), zwischen Bezirken mit tschechischer Mehrheit (50 bis 80 Prozent Tschechen) und tschechischen Bezirken (vorwiegend agrarisch). Da erfahren wir nun, daß in Bezug auf die Geburten gerade die deutschen Bezirke am schlechtesten daran sind, nicht nur hinsichtlich der Geburtenzahl, sondern auch hinsichtlich der hohen Zahl der Totgeburten. Die Statistik sagt darüber:

	Von je 1000 ehelichen Geburten sind Totgeburten	Von je 1000 unehelichen Geburten sind Totgeburten
Deutsche Bezirke	34,8	42,6
Bezirke mit deutscher Mehrheit	27,8	36,5
tschechischer Mehrheit	26,8	32,6
Tschechische Bezirke	28,8	41,7

Die erschreckend hohe Ziffer der Totgeburten in den deutschen Bezirken und in denjenigen mit deutscher Mehrheit findet ihre Erklärung eben in dem industriellen Charakter dieser Bezirke. Die Fabrikarbeit der verheirateten Frauen ist es, die derartige Resultate zeitigt. Wenn aber die Frauen gezwungen ist, in die Fabrik zu gehen und bis zu ihrer schwersten Stunde fast im Arbeitsjoch zu bleiben, so geschieht dies eben, weil die Not, die Feuerung, die geringen Löhne die Frau zwingen, mitzuerdienen und zum Haushalt das ihre beizutragen. Die tschechische Frau, die vorwiegend in agrarischen Bezirken lebt, kann sich mehr schonen, den Nutzen davon hat die Nation. Denn nicht nur die Zahl der Totgeburten schädigt die Größe der Nation, in noch höherem Maße geschieht dies durch die Kindersterblichkeit. Von 1000 Kindern starben von 1891 bis 1900:

	Von Ablauf des ersten Lebensjahres	Von Ablauf des fünften Lebensjahres
Deutsche Bezirke	281	358
Bezirke mit deutscher Mehrheit	289	369
tschechischer Mehrheit	289	329
Tschechische Bezirke	287	327

Hier überrascht uns die Tatsache, daß in Bezirken mit deutscher Mehrheit die Kindersterblichkeit am größten ist. In deutschen Bezirken hat der arbeitende Mann nur die Konkurrenz der Frau neben sich, daher ist die Anzahl der Totgeburten in deutschen Bezirken am höchsten. In Bezirken mit tschechischer Mehrheit leidet der Arbeiter unter dem Lohndruck des von agrarischen Gegenden kommenden, an niedere Löhne gewöhnten tschechischen Arbeiters, und der deutsche Fabrikant ist es, der den Tschechen gern aufnimmt, wenn er als Lohnbrüder oder gar als Streikbrecher kommt. Daher ist in solchen Bezirken der Lohn niedriger, die Ernährung schlechter, die Kindersterblichkeit größer. Die Konsequenz dieser Verhältnisse tritt uns endlich entgegen, wenn wir die Sterbefälle im Gesamten betrachten. Auf 1000 Personen entfielen im Jahrzehnt:

	1881 bis 1890	1891 bis 1900
Deutsche Bezirke	308,2	269,0
Bezirke mit deutscher Mehrheit	305,6	283,0
tschechischer Mehrheit	267,8	248,2
Tschechische Bezirke	278,8	246,9

Die Sterblichkeit ist also im deutschen Industriegebiet größer als im tschechischen Gebiet. Aber in beiden Gebieten sinkt von 1890 an bedeutend die Anzahl der Sterbefälle. Wir erkennen hier, welche ein bedeutender Faktor für das Gedeihen der Nation die Gewerkschaftsbewegung geworden ist. Von 1890 an beginnt der Aufschwung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, die Löhne steigen, die Lebenshaltung bessert sich, die Sterblichkeit sinkt. Die Nationalen sehen nur ein Mittel, die Volkszahl zu heben, sie wollen den anderen Nationen Menschen abgewinnen und das mißlingt immer. Dabei aber vernichtet die Profitgier des Kapitalismus den Nachwuchs der eigenen Nation — und das gelingt leider nur zu gut. Die internationalen Gewerkschaften mußten also für den einzelnen Arbeiter und damit für die Nationen gutmachen, was die nationalen Unternehmer verschuldet haben. Diese Internationalen sind die wahren Nationalen, die „Nationalen“ hingegen die wahren Feinde ihrer Nation.

Ein Schlagwort, das unsere Nationalen so gern im Munde führen, ist: „Wir müssen unseren nationalen Besitzstand verteidigen.“ In Wahrheit aber sind es gerade die Kapitalisten seiner Nation, welche den Deutschen vom „Boden seiner Nation“ verdrängen, wieder um des erhöhten Profits willen. Der eingearbeitete deutsche Arbeiter verlangt weit einen höheren Lohn, als der ungelernete tschechische Arbeiter, also ruft man den billigeren tschechischen Arbeiter herein und verdrängt damit den deutschen, der dann meist seine Arbeitskraft dem Ausland widmet. Dies disqualifiziert nicht nur die österreichische Industrie, sondern überliefert den bisher von Deutschen bewohnten Boden nach und nach ganz sicher den Tschechen. Betrachten wir uns einmal die Wanderbilanz eines deutschen Bezirks im Verkehr mit anderen Bezirken:

Im Verkehr mit den	Zuzug nach den deutschen Bezirken	Wegzug aus den deutschen Bezirken	Überschuss oder Defizit
Bezirken mit deutsch. Mehrheit	26.307	31.502	- 5.195
tschech.	28.860	7.548	+ 16.312
Tschechischen Bezirken	127.510	45.678	+ 80.832

Und zur größeren Deutlichkeit möge hier die Wanderbilanz eines Bezirkes mit deutscher Mehrheit folgen:

Im Verkehr mit den	Zuzug nach den Bezirken mit deutscher Mehrheit	Wegzug aus den Bezirken mit deutscher Mehrheit	Überschuss oder Defizit
Deutschen Bezirken	31.502	26.307	+ 5.195
Bezirken mit tschech. Mehrheit	13.048	5.653	+ 7.396
Tschechischen Bezirken	54.116	13.683	+ 40.433

Aus beiden Statistiken sehen wir, daß aus tschechischen Landesteilen viel mehr Menschen in die deutschen Bezirke auswandern, als aus deutschen. Die deutschen Bezirke müssen also naturgemäß aus wirtschaftlichen Ursachen gemischtsprachig, die Bezirke mit deutscher Mehrheit zu Bezirken mit tschechischer Mehrheit werden. Auf diese Weise ging Budweis verloren. Nimmt man noch dazu, daß die Nationalen von heute geradezu zu Reaktionsären auf dem Gebiet des Bildungswesens geworden sind (Steinwender!), dann erkennt man, daß es keine andere nationale Gefahr gibt, als das internationale, sich national nennende Ausbeutertum.

Die andere Seite der schönen Bilanz.

Eine der beliebtesten Phrasen des tschechoslavischen Separatismus, mit der er unausgeseht gegen die Zentralorganisationen, gegen die „Wiener“ ankämpfte, war die Behauptung, daß selbständige, von Wien nicht abhängige Gewerkschaften eine viel erfolgreichere Bekämpfung der Nationalsozialen ermöglichen werden.

Ein Zufall will es nun, daß nahezu auf den Tag genau die Jahresberichte beider Parteien der nationalen Seuche, der Organisationszersplitterung, erschienen sind. Beide aber wissen von den Erfolgen zu berichten. Unterdes erscheint aber im Sintergrund eine sehr bedenkliche Erscheinung, die die denkbar schauerlichste Folie für die großen Erfolge abgibt. Bevor wir auf die Besprechung des Inhalts beider Berichte eingehen, sollen der genannten Erscheinung einige Worte gewidmet werden. Das separatistische Metallarbeiterorgan berichtet, daß sich in Prag am 2. Februar eine neue Organisation gebildet hat. Der „Erste Metallarbeiter-Unterstützungsverein für Prag und Umgebung“ hat sich in eine Reichsorganisation „für das Königreich Böhmen und die im Reichs-

rat vertretenen Königreiche und Länder" umgewandelt. Als politisch absolut neutrale Organisation will der neue Verein, der bislang einen Teil der separatistischen Bewegung bildete und sich nun bewußt und direkt gegen den Separatismus in Gegensatz stellt, seinen Mitgliedern dienen. Natürlich paßt diese Abplitterung den Separatisten nicht. Aber können sie jemand einen Vorwurf machen, der doch nur ihr Schüler ist? Wo Separatismus im Separatismus. Warum denn auch nicht? Wo sind die Grenzen für die Abplitterungsmöglichkeiten? Welche Phantasie vermag alle die Möglichkeiten auszudenken, die Kraft der Arbeiterklasse durch Spaltung und Zersplitterung bestehender Organisationen zu schwächen? Aber das eine ist für jedermann sicher: Wird einmal die Zersplitterung sanktioniert, wie es durch die tschechoslawische Partei dem Separatismus geschehen ist, muß man auf weitere Wirkungen der Ideologie des Separatismus gefaßt sein, und zwar nach allen Richtungen: territorial, beruflich, nach Religionsbekenntnissen u. s. w. Das Wesen des separatistischen Organs ist eben nur das traurige Eingeständnis, daß die Herren die Konsequenzen ihres Vorgehens, daß sie vor allem diese Möglichkeiten, die ja doch die natürlichsten Folgen ihrer Vergehungen sind, nicht durchgedacht, ja nicht einmal in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen haben. Aber sie dürfen sich nicht ausreden: sie sind auf all dies aufmerksam gemacht worden.

Die Metallreher wollen also ihre eigene Reichsorganisation. Welche erhebende Aspekte eröffnen sich da den Ausbeutern, wenn dann jede einzelne Arbeiterkategorie mit ihren berufsseparatistischen Schmerzen auftreten würde. Welche Schwerefälligkeit bei den Lohnkämpfen möchte daraus entstehen, gerade in einer Zeit, wo uns daran gelegen sein muß, die Einheitsfront möglichst zu erreichen. Und wo bleibt denn der Beschluß über die Betriebsorganisation, den übrigens auch die Separatisten gefaßt haben? Natürlich können sie auch da nicht aufstehen, denn sie haben ja durch ihre Tätigkeit die Bildung der Betriebsorganisation am meisten gefördert.

Aber die Prager Gründung hat noch eine zweite, schon seit längerer Zeit zu gewärtigende Erscheinung als Tageslicht gebracht. Die neue Organisation nennt sich politisch absolut neutral. Warum diese Betonung der Neutralität, wenn sie nicht anders sein soll, als die von den Gewerkschaften allgemein praktizierte, daß man kein Mitglied bei der Aufnahme um sein politisches Bekenntnis fragt, es aber darüber nicht im Zweifel läßt, daß ihn die Kenntnis der wirtschaftlichen Dinge zu einem verlässlichen Klassenkämpfer machen wird und daß die Gewerkschaft dabei behilflich zu sein für ihre Pflicht erachtet. Politisch neutral heißt in dem Falle der neuen Organisation: Gegen jede politische Betätigung! Da haben wir also als direkte Folge des tschechoslawischen Separatismus die österreichische Ausgabe des Syndikalismus. Zu dem großen Jammer unserer organisatorischen Verhältnisse auch noch der Jammer der Verwirrung in den Anschauungen über die Methoden des Kampfes. Das ist eine glorreiche Tat des Separatismus! Man erinnere sich nur, daß schon einmal ein ähnlicher Versuch auf tauchte, der dann allerdings von der separatistischen Presse unterdrückt wurde. Beim Textilarbeiterkampf in Ostböhmen wurde von einer Vertrauensmännerversammlung der Separatisten, Anarchisten, Nationalen und Mexikalen eine Resolution gefaßt, in der die Bildung bloß tschechoslawischer Organisationen ohne Zusammenhang mit irgendeiner bestimmten Partei angeregt wurde, damit die Zersplitterung endlich beseitigt werde. Und nun kehrt die Sache in einem anderen Gewand wieder, ohne daß es diesmal der separatistischen Presse gelungen wäre, Wandel zu schaffen. Der Syndikalismus hält durch die Schuld des Separatismus seinen Einzug in Böhmen, wo die Arbeiterschaft wohl anderes zu tun hätte, als noch eine Organisation zu gründen.

Vor dieser Tatsache verblaßt die Bedeutung der übrigen Leistungen des Separatismus, vor allem die Tatsache, die jetzt mit überdringlichen Worten in die Welt hinausposaunt wird, daß die separatistische Kommission mit Anfang dieses Jahres über 100.000 Mitglieder zählt. 109.000 sind festgestellt worden, nicht bloß Mitglieder, sondern Agitatoren, wie die separatistische Presse hervorhebt. Wir wollen nicht die Zweifel reden lassen, die sich in jedem von uns nach den Erfahrungen, die wir mit den separatistischen Statistiken und Rechenkünstlern gemacht haben, regen. Wir wollen nicht davon reden, daß man in diesen Kreisen auch alle jene mitzählt, die man zur Einschreibung „gewonnen“ hat, die dann aber an die Beitragszahlung vergessen haben. Nichts von all dem; die tschechoslawische Bewegung behauptet, 109.000 Mitglieder zu haben, wir wollen es als Tatsache hinnehmen. Wie groß erscheint aber dann das Verbrechen des Separatismus an der österreichischen Arbeiterbewegung, wenn diese 100.000 Arbeiter andere Wege gehen als die übrige Arbeiterschaft, andere Wege gehen, weil sie geführt werden, mit Absicht und nicht aus Unkenntnis der Sachlage geführt werden, wenn diese 100.000 Arbeiter die Position ihrer Klassengenossen zur Freude der Ausbeuter schwächen!

Wie kindischer Starrsinn muß es jeden berühren, wenn die Separatisten den tschechischen Arbeitern — oder auch sich selbst? — einreden wollen, daß die gewerkschaftliche Internationale sie wegen ihrer großen Zahl anerkennen muß, weil sie 100.000 Arbeiter zu Verrätern an der eigenen Klasse gemacht haben. Und wie ganz ungezügelt gewerkschaftliche Ignoranz, wenn nicht wie Mangel an Solidarität, muß es anmuten, wenn die tschechoslawische Presse die Behauptung wagt, das Wachstum auf 100.000 beweise, daß die freiwillige Vereinigung — man spricht nicht einmal mehr von der berühmten Berselbständigung, sondern stolz von Vereinigung — der Organisation nicht den geringsten Schaden, sondern im Gegenteil, nur Nutzen gebracht hat, wenn man weiß, daß die gesamte Arbeiterschaft in Österreich dadurch in Mitleidenschaft gezogen ist. Zu dem Nutzen, den die separatistischen Gewerkschaften den tschechischen Arbeitern gebracht haben, gehören wahrscheinlich die Auspörierung der Prager Maschinenarbeiter, der Brünnner Textilarbeiterkampf, das Ringen der Bergarbeiter in Nordböhmen, die verschiedenen Gewerkschaftswahlen und die Wahlen in die böhmische Unfall-

versicherungsanstalt. Den eigenen Mitgliedern brachten sie wenig, der übrigen Arbeiterschaft haben sie aber schwere Wunden geschlagen. Das ist auch die eine Seite der separatistischen Bilanz.

Nun bemüht man sich in Prag krampfhaft, der Welt einzureden, daß die agitatorischen Erfolge — das Wachstum der separatistischen Organisationen beträgt 20.000 — aus den Reihen der indifferenten Arbeiter stammen. Nichts mehr vom Kampf gegen die Nationalsozialen. Der Separatismus lockt die Indifferenten durch seinen Kampf gegen die internationalen Gewerkschaften an. Es stimmt: er macht den Nationalen Konkurrenz, aber er nimmt ihnen kein einziges Mitglied ab. Kommen indifferente Arbeiter zu ihm, so deshalb, weil er mit seiner Agitation den Kloba- und Prest-Deuten zuvorkam, nicht aber weil er sie zu Sozialdemokraten machen will.

Wie wenig Erfolg die Separatisten im Kampfe gegen die Nationalen hatten, ersieht man aus dem Bericht der nationalsozialen „Arbeitergemeinde“, wie sie ihre Zentrale nennen, die seit einiger Zeit ein eigenes Publikationsorgan herausgibt, über das Jahr 1912. Mit welchem Stolz wird da aus dem Resultat der Unfallversicherungswahlen der vollständige Mißerfolg des Separatismus in der „Bekämpfung“ bewiesen: in allen Gruppen ein Wachstum der nationalsozialen Stimmen.

Und damit ist auch der Gewerkschaftsbericht im Einklang, denn er teilt mit, daß der nationalsozialen Zentrale jetzt 64.243 Mitglieder angeschlossen sind, ein Zuwachs von 9400. Von den nationalen Organisationen, deren es 49 gibt — zwei neue kommen jetzt dazu: die Gemeindefreie und die Chemischen — sind die Eisenbahner mit 31.243 die stärksten; ihnen folgen die Metallarbeiter (5369), die Textilarbeiter (3814), Bauarbeiter (3446), Schuhmacher (2929), Brauer (2063) und Holzarbeiter (1569). Die übrigen haben weniger als 1000.

Die Einrichtungen dieser Organisationen sind den unseren nachgemacht. Für Unterstufungen wurden 262.000 Kr., für Bildung und Agitation 118.000 Kr., aber für Streiks nur 12.447 Kr. ausgegeben. Darin äußert sich der wahre Charakter dieser Organisationen. Das Gesamtvermögen war 226.000 Kr.; über 10.000 Kr. hatten vier Organisationen (Eisenbahner, Metall- und Textilarbeiter, Buchdrucker). Die meisten Lohnbewegungen hatten Metallarbeiter (12) und Brauer (11). Es wurden 5800 Versammlungen und Vorträge abgehalten, ein Beweis, wie wenig der Separatismus den Nationalsozialen Abbruch gemacht hat.

Gält man sich nun diese zwei Tatsachen: die Stärke der Nationalen und das Eindringen des Syndikalismus in Böhmen zu den allgemeinen Schäden, die der Separatismus verschuldet hat, ersieht man, wie wenig berechtigt die große Freude der Separatisten ist.

Wie die Südbahn ihr Personal hintergeht.

Zur Zeit der großen Lohnbewegung im Jahre 1907 wurde von den damaligen Personalkommissionsmitgliedern und Vertretern der Verwaltung das Zirkular 385a stilisiert. Auf Seite 15 des stenographischen Protokolls heißt es: „Jede Verbesserung der f. f. Staatsbahn“ — im Zirkular 385a — die Ueberhebung des stenographischen Protokolls — auf Seite 13, Allgemeine Bestimmungen, Punkt 1, sollten die Wörter: „jede Verbesserung der f. f. Staatsbahn“ enthalten sein. Die Herren Juristen der Verwaltung sollen diesen Satz vor Drucklegung des Zirkulars beseitigt haben. Diese Beseitigung bedeutet aber für das gesamte Personal einen empfindlichen Nachteil. Seit Anfang der neunziger Jahre kauft die Zugbegleiter der Südbahn um die Anrechnung der anderthalbfachen Dienstzeit. Kein Mensch, der den verantwortungsvollen Dienst der Zugbegleiter kennt, bezweifelt die Notwendigkeit dieser Reform. Nur dem Pensionsfondsausschuß — die gewählten Vertreter mit inbegriffen — mangelt es an Einsicht. Immer bleibt diese längst fällige Reform liegen und wird verschleppt. Bei allen Konferenzen, in Eingaben, bei unzähligen Zugbegleiterversammlungen wurde dieser Forderung Nachdruck verliehen und hingewiesen, daß die Zugbegleiter der Staatsbahn dieser Begünstigung schon seit 1908 teilhaftig wurden — alles vergebens. Der Pensionsfondsausschuß hat zu allen möglichen Neueinführungen Zeit, nur nicht zur Anrechnung der anderthalbfachen Dienstzeit.

Auf Grund des gegenseitigen Vertrages vom Jahre 1907 und dem Wortlaut des stenographischen Protokolls, Seite 15, wäre die Südbahnverwaltung verpflichtet, ab 1908 dem Zugbegleitungspersonal die Anrechnung der anderthalbfachen Dienstzeit zu gewähren.

Als am 27. April 1911 in der Personalkommissions-sitzung der Zugbegleiter die anderthalbfache Anrechnung für das Zugbegleitungspersonal auf der Tagesordnung stand, gab Dr. Dominego als Generalsekretär (Bericht im „Eisenbahner“ Nr. 20, 1911) die Erklärung ab, daß die Angelegenheit der anderthalbfachen Anrechnung voraussichtlich im Juli (1911) den Verwaltungsausschüssen der Pensionsinstitute zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Das Personal erhoffte bestimmt, daß mit 1. Jänner 1912 die Anrechnung der anderthalbfachen Dienstzeit für die Zugbegleiter Tatsache wird.

Wenn sich die Südbahnverwaltung herausnehmen kann, alle sozialpolitischen Maßnahmen, die bei den f. f. Staatsbahnen zugunsten des Personals gemacht werden, zu ignorieren, so muß das insbesondere für die gewählten Vertreter im Pensionsfondsausschuß ein Fingerzeig sein. Wir verlangen deshalb von den gewählten Vertretern im Pensionsfonds, endlich zu dieser Frage Stellung zu nehmen und dafür einzutreten, daß diese Angelegenheit wie bei den f. f. Staatsbahnen geordnet wird.

Eine weitere Frage: War die Südbahnverwaltung berechtigt, die Fahrgebühren der Wien-Maglesdorfer und Wiener-Neustädter Zugführer und die Fahrgebühren für die Stunde „ohne Dienst“ und „Ausenthalt auswärts“ in allen übrigen Stationen zu kürzen? Auch hier hat die Südbahnverwaltung das Fahrpersonal, insbe-

sondere die Zugführer, verkürzt. Im Punkt 4 des Zirkulars 385a wird zugesichert, daß durch die Gehaltsregulierung keinerlei Verkürzung der Nebenbezüge — und dazu gehören die Fahrgebühren — erfolgen werde. So die vertragmäßige Zusage. Und die Südbahnverwaltung? Mit einer Hand mußte sie geben — weil die Staatsbahn die Gebühren für ihre Zugbegleiter erhöhte — und mit der anderen Hand konnte sie ihre alte Gewohnheit nicht lassen und eignete sich den größten Teil — aber nur bei den Gebühren der Zugführer — wiederrechtlich an, indem sie den Wiener und Wiener-Neustädter Zugführern bei Schnell- und Personenzügen die Fahrstundengebühr von 31 S. auf 30 S. und die Wartegebühren von 11 auf 8 S. per Stunde reduzierte. Den Maglesdorfer und Wiener-Neustädter Zugführern gab man 4 S. per Stunde, dafür nahm man ihnen 3 S. per Stunde weg. In allen übrigen Stationen wendete man daselbe Mittel an. Die Südbahnverwaltung ist dadurch zum Schaden einer Kategorie einseitig vorgegangen. Die Einseitigkeit besteht darin, daß man einige Einheitsätze bestehen ließ, jedoch bei den Zugführern empfindlich reduzierte. Das Vorgehen der Südbahnverwaltung gegen die Zugführer ist eine Verhöhnung des verantwortungsvollen Dienstes der Zugführer. Kondukteure, Puffer, Bremser dürfen für „Ohne Dienst“-Fahrten und „Ausenthalt auswärts“ 8-5 S. per Stunde verrechnen — der Zugführer auf Grund der letzten Fahrgebührenregulierung nur 8 S. per Stunde. Noch mehr Zurücksetzung wird ihnen zuteil bei Verspätungen; da dürfen alle — ausgenommen der Zugführer — von zwei Stunden Verspätung an die Zeit als „im Dienst“ verrechnen; der Zugführer aber von drei Stunden an. Aber nicht als „im Dienst“, sondern „ohne Dienst“. Macht ein Zug von der Heimatkation aus Verspätung, so bekommt der Zugführer überhaupt nichts, auch dann nicht, wenn der Zug zehn Stunden Verspätung hat. Die Dienststellung des Zugführers ist eine sehr verantwortungsvolle. Er ist dem Verkehrsbeamten unterstellt — muß aber diesen, wenn er etwas übersteht oder vergißt, aufmerksam machen. Ein großer Teil der Beamtenarbeit wurde dem Zugführer übertragen, weil die Arbeit der Beamten, speziell in den Mittelstationen, sich verdoppelt hat. Der Beamte kann in den meisten Fällen nicht mehr die ihm übertragene Arbeit leiten, weil er mit dem Apparat, der Kasse, Kartenausgabe, dem Gepäck, den Ein- und Ausfahrten, Wischschreiben und dem Kartieren z. mehr als überbürdet ist. Das muß doch die Verwaltung wissen.

Die Südbahnverwaltung weist immer auf die Staatsbahn hin. Eine solche Ausrede ist aber nicht stichhaltig: die Staatsbahner haben mit den gleichen Dienstjahren einen ganz anderen Gehalt als wir. Seit dem zweijährigen Abancement wurde bei den Staatsbahnen das „Kannjahr“ um ein halbes Jahr gekürzt. Fast alle Oberkondukteure, welche qualifiziert sind, rücken mit anderthalb Jahren Wartezeit in die nächsthöhere Gehaltsstufe vor. Die Staatsbahnkollegen haben in den meisten Fällen um 200 und 400 Kr. bei gleichem Jahrgang an Gehalt mehr als wir Südbahner.

Aufreizend wirkt es, daß es die Südbahnverwaltung wagte, Einheitsätze bei den Fahrgebühren zu reduzieren, obwohl keine Kategorie, ausgenommen die Lokomotivführer und Seizer, den Teuerungszuständen so ausgesetzt ist wie das Zugbegleitungspersonal. Dazu sind in den Restaurationen die Gulyasteller, Kaffeekocher, Zerkelwärter u. s. w., nebst der zunehmenden Teuerung im allgemeinen, viel kleiner geworden.

Durch die Reduzierung der Fahrzeiten hat sich ohnehin der Verdienst der Zugbegleiter verringert. Der Vertreter in der Personalkommissions-sitzung am 27. April 1911 (siehe „Eisenbahner“ Nummer 20 von 1911), Herr Oberinspektor Böllert, erklärte: „Der geringere Verdienst liegt in der Turnuserweiterung.“ Diese Begründung ist zwar nicht richtig; wahr ist, daß die Zugführer gegen früher noch einmal soviel Arbeit haben, wahr ist, daß die Fahrzeiten, insbesondere durch Einschlebung der Güterzüge, und direkten Züge, viel kürzere wurden, und wahr ist, daß infolge Zunahme von Schnell- und Personenzügen die Güterzüge nur mehr bei Nacht verkehren können, wodurch eine Reduzierung der Dienstleistung durch die Normen über Dienst- und Ruhezeiten bedingt ist. Die Turnusse sind im allgemeinen gegen früher keineswegs besser geworden.

Es ist richtig, daß die Zugbegleiter mit den übrigen Dienern und Unterbeamten vorrückten. Aber der Nebenverdienst der Zugbegleiter reicht nicht mehr aus, um auswärts leben zu können. Wir verlangen deshalb von der Südbahnverwaltung eine Regelung der Fahrgebühren für alle Zugbegleiter und für die Zugführer Zurückgabe dessen, was ihnen widerrechtlich weggenommen wurde.

Aus dem Korruptionsfumpf der Kategorienvereine.

Die stolzen Männer, welche berufsmäßig die Sozialdemokraten anklaffen, haben sich bekanntermaßen jederzeit als traurige Helden erwiesen. Diese Tatsache wird abermals durch die Führer des ehemaligen Kanzleiexpedientenvereines, der sich seit kurzer Zeit mit Erlaubnis der Südbahnverwaltung (1) „Verein der Südbahnbeamten und Beamtenanwärter“ nennt und deren Titeländerung sogar im Amtsblatt der Südbahn kostenlos publiziert wurde, bestätigt.

Als vor einigen Monaten der Ruf nach der Vereinigung aller Südbahner in einer Organisation erscholl, als diejenigen Organisationen, welche am lautesten nach Kooperationsfahrten, sich immer mehr als Verstragsteile entpuppten, mit denen man unter keinen Umständen sich verbinden kann, da war es der Kanzleiexpedientenverein, der im zudringlichsten und schrillsten Diktant nach Vereinigung schrie. Schon damals mußten wir, mit welchen Deuten wir es zu tun haben, denn es war uns ja nicht ganz unbekannt, daß eine Reihe sehr schmutziger Geschichten langsam, aber sicher an die Oberfläche des Sumpfes emporsteigen werden, in dem der Kanzleiexpedientenverein watselt.

Den Eingeweichten ist es schon lange klar, daß die sogenannten Führer dieses Vereines ihre sogenannten

Organisation und somit sich selbst nur unter Anwendung der gemeinsten Erpressermittel erhalten konnten. Heimlich entwundene Buchauszüge, photographierte Kontis, beiseite geschaffte Privatkorrespondenzen und mehrere ähnliche Verhelfe bildeten das Arsenal, aus dem die Waffen zum Scheinkampf gegen die Verwaltung der Südbahn hervorgeholt wurden. Gegen ein entsprechendes Entgelt an manche Vereinsfunktionäre und gegen Erfüllung einiger Forderungen, mit denen man den Mitgliedern Sand in die Augen zu streuen suchte, wurden die kompromittierenden Aktenstücke ausgefolgt, dieselben Belege, deren Existenz der Gewerkschaft schon früher bekannt waren. Es fiel uns aber selbstverständlich nicht ein, mit solchen unlauteeren Mitteln einen Erpresserfeldzug gegen die Verwaltung zu führen, ahnten wir doch, daß sich schon Kampagne schäbiger Gefinnung finden werden, welche gegen ein Schandgeld von diesen Papieren, die tatsächlich einigen Südbahngrößen den Krug zu brechen geeignet wären, Gebrauch machen würden. Unsere Ahnungen haben sich erfüllt, die Führer des Kanzleierpedientenvereines gingen hin, kauften und — erpreßten. Leute, die vor einigen Jahren noch in zerrissenen Hosen zwischen Gürtel und Ghaaplag hin- und herpendelten, wurden rangiert, spielten bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten Kavaliere und verstanden es, bei jenen Machern, die entweder selbst Butter auf dem Kopfe hatten oder nur aus kollegialer Freundschaft für die Betroffenen handeln zu müssen glaubten, Angst und Schrecken zu erwecken.

Insbesondere die Vaudirektion konnte nicht genug Worte des Lobes und der Anerkennung für die Leiter des Kanzleierpedientenvereines finden. Aber auch die administrative Abteilung, bei der die geehrten Herren Erpresser aus und ein gingen, stand mit denselben in ständiger zärtlichster Verbindung. Schon lange schwirren Gerüchte in der Luft, die besagen, daß die höheren Orts liebevoll behandelten Vereinsführer ihre Tätigkeit im Interesse der Südbahn nicht umsonst entfaltet. Vorschüsse und Unterstüßungen wurden über Verlangen jederseit bereitwilligst gewährt und auch Entschuldigungen wurden durchgeführt, aber bedauerlicherweise ohne Erfolg, denn mit dem Essen kommt der Appetit und die individuelle Sanierung gab immer wieder Anlaß zur neuerlichen bettlerischen Rumpfsverfälschung.

Einige der jungen Herren führten ein wahres Nöterleben. Mit dem auf so ganz eigentümliche Weise erworbenen Gelde fuhr man zum Rennen, spielte Nacht für Nacht im Café das berühmte „Duff“ oder andere Hazardspiele und trieb untereinander Ehebruch. Kurz, manche Funktionäre praxten lustig drauflos. Versagte manchmal der Pump bei der Verwaltung, so war man um die Beschaffung der für die Befriedigung der Eigenbedürfnisse notwendigen Mittel nicht verlegen — wozu war man denn Vereinsfunktionär? Der eine — er war Kassier des Vereines, ist noch immer als Vertreter der Kanzleierpedienten Personalkommissionsmitglied und heißt Scherer — vergriff sich an der Vereinskasse und entnahm derselben das Summen von 1080 Kr. Statt den Schaden dem Verein aufzumachen, schob er die Vergleichen der längst fälligen Rechnungen hinaus und verwendete dieses der Kasse entnommene Geld für sich. Dieses Spiel trieb er fast ein halbes Jahr hindurch, bis endlich die drängenden Vereinsgläubiger die eigentümliche Bilanzgebarung des Kassiers aufdeckten. Rasch wurde vom Präsidenten Seydl ein Vorstoß aufgenommen, um das Defizit zu decken. Zur Erlangung des Vorschusses wurde ein Bürge engagiert, der nur so lange haften sollte, bis der saubere Kassier auf irgendeinem Wege das Geld rückerstatten kann. Als jedoch vor kurzer Zeit tatsächlich diese Refundierung erfolgte, benötigte Herr Seydl die erhaltene Summe nicht zur Abstattung der Schuld, sondern ließ den Bürgen hängen. Herr Seydl fand auch den Mut, dem Obmann einer Ortsgruppe, der mit Rücksicht auf seine, nach Ansicht des Herrn Seydl notwendige Transferierung nach Wien, auf seine mäßliche finanzielle Lage hinwies, den Rat zu erteilen: „Das macht nichts. Sie können ja die einlaufenden Beiträge der Ortsgruppenmitglieder so lange für sich verwenden, als dies notwendig ist; ich bin ja der Präsident und kontrolliert wird ohnehin nicht.“ Ein anderer Führer des Kanzleierpedientenvereines, Herr Zimmerl, mußte vor einiger Zeit sein Mandat als Personalkommissionsmitglied niederlegen, weil er dem Drange, die Stationskasse in Wien um Kr. 1100 16 zu erleichtern, nicht widerstehen konnte. Offenbar nur aus Rücksicht auf seine Vertrauensmannstelle des Kanzleierpedientenvereines wurde von einer Ahndung des Falles Abstand genommen, man begnügte sich damit, diesen zum Kassier wenig geeigneten Unterbeamten unter gleichzeitiger Versetzung nach Wiener-Neustadt zum Beamten zu ernennen.

Eine mehr als merkwürdige Gebarung wird auch in der Administration des offiziellen Organs des Kanzleierpedientenvereines, „Südbahnbeamten-Zeitung“, geübt. Von einer ordnungsmäßigen Kontrolle scheint man längst abgekommen zu sein, denn andernfalls wäre es nicht möglich, daß Autorenhonorare doppelt angewiesen werden. Selbstverständlich erhalten diese Superdividende nur die Günstlinge des Jaren, die sich allerdings moralisch verpflichtet fühlen, einen Teil dieses Mehrgewinnes den Familien einiger besonders vertrauter Funktionäre in Form von Boas, Schmuckgegenständen zc. abzugeben.

Man wird es nach dieser Schilderung der Zustände im Kanzleierpedientenverein begreiflich finden, wenn wir, die wir schon zur Zeit der sogenannten Einigungsversammlung die sauberen Funktionäre dieses Kategorienvereines durchschauerten, uns energisch dagegen verhalten haben, eine Koalition mit Leuten einzugehen, deren Hände durch ganz gemeine Korruption über und über mit Schmutz bedeckt sind, deren feile und käufliche Gefinnung bei jedem anständigen Menschen ehrliche Abscheu auslösen muß. Wenn sich zu jugendlicher Dummdreistigkeit noch gemeiner Schwindel gesellt, wenn sogenannte „Führer“ so tief sinken, daß sie mein und dein nicht unterscheiden können, dann kann man sich nicht darob verwundern, daß man jede Gemeinschaft mit einem solchen Gefindel weit von sich weisen muß.

Die Größen dieses kleinen Vereines spielen sehr gern den Sittenrichter und nehmen bei jeder Gelegenheit den Mund voll, um über Kollegialität und Zusammen-

gehörigkeitsgefühl in blödsinniger und öder Manier zu faßeln. Als Beweis dafür, daß diesen Moralpredigern jedes Gefühl für wahre Kameradschaft fehlt und daß ihre dozierenden Abhandlungen über diesen Punkt nichts als leeres Geklunker und platte Phrasendrescherei sind, diene der nachstehende Fall, der überdies auch ein ganz eigentümliches Licht auf die Mächenschaften wirft, welche zwischen der Verwaltung der k. k. priv. Südbahngesellschaft und dem Kanzleierpedientenverein bestehen.

Eines Tages fand es der wohlweife Präsident Seydl als im Interesse seines Vereines gelegen, das Personalkommissionsmitglied Verhouc, welches in Bozen ein beschauliches Dasein fristete, nach Wien versetzen zu lassen. Gedacht, getan. Kaum war der Wunsch ausgesprochen, als man es auch schon höheren Orts aus „Dienstesrücksichten“ für gut fand. Herr Verhouc in das Heizhaus Wien zu versetzen. Diese Art der Versetzung genügte aber dem üblichen Präsidium des Kanzleierpedientenvereines nicht, man wollte das geliebte Personalkommissionsmitglied noch näher beim Schuß haben. So ging man denn hin, wählte den engeren Kollegen Kolbenšlag zum Opfer und ließ denselben vom Inspektorat Wien nach dem Heizhaus versetzen, während Verhouc von dieser Dienststelle nach dem Betriebsinspektorat einrückte. Herr Kolbenšlag, der durch diese Transferierung äußerst unangenehm berührt wurde, sagte man, er wäre mit Rücksicht auf seine pflichtwidrige Dienstausbübung ohnehin versetzt worden. Kolbenšlag ging der Sache auf dem Grund und erhielt bei dieser Gelegenheit von seinem Chef die offizielle Versicherung, er sehe ihn nur ungern von seinem Bureau scheiden, da er mit Bedauern einen tüchtigen und pflichttreuen Beamten verliere. Was war also geschehen? Seydl mußte bei der Maschinenleitung durchzusehen, daß die von ihm gewünschte Transferierung auf Kosten eines ganz unwürdigen Kameraden durchgeführt wurde. Dieselbe Maschinenleitung, derselbe Personalreferent, Oberinspektor Muhr, der in der persönlich gefälligen Weise konsequent in der Zeitung des Kanzleierpedientenvereines angegriffen worden war, ging gegen alle sonstige Gewohnheiten überrassend schnell auf die unlauteeren Wünsche des hochgeschätzten Präsidenten Seydl und des wertigen Personalvertreters Verhouc ein.

Seit dieser Zeit herrscht aber auch völlige Stille und lautlose Ruhe im Blätterwald des Vereines. Keine Angriffsliste stört die nunmehr idyllische Ruhe des Herrn Oberinspektors Muhr. Die Hand der Verwaltung wäscht die Hand des Kanzleierpedientenvereines.

Die Kämpen, welche sich das lächerliche Unternehmen, unserer Gewerkschaft eins am Zeug zu flicken, leisten wollten, sind entarbt, sie haben wieder einmal den Beweis dafür geliefert, daß jene häßlichen Feinde unserer Organisation, welche gegen Verahlung oder zur Erreichung von Sonderinteressen die Gewerkschaft anbellten, in der Regel Puppen sind. Die Herren Seydl, Scherer, Zimmerl, Verhouc und einige ihrer Kameraden an der Vereinskrippe sind in den Augen jedes ehrlichen Südbahners gerichtet.

Und die Verwaltung der k. k. priv. Südbahngesellschaft? Wird sie auch fernerhin das durch ihre oberen Funktionäre liebevoll und gleichzeitig ängstlich gehütete Kreundschaftsband mit den großmäuligen Führern ihres Schloßhundes, des Kanzleierpedientenvereines, festgeknipt erhalten? Oder wird sie so viel Schwarmgefühl aufbringen, den Verkehr mit diesen sauberen Helden endgültig abzubrechen?

Maßnahmen zur Erzielung einer höheren Wirtschaftlichkeit im Staatsbahnbetrieb.

Die Zahl der sogenannten Sparerlässe hat sich wiederum vermehrt, und dies ist an und für sich nicht verwunderlich, ist doch die Produktion von Erlässen die hervorragendste Tätigkeit unserer leitenden Staatsbahnbeförden. Der neue Sparerlaß, es handelt sich um einen solchen der k. k. Nordbahndirektion, schreitet rüstig auf dem Wege, auf Kosten des niederen Personals Erparungen zu machen, weiter. Dabei beweist er neuerlich, daß die Urlauberteilung, die dem Personal so hoch angerechnet wird, bei der herrschenden Praxis der Substituierung nur minimale Kosten verursacht. Die k. k. Nordbahndirektion ordnet in ihrem neuen Erlaß die größte Sparsamkeit bei der Reinigung, Beleuchtung und Beheizung der Kasernen an, während doch das Eisenbahnministerium durch Zeitungs-meldungen in den Tagesblättern eine große Reform des Kasernenwesens verkünden und mitteilen ließ, es seien Grundzüge für den Bau und die Einrichtungen von Unterkunfts- und Ueberrnachtungsgebäuden bereits ausgearbeitet worden, die Durchführung dieser mit erheblichen Kosten verbundenen Neuerungen solle sukzessive erfolgen. Die Anordnung der Nordbahndirektion zerstört sehr bald die schönen Zukunftsträume betreffs endlicher Verbesserung der Kasernenzustände, versetzt uns in die nackte Wirklichkeit des Kasernenelends zurück und läßt keinen Zweifel über den Grad der tatsächlichen Fürsorglichkeit aufkommen, den die Staatsbahnverwaltung ihrem Personal gegenüber erübrigt.

Der Gipfel der Staatsbahnverwaltungskunst ist die Erspargung an Brennmaterial für Naturalwohnungen, die Erspargung einzelner Regiefahrten, einzelner aus hilfswise beschäftigter Bediensteter und Erparungen bei den Urlauben auf Kosten der Bediensteten. Mit derartigen kleinlichen Maßnahmen, die wohl den einzelnen Bediensteten empfindlich treffen, aber keineswegs irgendwelchen Einfluß auf das Gebarungsergebnis der Staatsbahnverwaltung ausüben können, will man die österreichischen Staatsbahnen retten. An große Dinge getraut man sich nicht heran. Man zögert, in das Wespennest der Diätenmacherei zu stechen und weicht im großen Bogen jener angekündigten großen Reform aus, nach welcher die k. k. Staatsbahnen nicht mehr länger einzig und allein die Unterbringungs- und Versorgungsanstalten für die Söhne der österreichischen Bourgeoisie sein sollen.

Der neue Sparerlaß der Nordbahndirektion hat folgenden Wortlaut:

A. I. Nordbahndirektion.

Akt Nr. 112.608 ex 1912. Wien, am 4. Februar 1913.

Erlaß

an die k. k. Betriebsinspektorate und an sämtliche k. k. Bahnbetriebs- und Bahnstationsämter.

Inhalt: Aufforderung zur größten Sparsamkeit in allen Zweigen des Stations- und Fahrdienstes, insbesondere in Kapitel XII/2 (Löhne), XII/10a (Druckforten), XII/10c (Beleuchtung, Beheizung), dann Kapitel XIII/2 (Löhne), XIII/9 (Brennmaterial für Naturalwohnungen), XIII/11 (Beleuchtung der Wagen und Züge), XIII/12 (Erhaltung und Erneuerung der Zugausrüstungsgegenstände) und XIII/13 (Beleuchtung, Beheizung und Reinigung der Kasernen des Zugbegleitungs-personals, dann Erhaltung und Erneuerung der Kaserneneinrichtungsgegenstände).

Das k. k. Eisenbahnministerium hat die nötigen Kredite für das laufende Jahr mit der Weisung bewilligt, daß ein Ueberschreiten dieser Kredite — unvorhergesehene abnormale Vorfälle ausgenommen — nicht stattdessen darf. Um dieser Weisung entsprechen zu können, ist es unbedingt nötig, daß die Herren Vorstände der obengenannten Dienststellen diesem Gegenstande das ganze Jahr hindurch unaußgeseht ihre angelegte Aufmerksamkeit zuwenden. Bemerkenswert wird, daß in einzelnen Belangen die falschen Ausgaben des Jahres 1912 ebenso groß und auch größer sind, als die für das laufende Jahr für diese Dienstzweige bewilligten Kredite. Letzteres gilt insbesondere bezüglich der Kapitel XII/2, XIII/2, XIII/9, XIII/11, XIII/12 und XIII/13.

Um dennoch zu erzielen, daß die Ausgaben im laufenden Jahre die knapp bemessenen Kredite nicht überschreiten, wird nachstehendes gewissenhaft zu beachten sein:

ad Kapitel XII/2 (Löhne). Die nicht ständigen Aushilfen sind sofort auf das unumgänglich nötige Maß zu restringieren. Ueber die vorgenommenen Reduzierungen ist umgehend an das Bureau V/1 zu berichten.

Bei anhaltendem schwächeren Geschäftsgange, wie dies in den abgelaufenen Monaten Dezember und Jänner in den Magazinen zumeist der Fall war, ist zu trachten, mit einer verminderten Zahl von Arbeitskräften das Auslangen zu finden, Kranke und Weurlaubte nicht zu ersetzen und sonstige Unlust mit der Absolvierung der Erholungsurlaube begonnen werden. Die Erholungsurlaube sollen dienstordn. ungemäß ohne auswärtig Substituten, das heißt derart absolviert werden, daß der Bahnamtsvorstand durch seinen Stellvertreter, beziehungsweise tunlichst durch einen geeigneten Beamten derjenigen Station, der Beamte durch einen entsprechend eingeweihten Unterbeamten, letzterer durch einen hierzu geeigneten Diener und dieser durch einen älteren Arbeiter vertreten wird. Die Aufnahme eines Aushilfsarbeiters ist aus Erspargungsrücksichten, wenn irgend tunlich, zu vermeiden. Damit auch während der Absolvierung der Erholungsurlaube der Dienst nicht antastungslos abwickelt, wird vor allem darauf Bedacht zu nehmen sein, daß die Substituten mit den Agenten der zu Substituierenden rechtzeitig vertraut gemacht werden.

ad Kapitel XIII/2 (Löhne). Das bezüglich des Kapitels XII/2 Gesagte gilt im allgemeinen auch bezüglich des Kapitels XIII/2. Die Herren Vorstände der Zugbegleiterdomizilstationen werden diesem Dienstzweige unaußgeseht ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Unnötige Regiefahrten der Zugbegleiter sind unbedingt zu vermeiden. Die Zahl der die sogenannte Reserve haltenden Zugbegleiter in den Zugausrüstungsstationen ist tunlichst zu restringieren. Beim Abflauen des Güterzugverkehrs sind sofort eine entsprechende Anzahl Aushilfsbremser abzurufen und ist in jedem einzelnen Falle hierüber an das Bureau V/1 zu berichten. Es ist überhaupt zu trachten, mit der verminderten Zahl von Zugbegleitern, das heißt mit den in den Turnusblättern fixierten Zahl das Auslangen zu finden, was mit einer Erhöhung des Verdienstes der Zugbegleiter an Fahrgebühren verbunden und im Interesse der letzteren gelegen ist.

Ferner wird bei den Ausgaben in Kapitel XIII/9 (Brennmaterial für Naturalwohnungen), Kapitel XIII/11 (Beleuchtung der Wagen und Züge), Kapitel XIII/12 (Erhaltung und Erneuerung der Zugausrüstungsgegenstände), Kapitel XIII/13 (Beleuchtung, Beheizung und Reinigung der Kasernen des Zugbegleitungs-personals, dann Erhaltung und Erneuerung der Kaserneneinrichtungsgegenstände) den Herren Dienstvorständen die größte Sparsamkeit zur Pflicht gemacht.

Mit Rücksicht auf die noch immer nicht in jeder Richtung hin befriedigenden Ergebnisse der Gesamtwirtschaft werden die k. k. Betriebsinspektorate und sämtliche k. k. Bahnbetriebs- und Bahnstationsämter beauftragt, der Personalgebarung das vollste Augenmerk zuwenden und speziell die Aufnahme zeitweiliger Hilfskräfte für Erkrankte und Weurlaubte nur auf den absolut unerläßlichen Bedarf zu beschränken, Anschaffungen und Herstellungen jeder Art nach Möglichkeit aufzuschieben und durch weitestgehende Ausnützung der Befähigungsfähigkeit der Personen- und Güterzüge auf die möglichste Herabminderung der unproduktiven Verkehrsleistungen sowie auf die zulässige Einschränkung der Instandhaltungskosten hinzuwirken.

Durch eine sparsamere Gebarung mit Inventar, Druckforten und Material (Kleimmergut, Petroleum, Öl, Kohle, Gas, Elektrizität zc. zc.), insbesondere durch eine Verringerung der Zug- und Stationsbeleuchtungskosten durch zweckmäßige Vereinfachung der gesamten Geschäftsabwicklung ist die gebotene Herabminderung des Betriebs- und Verwaltungsaufwandes anzustreben.

Unter Hinweis auf die besonders ernste Situation der Gesamtwirtschaftslage wird von der Einsicht und dem Pflichtbewußtsein aller beteiligten und verantwortlichen Organe in Zukunft die gewissenhafteste Beobachtung einer streng vorchriftsmäßigen und äußerst sparsamen Gebarung erwartet und haben die Herren Dienstvorstände unter persönlicher Verantwortung in dieser Richtung ohne Aufschub alle notwendigen Einleitungen und Vorkehrungen mit Umsicht und Energie zu treffen.

Andererseits ist man entschlossen, in allen Fällen, in welchen die Ueberprüfung oder eine etwa einzuleitende Untersuchung eine Außerachtlassung der einschlägigen Vorschriften in Bezug auf die Verwendung des Personals, auf die Gebarung mit Inventar, Druckforten, Material zc. feststellen sollte, gegen die an einer ungerechtfertigten Ueber-

Schreibung der zugewiesenen Präliminarbeträge schultragenden Organe mit aller Strenge vorzugehen.

Die Bestimmungen dieses Erlasses sind den beteiligten Organen nachweislich zur Kenntnis zu bringen.

Für den I. I. Direktor: Unterschrift unleserlich.

Eisenbahnerlos.

Wider aus dem Leben des Eisenbahnproletariats.

In der „Salzburger Wacht“ veröffentlicht Genosse Josef Witternigg soziale Streifzüge aus dem Leben der Arbeiterschaft von Bischofskirchen, eines vorwiegend von Eisenbahnern bewohnten Ortes in Salzburg. Wir geben daraus einige Schilderungen, die die Verhältnisse, unter denen I. I. Staatsbahner leben, kennzeichnen, wieder. Genosse Witternigg schreibt unter anderem:

Eine Hölle als Wohnung für eine Oberbauarbeiterfamilie. — Die Not als Engelmacherin.

Ich wandere die Straße im Rosental weiter. Bei dem Hause Nr. 54 an der Straße bleibe ich stehen. Knapp hinter dem Hause fließt der Gaisfeldbach vorüber. Etwas tiefer gelegen sehe ich, der Straßenseite zugekehrt, durch das Fenster einer Glasür ein Mädchen Gesicht. Die Tür war ohne Verschluss. Rasch trete ich ein. Ein Qualm von feuchter, modriger Luft strömt mir entgegen. Ich traue meinen Augen nicht, es ist eine menschliche Behausung. Eine Küche und ein Zimmer soll es sein. Die Küche wird durch einige Glasfenster an der Tür und einen halben kleinen Flügel fenster, das Zimmer (Hölle ist besser gesagt) wird auch nur von einem halben Flügel fenster erleuchtet. In der Küche stehen ein alter Divan, ein Sessel, ein Kasten, auf dem vielerlei Geschirr steht, ein Herd, auf dem eine Pfanne mit Kartoffeln schmort. Das alles bildet das Küchenmobiliar. In der Mitte des Zimmers stehen hintereinander drei Betten, alle sind von der Wand weit weggerückt. Die Wände sind ringsum vom Boden bis zum Plafond feucht. In dieser Wohnung wohnen vier Menschen.

Ein 65jähriger Mann, Oberbauarbeiter der I. I. Staatsbahn; eine 59jährige Frau; zwei Töchter, eine mit 28 und eine mit 18 Jahren. Der Oberbauarbeiter verdient täglich Kr. 3.30. Sehr oft ist er krank. So oft er zu Hause bleiben muß, so viel mal verliert er den Tagelohn. Für die Wohnung müssen die Leute monatlich 11 Kr. Zins zahlen. Fleiß kommt bei dieser Familie das ganze Jahr nicht auf den Tisch. Ihre Mahlzeiten bestehen aus Nudeln, Erdäpfelgulasch, Polenta u. s. w. Die alte Frau ist ebenfalls krank und gichtleidend. Die 23jährige Tochter hat schon von Kindheit an schlechte Augen, sie sind ganz rot unterlaufen. Trotz des Elends hat die Natur im Menschen, das Herz der jungen Tochter Liebe empfunden. Ein junger Mann, auch ein Proletarier, welcher erst vom Militär zurückgekommen war, hat das Herz der Armen erobert. Der Liebesbund blieb nicht ohne Folgen. Ein zartes Mädchen erblickte in dieser Proletarierhütte das Licht der Welt. Die Augen des neuen Menschenbürgers leuchteten voll Sehnsucht nach geistlicher Pflege in die Welt. Menschen sollen helfen! Nach 6 Monaten und 14 Tagen Erden das sein hat der kleine Weltbürger ausserungen. „Ein Engel ist in den Himmel geflogen.“ Während die junge Mutter von Kummer und Sorgen heimgesucht wird, wird ihr Tröster und Helfer in der Not vom Vater Staat unter die Fahne gerufen. Der junge Vater steht an der Grenze auf der Wacht Lieb Vaterland, magst ruhig sein. . . .

Ein junger Arbeiter in Verzweiflung. — Der gewaltige Heizhausvorstand.

Im Hause Nr. 70 trete ich unerwartet im ersten Stock in eine Wohnung. Am Boden spielen ein zweijähriges und ein einjähriges Kind. Aus den Augen der zwei Kleinen leuchtet die Unschuld. An einem Fenster steht ein Mann.

Ich frage: „Sind Sie der Vater?“

„Ja!“

„Sind wohl Eisenbahner und heute frei?“

„Ja, ganz frei.“

„Wieso ganz frei?“

„Entlassen wurde ich.“

„Wo waren Sie beschäftigt?“

„Im Heizhaus war ich Kohlenarbeiter.“

„Warum wurden Sie entlassen?“

„Am 4. August 1912 als ich in den Dienst ging, fiel ich über eine Schiene und brach mir die linke Hand. Heute bin ich noch krank. Sechs Wochen bekam ich Krankengeld, dann die Unfallrente Kr. 1.81 per Tag. Am 8. Dezember wurde mir gekündigt und am 14. Jänner 1913 erhielt ich folgendes Zeugnis: „Inhaber stand während vorgenannter Zeit, 10. Juni 1912, im hierortigen Dienst und wurde krankheits halber aus dem Dienst entlassen.“

R. I. Heizhausleitung Bischofskirchen.
Der Heizhausvorstand: Höfler.

Ich bin im Lebensmittelmagazin 40 Kr. schuldig. Die Schulden mußte ich während meiner Krankheit machen. Mit Kr. 1.81 per Tag zwei Erwachsene und zwei Kinder ernähren, war mir nicht möglich. Heute, am 27. Jänner, war ich beim Heizhausvorstand und bat ihn, er möge mir die Schuld von 40 Kr. nicht auf einmal abziehen, sondern monatlich nur 10 Kr. Der Vorstand erklärte mich nicht, er war kurz gebunden. Ich bin nur froh, daß er mich nicht noch hinausgeworfen hat. Am 8. Februar soll ich 56 Kr. von der Unfallversicherung erhalten. Davon zieht mir der Vorstand 40 Kr. ab. 11 Kr. habe ich Zins zu zahlen. Wie soll ich mit 5 Kr. einen Monat lang meine Kinder, meine Frau und mich ernähren?“

Tränen treten dem jungen Mann in die Augen. Die junge Mutter in gesegneten Umständen steht daneben, hat ein Kind am Arm, eines hält sich an ihren Kleidern fest und weint. Es ist ein Bild voll Jammer und Schmerz. Verzweiflung ringt der junge Mann die Hände und sagt: „Meine Familie muß ich durch die Gemeinde nach Schladming überstellen lassen. Die Wohnung wurde mir, weil ich den Zins schuldig blieb, gerichtlich gekündigt.“

Es fallen Tränen im Rosental. So unerbittlich handeln Menschen an den Mitmenschen. Würde der Heizhausvorstand in die ungeschulbigen Kinderaugen geblickt haben, er hätte nicht so handeln können.

Wäre der junge Kohlenarbeiter beim Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsberein, die Organisation ließe sich solch eine Behandlung nicht bieten. Daß der Heizhausvor-

stand so barbarisch vorgehen kann — auch andere Arbeiter erheben Klage gegen ihn — daran sind die dort Beschäftigten selber schuld. Zuerst tut ihnen jeder Heller, den sie für die Organisation ausgeben sollen leid, wenn sie dann zu Schaden kommen, erkennen sie, daß es zu spät ist. Einem organisierten Eisenbahner gegenüber wird sich der Heizhausvorstand einer solchen Behandlung nicht bedienen.

Für die I. I. Staatsbahn ist das ausgestellte Zeugnis im Arbeitsbuch, wo es heißt: „Wurde krankheits halber entlassen“, kein Ruhmesblatt. Es zeigt nur die profitgierige Seele des Staates als Arbeitgeber.

Für 26jährige Dienstleistung eine Gnadengabe. — Das Los der Eisenbahnerpensionäre.

Zu ebener Erde im Hause Nr. 58 wohnt ein Eisenbahnerpensionistenpaar. Ein Mann mit 67 Jahren liegt seit einem halben Jahr schwer krank im Bett. Er war 26 Jahre lang Nachtwächter bei der I. I. Staatsbahn in Bischofskirchen. Er bezieht eine fortlaufende Gnadengabe von 20 Kr. monatlich. Mit diesem Geld soll er leben. Die Gnadengabe erhält der im Dienst grau gewordene Mann mit folgendem Begleit schreiben:

„Die Einstellung der Gnadengabe bleibt in dem Falle vorbehalten, wenn die gegenwärtigen Voraussetzungen hinsichtlich der Würdigkeit und Bedürftigkeit nicht mehr in gleichem Maße zutreffen sollen.“

Die Würdigkeit und Bedürftigkeit dieses Mannes hört auf, wenn er tot ist. Dieselbe Wohnung, Kabinett und Küche, sehr klein, teilt mit dem Kranken eine Eisenbahnerwitwe mit einem zwölfjährigen Mädchen. Sie erhält 25 Kr. monatlich aus dem Pensionsfonds und 5 Kr. Erziehungsbeitrag. Zusammen 30 Kr. Davon werden 10 Kr. für die Wohnung, das übrige zum Leben und Kleiden für drei Menschen verwendet. Es fallen auf jeden 18 Kr. monatlich, täglich 60 H.

Wären diese beiden Pensionisten nicht zusammengezogen, eines allein hätte ein noch schlimmeres Dasein. Die Witwe betreut den Kranken und pflegt ihn wie eine Mutter. Das zwölfjährige Mädchen ist krankenlos. Infolge der Krankheit ist es in der Schule zurückgeblieben. Was mag wohl dieses Eisenbahnerkind für eine Zukunft haben?

So leben die Pensionäre, Witwen und Waisen der I. I. Staatsbahn im Gnadenweg.

Ein „adeliger“ Eisenbahner.

Im ersten Stock des Hauses Nr. 59 wohnt ein organisierter Magazinarbeiter. Er ist schon 17 Jahre bei der I. I. Staatsbahn und bezieht einen Tagelohn von 3 Kr. Die Wohnung besteht aus einer Küche und einem größeren Zimmer, bewohnt werden die Räume von Mann und Frau. Der monatliche Zins beträgt 15 Kr. So freundlich die Wohnung ist, ist sie feucht. In der Küche und im Zimmer sind die Wände mit Wasserflecken bedeckt. Der Mann sitzt gerade bei seiner langen Mahlzeit. An der Wand in der Küche hängt ein ritterliches Wappen. Ich frage den Mann, was das zu bedeuten habe.

„Unser Wappen ist es,“ wird mir geantwortet, „es stammt aus dem 13. Jahrhundert.“ Der Mann nimmt das Wappen von der Wand. Auf der Rückseite steht folgende Erklärung:

„Die Familie Riedl entstammt einem angesehenen Geschlecht aus Raab in Oesterreichisch-Schlesien, woselbst der Erste dieses Namens laut urkundlicher Aufzeichnung im allgemeinen deutschen Wappennbuch im Anfang des 13. Jahrhunderts von Kaiser Friedrich II. Wappen und Siegelrecht erhielt. Die heraldische Deutung der Wappeninsignien ist folgende: Der wagrechte, geteilte Schild kennzeichnet die vielseitige Tätigkeit, die zusammengeknüpften silbernen Jagdhörner die Vorliebe zum Jagdwesen, der Helm die Tapferkeit, der grüne Büschel Wachstum und Gediehen dieses Geschlechtes.“

„Von wo haben Sie dieses Wappen erhalten?“

„Mein Großvater und mein Vater hab'n's schon immer verehrt. Mein Vater wollte sich schon den Adel kaufen, aber er hat immer gesagt: „Was nützt der Titel ohne Mittel.“

„Haben Sie Verwandte?“

„O, große Verwandtschaft hab'n ma. In Böhmen, Ungarn, Amerika. In Preßburg is a reiche Verwandte gestorben, i bin aber bei der Erbschaft vorbeigegangen.“

„Ist das Wappen echt?“

„Das echte hat mein Verwandter, A Freund auf der Bahn hat ma's nachgez. „net. Hab nur a Krone dafür 'zahlt, wo anders hätt' i scho mehr dafür ausgeben müssen.“

Der Eisenbahner begnügt sich damit. Das Wappen kommt wieder an die Wand. Das Geschlecht Riedl wächst und gedeiht bei einem Tagelohn von 3 Kr.

„Wie lustig war's, wann ma a größere Wohnung hätt'n!“

In einer Dachwohnung des Hauses Nr. 135 hat ein Oberbauarbeiter, ein braver Genosse, mit seiner ebenso treuen Kämpferin sein Quartier aufgeschlagen. Die Küche ist eng und länglich. Das Kabinett ist schmal, mit der Hand erreicht man den Plafond. Unter dieser schiefen Dachwand stehen zwei Betten und ein Tisch. Auch diese Wohnung ist feucht. Der Zins beträgt 11 Kr. In der kleinen Wohnung wohnen zwei Erwachsene und zwei Kinder. Die Folge der feuchten Wohnung ist Krankheit. Die Frau lag erst krank danieder. Diese vier Personen haben natürlich nicht viel Platz und leiden darunter. Die Mutter sprach den Wunsch aus: „Wie lustig war's, wann ma a größere Wohnung hätt'n.“ Die arme Frau wünscht sich nur eine größere Wohnung und sie wäre lustig, fröhlich, trotz des harten Proletariatschicksals.

Inland.

Die Erpresserpraktiken bei der Auffig-Teplitzer Eisenbahn.

Es ist noch gar nicht allzulange her, daß in Oesterreich, und zwar vom Wiener Landesgerichte, Arbeiter rechtskräftig wegen des schimpflichen Verbrechen der Erpressung verurteilt wurden, weil ihre Weigerung, mit Unorganisierten in einem Betrieb zusammen zu arbeiten, den betreffenden Unternehmer veranlaßte, diese zu entlassen. Die Erinnerung an diesen Fall wurde übrigens erst vor einigen Wochen durch ein ähnliches Erkenntnis geweckt, das das Bezirksgericht in Salzburg gefällt hat. Der Fall, um den es sich dabei handelt, betraf damals zwei Arbeiter, die wegen Uebertretung des Kollektivgesetzes zu einer mehrtägigen Arreststrafe verurteilt wurden, weil sie mehreren ihrer Kollegen, die in einem Betrieb, mo der mit der Organisation abge-

schlossene Kollektivvertrag nicht eingehalten wurde, arbeitslos, nahegelegt haben sollen, sich nicht zu weiteren Vertragsbrüchen mißbrauchen zu lassen.

Daß ein derartiges Urteil, wenn seine Konsequenzen zu einer Norm in der Rechtsprechung führen würden, geeignet wäre, den Gewerkschaften eines der wesentlichsten Fundamente zu ihrer praktischen Betätigung auf dem Gebiet des Arbeitsvertrages einfach zu entziehen, bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Der korporative Arbeitsvertrag, der heute nicht nur in der gewerkschaftlichen Praxis eine immer größere Rolle spielt, sondern der auch bei den ernst zu nehmenden bürgerlichen Sozialpolitikern als die einzig mögliche Form des zukünftigen Arbeitsvertrages überhaupt angesehen wird, hängt einfach in der Luft, wenn es rechtlich verboten sein soll, auf seine Einhaltung und Durchführung zu dringen. Wo das Gesetz der Wirksamkeit des Kollektivvertrages den ausreichenden rechtlichen Schutz versagt, ist der Selbstschutz durch das solidarische Handeln der Arbeiter die einzige Möglichkeit, ernsthaft von einem kollektiven Uebereinkommen überhaupt reden zu können. Das ist auch der Standpunkt, der von den bürgerlichen Nationalökonomern von Ruf und Bedeutung, wie Brentano und Sombart, wiederholt mit allem Nachdruck betont worden ist.

Aber es ist gut, daß solche Dinge, die natürlich von der bürgerlichen Presse immer wieder mit Behagen als Beiträge zu dem Kapitel vom „sozialdemokratischen Organisationszwang“ fruktifiziert werden, ihre mehr als reichlichen Gegenstücke aus der Praxis der Unternehmer finden. Vor ein paar Tagen erst hat unser Auffiger Parteiblatt einen solchen Beitrag zu dem Kapitel „Unternehmerterrorismus“ geliefert: Der Inspektor Dittrich der Auffig-Teplitzer Eisenbahn läßt nämlich Eisenbahner, die Mitglieder des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsbereines sind, in seine Kanzlei rufen und sagt ihnen, daß sie entlassen oder pensioniert werden, wenn sie nicht aus der Organisation austreten und dem gelben Verein der Unterbeamten und Diener beitreten. Der Auffiger Staatsanwalt hat den Herrn Inspektor bisher nicht des Verbrechen der Erpressung angeklagt.

Aber es bedarf wohl kaum viel kriminalistischen Scharffinnes, um nachzuweisen, daß dieser Fall rücksichtslossten Unternehmerterrorismus alle Merkmale der Erpressung an sich trägt, denn nach § 98 des österreichischen Strafgesetzbuches begehrt das Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch Erpressung nicht bloß derjenige, der a) „einer Person wirklich Gewalt antut, um sie zu einer Leistung, Duldung oder Unterlassung zu zwingen“, sondern unter derselben Voraussetzung begehrt aber dieses Verbrechen derjenige, der b) „mittelbar oder unmittelbar, schriftlich oder mündlich, oder auf eine andere Art, mit oder ohne Angabe seines Namens, jemand mit einer Verletzung am Körper, Freiheit, Ehre oder Eigentum in der Absicht bedroht, um von dem Bedrohten eine Leistung, Duldung oder Unterlassung zu erzwingen“, und es ist, wenn das angedrohte Uebel geeignet war, dem Bedrohten Besorgnisse einzusößen, gleichgültig, ob die Drohung einen Erfolg hatte oder nicht.

Die Frage ist also wohl hier am Platze, was geschehen würde, wenn die Sache umgekehrt läge und organisierte Arbeiter einen Unternehmer gedroht hätten, um ihn zur Entlassung Unorganisierter zu zwingen? Man kann überzeugt sein, daß das Einschreiten der Staatsgewalt tödlicher wäre, und daß der Staatsanwalt ein leichtes Spiel hätte, die Anklage haltbar zu begründen. Und wie würde die ganze gutgefinte Brecheweite aufheulen, über einen so eklatanten Fall von erpresserischem Organisationszwang, der ein energisches und gründliches Einschreiten der Staatsgewalt erheische, wenn man nicht will, daß alle staatsbürgerliche Freiheit, die der einzelne genießt, für aufgehoben erklärt wird. So aber handelt es sich um einen Erpresserakt eines Unternehmers, der freilich so kraß ist, daß er kaum mit irgendeinem ähnlichen Fall, der von Arbeitern verübt wurde, verglichen werden kann. Aber eben deshalb schweigt die ganze bürgerliche Presse, die sonst getreulich jedes Schimpfwort registriert, das irgendeinem Streikbrecher zugerufen wurde. Und auch die staatliche Gerechtigkeit wird die berühmte Binde kaum von den Augen nehmen und jenen Scharffinn walten lassen, den man sonst gewohnt ist, wenn der Verüber einer vermeintlichen strafbaren Tat zufällig ein Arbeiter ist.

Die Zündmittelsteuer.

Der Finanzminister hat dieser Tage die Regierungsvorlage über die „Zündmittelsteuer“ im Abgeordnetenhaus eingebracht. Die Steuer soll betragen:

- für Schwefelzündhölzchen 2 H. für jede Packung mit nicht mehr als 80 Stück Inhalt;
- für andere Zündhölzchen 2 H. für jede Packung mit nicht mehr als 60 Stück Inhalt;
- für Wachs zünder 10 H. für jede Packung.

Die Steuer muß von den Fabrikanten vor der Begbringung der Zündhölzer aus der Fabrik entrichtet werden. Die Fabriken werden daher unter die ständige Kontrolle der Finanzbehörden gestellt. Auf jede Packung wird das Zeichen der Finanzbehörde gesetzt, daß die Zündhölzer besteuert wurden. Zündhölzer, deren Packung dieses Zeichen nicht trägt, verfallen dem Staat. Der Tag, an dem die Steuerpflicht in Wirksamkeit tritt, wird durch Verordnung bestimmt. Wer an diesem Tage Vorräte von Zündhölzern besitzt, muß die Steuer nachzahlen; doch bleiben Vorräte der Haushaltungen steuerfrei, wenn die Nachsteuer nicht mehr als eine Krone betrage. Das Erträgnis der Steuer wird auf zehn bis zwölf Millionen Kronen geschätzt.

Die Regierung will also eine Steuer einführen, die den Preis der Zündhölzer auf weit mehr als das Doppelte erhöhen würde! Heute kostet ein Paket Zündhölzchen mit zehn Schachteln 12 bis 14 Heller; erlangt die Regierungsvorlage Gesetzeskraft, dann wird es 32 bis 34 Heller kosten!

Die Regierung fürchtet nun, man werde, wenn die Zündhölzersteuer in Kraft tritt, zu Ersatzmitteln greifen: statt Zündhölzchen automatische Feuerzeuge verwenden.

Darum legt sie auch auf diese Feuerzeuge eine Steuer! Die Höhe dieser Steuer soll „unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Feuerzeugtypen“ durch Verordnung festgesetzt werden, keinesfalls aber mehr als zwei Kronen für jedes Feuerzeug betragen! Diese Feuerzeuge werden sogar noch schlechter behandelt als die Zündhölzer. Während nämlich Zündhölzer, die in das Ausland ausgeführt werden, von der Steuer befreit sind, ist von einer solchen Steuerbefreiung für in das Ausland ausgeführte Feuerzeuge im Gesetz nicht die Rede! So gefährdet das Gesetz die Lebensfähigkeit einer aufblühenden Industrie, die nicht wenige Arbeiter beschäftigt!

Was wird das Parlament mit dieser Vorlage beginnen? Die Erhöhung der Einkommensteuer für die Millionäre, für die Agrarier, für die reichen Mütter hat der Finanzausschuß abgelehnt. Will er trotzdem eine Steuer auf einen Bedarfsgegenstand bewilligen, den der ärmste Arbeiter, den die dürftigste Haushaltung nicht entbehren können?

Die Wirkungen des Krieges.

Von den noch jungen Gewerkschaften in Bosnien-Serbogowina wird uns über die augenblickliche Situation geschrieben: Unsere junge Arbeiterbewegung hat jetzt eine schwere Krise durchzumachen. Alle Verhältnisse unseres Landes werden nämlich stark durch den Kriegsummel in den Balkanländern, die unsere unmittelbaren Nachbarn sind, beeinflusst. Die wirtschaftliche Krise, die uns besonders im Baugewerbe schon seit einem vollen Jahre drückt, ist durch die Kriegsgefahr allgemein geworden. Ein großer Teil der erwachsenen Männer ist schon zum Militär einberufen und so den Familien entzogen, während die Zurückgebliebenen unter einer von Tag zu Tag größer werdenden Arbeitslosigkeit leiden, weil alle Geschäfte und Betriebe durch die Kriegsgefahr, in der das Land schwebt, stocken.

All das würde uns noch nicht so schwer treffen, wenn uns nicht obendrein jede Bewegungsfreiheit genommen wäre. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird von der Regierung völlig mißachtet. Sogar die üblichen Statuten der jüngst gegründeten Ortsgruppen unserer Verbände wurden von der Regierung, der sie eingereicht werden müssen, nicht zur Kenntnis genommen, sondern unterjagt. Sogar die Gründung eines Musikvereines wurde von der Regierung als staatsgefährlich unterjagt. Alle diese Vereine und Statuten wurden sogar unter dem absolutistischen Regime vor sechs Jahren genehmigt.

Unser Parteiorgan „Das Slobode“, das zugleich obligatorisches Organ aller Gewerkschaften ist, bleibt seit einiger Zeit ständigen Konfiskationen ausgesetzt, die nach den heiligen Pressekodex große Geldstrafen und andere Repressalien zur Folge haben, neben den üblichen Freiheitsstrafen. Unsere junge Bewegung wird dadurch auf eine Probe gestellt, von der das Resultat gar nicht vorausgesagt werden kann. Sollte es tatsächlich zu kriegerischen Verwicklungen kommen, dann ist die Bewegung zweifellos für lange Zeit gestört, wenn nicht gar vernichtet. Daher möchten wir die Augen der Internationale auf die Zustände hier lenken und ihre moralische Mithilfe, besonders durch die Presse, erbitten, damit die asiatische Willkür der Herrschenden gegen unsere kulturfördernde Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nicht noch mehr erschwere. Der alleinige Herrscher in diesem Lande ist jetzt General Potiorek, der dem liberalen Ministerium Bilinsky in Wien untersteht. Dieses „liberale“ Ministerium ist dabei bedeutend reaktionärer und rückwärtsgerichtet als das absolutistische Regime, dessen wir uns vorher erfreuten. Um ganz freies Spiel zu haben, will man jetzt noch die letzte Stimme des Protestes, die aus der gedrückten Arbeiterschaft sich erhebt, erstickt, damit der Chauvinismus, der Absolutismus und ihre Begleit- und Folgerscheinungen ihre üblichen Organe feiern können auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, die heute schon von den Schatten des Krieges zu Rechtlosigkeit und wirtschaftlichen Not verurteilt ist. ...

Schnaps- oder Fleischprämien?

Bekanntlich fördert der Staat die Gründung von Schnapsbrennereien, indem er den Brennern Prämien aus Steuergeldern zahlt — Prämien, die dem Staat alljährlich gegen 30 Millionen Kronen kosten. Nun schämt man sich aber doch, die Erzeugung des Fusels, der das Volk vergiftet, auch noch mit Millionen zu belohnen. Also hat man die Ausrede gefunden, die Schnapsprämien seien dazu notwendig, um die — Fleischversorgung zu erleichtern! Das Abfallprodukt der Spirituszerzeugung, die Schlempe, wird nämlich als Futtermittel verwendet; die Spiritusbrennereien sind zugleich große Mastanstalten. Nicht Schnapsprämien, sondern Fleischprämien seien die Liebesgaben an das Alkoholkapital. Der Bericht über die Schnapsprämien, den der Abgeordnete Diamand an das Abgeordnetenhaus erstattet hat, reicht nun der Schnapspolitik sehr geschickt dieses Mäntelchen vom Leibe. Diamand weiß nach, daß die Schlempe, die in den Spiritusbrennereien gewonnen wird, kaum zureicht, ein Hundertstel des österreichischen Viehstandes zu füttern. In der Tat hat trotz der Förderung der Schnapsproduktion der Viehstand abgenommen. Von 1900 bis 1910 ist die Zahl der Schnapsbrennereien von 1180 auf 1434 gestiegen, der Viehstand trotzdem von 9.511.000 auf 9.159.000 Stück gefallen. Die Liebesgaben an die Schnapsbrenner sind also kein brauchbares Mittel, unsere Fleischversorgung zu erleichtern. Nicht die Fleischproduktion, sondern die Schnapsproduktion fördert der Staat mit einem Aufwand von dreißig Millionen jährlich! Und dieses Opfer des Staates bereichert ein Häuflein reicher Kapitalisten und großer Grundbesitzer auf Kosten der Volksgesundheit, die der Alkoholisismus zerstört.

Zur Sanierung der Südbahn.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Wien telegraphiert: „Nächster Tage sollen die Verhandlungen der Vertreter der Südbahn mit der Regierung wegen der Sanierung wieder aufgenommen werden. Nach wie vor wird von Seiten einer Großbank, die bisher dem Südbahnkonsortium nicht angehört, die Verstaatlichung oder eine Betriebsgemeinschaft mit den Staatsbahnen ange-

regt, und man bringt mit diesen Absichten die zeitweilig größeren Käufe in Südbahnaktien in Zusammenhang, aber die Schwierigkeiten werden nach wie vor als unüberwindlich gehalten. Für unerlässlich zur Sanierung hält man es, daß die Obligationäre noch größere Kapitalsopfer bringen, als im seinerzeitigen Projekt in Aussicht genommen waren.“

Ausland.

Die Gewerkschaften in Serbien und der Krieg.

Aus den letzten Schilderungen der Gewerkschafts-genossen in den Balkanländern geht immer wieder hervor, welche ein entsetzliches Unglück der Krieg besonders für die werttätige Bevölkerung ist. Solange eine solche Schilderung Ueberlieferung ist, kann sie mit allerlei echten oder vermeintlichen Geldentaten oder phantasiabellebenden Abenteuern beschönigt werden. Die Rückseite der Medaille aber erkennen wir aus den Beschreibungen des Krieges der Gegenwart, aus den Beschreibungen solcher, die nicht auf Kommando, nicht zur Erhöhung des eigenen oder fremden Ruhmes, nicht auf Bestellung eine Darstellung des Krieges und seiner Begleitumstände geben, die vielmehr bei der Wirklichkeit bleiben und vor allen Dingen die kulturelle Seite dabei beleuchten. Auch der nachfolgende Bericht der serbischen Gewerkschaftszentrale zeigt die Wirkungen des Krieges auf das ganze Volk in einer Weise, die besonders für alle jene Arbeiter belehrend sein sollte, die sich bisher im Schlepptau der nationalistischen Propaganden und Kriegsheber befinden. Die serbischen Genossen schreiben unter anderem:

Die zu Anfangs September erfolgte Mobilisation hat die Reihen unserer Gewerkschaften rasch geleert. Etliche Tage später standen schon 90 Prozent aller organisierten Arbeiter unter der Militärgewalt, in der Kaserne, auf dem Wege zum Schlachtleben. Sie hatten aufgehört, Privatpersonen mit einigen Freiheiten zu sein; sie waren zu Feilen der großen Militärmaschine geworden, deren Schicksal in den Händen einiger weniger liegt und die diese dazu benützen, Tod und Elend unter uns und unseren Nachbarn zu verbreiten. Aus ihrer friedlichen Kulturarbeit in Heim und Werkstatt, in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, waren sie herausgerissen und in den Dienst der Wende-Kultur des Schwertes aepreht worden. Mord und Totschlag sind die Mittel. Ruhm und Beute für die Gewaltigen, und Not und Elend für die Masse des Volkes sind die Resultate dieser blutigen „Kulturarbeit“.

In den Tagen der Mobilisation, als die einzelnen Regimenter aus Belgrad an die Grenze zu ziehen begannen, kamen manche Genossen deprimiert und verzweifelt zu uns, ihr vielleicht letztes Nebewohl zu sagen, in dem niederschmetternden Bewußtsein, ihre unversorgten Familien, ihre Partei und Gewerkschaft für ungewisse Zeit, vielleicht gar für immer, verlassen zu müssen. Wer immer noch einige Dinars besaß, hinterließ sie seinen Lieben, dabei selbst den schrecklichsten Entbehrungen und Strapazen entgegensehend. Wer vermog ihre Leiden bei den Märschen, im Kampf, ja sogar während des Waffenstillstandes zu schildern? Viele muhten 500 und gar 800 Kilometer zu Fuß zurücklegen, ohne Schlaf fast, hungrig, frierend und ermattet. Und alles das, ohne je die geringste Nachricht von den Ihren erhalten zu können, ohne zu wissen, was deren Schicksal geworden. ...

Das Unternehmertum, tiefend von Patriotismus, heeilte sich, die Kriegswirren in Profit für den eigenen Geldbeutel umzumünzen. Alle Löhne wurden willkürlich herabgesetzt oder überhaupt ganz einbehalten. Sicher sind Millionen den Arbeitern auf diese Weise genommen worden. Für viele Arbeiter, besonders für einige Tausend Bergarbeiter, wurde der rückständige Lohn für zwei und drei Monate einbehalten. Das führte natürlich zu mancherlei Revolten, aber die Polizei stand wie immer den räuberischen Unternehmern bei. Sogar die große Gesellschaft für Eisenbahnbau in Ostserbien verweigerte die Auszahlung der Arbeitslöhne, und die Polizei lehnte es ab, für die notleidenden Arbeiter zu intervenieren.

Entsprechend einem Beschlusse der Gewerkschaftszentrale wurden sofort nach der Mobilisierungserklärung alle Arbeitervereinigungen in unser Volkstheim verlegt und dorthin auch deren gesamtes Inventar geschafft. Bald waren alle Räume mit Schränken, Schreibtischen, Büchern u. s. w. gefüllt. Auch alle Werkzeuge und Geldbestände wurden dem Kassier der Zentrale übergeben und Vorjorge getroffen, daß im Falle außerordentlicher Komplikationen alles in Sicherheit gebracht werden könnte.

Den wenigen zurückgebliebenen Genossen, fast nur ganz junge oder ganz alte, wurden dann für ihre weitere Tätigkeit in unserem Sinne Anweisungen durch besondere Zirkulare gegeben. Besonders ward auf die Notwendigkeit hingewiesen, unser Zentralorgan zu verbreiten. Eine Anzahl von Streiks mußten sofort abgebrochen werden. Insgesamt gaben wir elf Streiks auf, an denen über 1000 Arbeiter beteiligt waren und für die wir schon über 15.000 Dinars auszugeben hatten.

Den Unternehmer war der Krieg auch eine willkommene Gelegenheit, die Gewerbegerichte zu suspendieren und so dem Arbeiter jede Möglichkeit zu nehmen, ihr Recht zu suchen. Die wenigen noch beschäftigten Arbeiter sind also völlig der Willkür und Laune des Unternehmers ausgesetzt. In allen Werkstätten und Fabriken, wo für die Arme gearbeitet wird, hat man auf Kommando die Löhne bedeutend herabgesetzt und die Arbeitszeit um 20 bis 50 Prozent verlängert. In allen Staatsbetrieben werden den Arbeitern obendrein regelmäßige Absätze für das „rote Kreuz“ gemacht!

Jede sozialpolitische Aktion ist leider ebenfalls unterbunden, während die Regierung nach Belieben Verschlechterungen der dürftigen Schicksalbestimmungen vornimmt, die wir mit so viel Mühe im Parlament früher errungen haben. Schon am 5. September v. J. hielt die Arbeiterkammer eine Plenarsitzung ab, um gegen die Sabotage zu protestieren, wie sie die Herrschenden gegen alle sozialen Gesetze anwenden.

Wie sehr die Tätigkeit der Organisationen durch den Krieg behindert ist, beweist der Umstand, daß wir

in der ganzen Zeit von den angeschlossenen 300 Gruppen nur acht Briefe erhalten konnten. Dabei werden die Genossen im Innern des Landes in der schlimmsten Weise behandelt. Ihre Zusammenkünfte sind geschlossen oder in Ställe und Magazine verwandelt, die geringe Sabe der Organisationen ihnen genommen und vielfach vernichtet worden. Militär- und Polizeigewalt, die sich als die Herren der Situation fühlen, wettern in der Schikanierung der werttätigen Bevölkerung. Die Genossen treiben Männer und Frauen, die sie arbeitslos in der Straße oder im Kaffehause sehen, sogar solche, die zu Hause sitzen, mit Gewalt zur Arbeit in den Werkstätten, die überall für die Arme errichtet sind, oder auf die Bahnhöfe, ja sogar in Privatbetriebe. Fast alle unsere alten und ganz jungen Genossen, die zum Seeresdienst untauglich waren, sind so gezwungen worden, 15 bis 20 Stunden ohne Lohn zu arbeiten. Ihre Entschädigung besteht in einem Brot per Tag und in der Militärtortur, der auch sie ausgesetzt sind. ...

Die Tätigkeit der Polizei aber stellt in der Tat den Höhepunkt der mittelalterlichen Roheit dar, wie sie nur der Krieg mit sich bringt. Die Polizei fängt alle unbeschäftigten Arbeiter, auch solche, die fast ganz unfähig zur Arbeit sind, auf, um ihre Arbeitskraft den Unternehmern in der Bauindustrie und im Transportgewerbe gratis zur Verfügung zu stellen. Erst kürzlich ist es uns durch Proteste bei den Behörden gelungen, diesem gesehwidrigem Treiben der Polizei etwas Einhalt zu gebieten. Jetzt hat man die „freien“ Arbeiter nach Möglichkeit durch Zuchthäuser ersetzt. So arbeitet z. B. die deutsche (1) Zuderfabrik in Belgrad mit 200 solcher Zuchthäuser. Um ihren Patriotismus zu zeigen, richtete sie in ihren Arbeiterwohnungen ein kleines Krankenhaus für die Verwundeten ein. Die betreffenden Arbeiterfamilien aber wurden einfach auf die Straße gestellt!

Während die Masse des Volkes hungert und nach Brot schreit, erlegen die Fabrikanten sogar die früher so bevorzugten Frauen und Kinder durch die noch billigeren Zuchthäuser. Wie weit die Raubgier mancher Leute geht, zeigten die Kommentare der bürgerlichen Presse beim Eintreffen der ersten Kriegsgefangenen, Türken und Albaner, die als wohlfeile Arbeitskraft begrißt wurden. ... Die im Felde stehenden serbischen Arbeiter müssen ihr Blut vergießen und Gefangene machen, damit zu Hause ihren Frauen und Kindern die letzte Arbeits- und Verdienstmöglichkeit genommen werde. Welch ein Hohn auf die patriotische Begeisterung gewisser Schichten!

Chinesische Eisenbahnprojekte.

Daß das angelsächsische Kapital mehr als das einer anderen Nation von der wirtschaftlichen Eröffnung Chinas profitieren werde, war nach Lage der Dinge zu erwarten. Seit einiger Zeit wird mit britischen Finanzinstituten über den Bau von Eisenbahnen unterhandelt. Jetzt ist Sunjatsen von seiner Regierung beauftragt worden, demnachst in London die Unterhandlungen durch feste Verträge abzuschließen. Mit dem Eisenbahnbau werden eine Anzahl wichtiger Mineralerzstätten verbunden sein. Daß es sich hier um eine Milliardenheute handelt, ist hinlänglich bekannt. Ehe aber mit dem Abbau der ungeheuren Naturschätze des Reichenreiches begonnen werden kann, muß natürlich das Eisenbahnprojekt teilweise wenigstens realisiert sein.

Zur Ausarbeitung der Pläne für das Bahnnetz wurde schon vor Monaten die „Korporation der Chinesischen Nationalbahn“ mit dem Sitz in Schanghai gegründet. Wenn ihre Pläne irgend etwas Vermitteln lassen sollten, dann jedenfalls nicht die Großzügigkeit. Es wird der Bau von 200.000 Ki (96.000 Kilometer) Bahnen innerhalb zehn Jahren beabsichtigt. Die Durchführung dieses gigantischen Unternehmens soll von Anfang bis zu Ende als reine Geschäftssache, ohne jede politische Beeinflussung oder politische Vorteile, betrachtet werden.

Nun ist bis jetzt der chinesische Geist nicht an große Geschäfte gewöhnt. Er hat bislang mit unermesslichen Kräften und ... Recht wird befürchtet, daß die Chinesen kein Verständnis für die Größe des Planes haben. ihm mit Ungleichheit oder hangen Zweifeln begegnen würden. Dieser Eventualität versucht Sunjatsen mit der Ausführung des amerikanischen Beispiels voranzugehen. In den Vereinigten Staaten seien zwischen 1881 und 1890 60.000 Meilen Bahn gebaut worden, obgleich damals dort die Hilfsmittel, Arbeiter u. s. w. nicht in dem Maße vorhanden gewesen seien wie in China.

Der Bau von 96.000 Kilometern Bahn erfordert 12.500 Millionen Mark. Das ist ohne Zweifel eine sehr große Summe; allein sie ist unbedeutend im Vergleich zu den ungeheuren Vorteilen, die diese Bahnen bringen, wenn sie vollendet sind.

Nach Sunjatsen bietet die Aufbringung der 12.500 Millionen keine unübersteigbaren Hindernisse. Die Hauptsache bei dieser Frage sei die Stellung des chinesischen Volkes. Wenn dieses die Vorteile eines ausgebauten Bahnnetzes, wodurch ein sicherer, schneller und billiger Transport gewährleistet wird, einsehe, dann würde die Realisierung des Bahnprojekts gesichert sein.

Die Lage der Transport- und Verkehrsarbeiter in Bulgarien während des Krieges.

Von einem unserer Vertrauensleute erhalten wir aus Sofia folgenden Situationsbericht:

Die Mobilisation und die Kriegserklärung haben bei uns eine Stockung in der ganzen Arbeiterbewegung hervorgerufen. Von den 10.000 in unserem Gewerkschaftsbund organisierten Arbeitern sind kaum 500 außerhalb der Armees — hauptsächlich sind es Arbeiterinnen — geblieben. Die Eisenbahnen, die Telegraphen und die Post wurden sofort militärisiert und gleichzeitig wurden die Eisenbahn-, Telegraphen- und Postangestellten unter die Kasernendisziplin, die bei uns sehr streng und unmenschlich ist, gestellt.

Unser Transportarbeiterbund war gezwungen, seine ordentliche Tätigkeit und das Erscheinen seiner Zeitungen einzustellen. Letzteres wurde von der großen Militärsur, die keine Arbeiterorgane, besonders keine sozialdemokratischen, duldet, herbeigeführt. Lange Zeit

nach der Mobilisation (30. September 1912) hat die Direktion der Straßenbahn in Sofia den Betrieb wieder hergestellt, indem sie sich der nicht zum Militär eingezogenen Arbeiter, nebst anderen neuen Angestellten, hauptsächlich Schülern der oberen Gymnasialklassen, bediente. Die Lage dieses Personals ist elend. Die Linien und die Wagen sind beschädigt, das Personal ist ungenügend und unerfahren. Der Arbeitstag dauert 15 bis 18 Stunden und die Uebelstände der Direktion, die skrupellos die gegenwärtige außerordentliche Lage ausnützt, sind grenzenlos. Infolgedessen sind die Katastrophen sehr häufig. Seit der Mobilisation hat es fünf Katastrophen gegeben, unter denen eine Katastrophe mit schweren Folgen für die Arbeiter verbunden war. Bei dieser Katastrophe verunglückten acht Personen, darunter sechs schwer, die mehr als einen Monat in einem der Militärkrankenhäuser in Sofia als Patienten verbleiben mußten. Die Direktion lehnte es ab, für die verunglückten Arbeiter und für ihre unglücklichen Familien zu sorgen.

Fast alle Hafnarbeiter sind auf dem Schlachtfeld. Die wenigen, die aus verschiedenen Gründen zurückgeblieben sind, wie es der Fall in Varna ist, sind ohne Arbeit und infolge der Sperrung des Hafens am Schwarzen Meer (für die Handelschiffe) dem Hunger ausgeliefert.

Die militarisierten Telegraphen- und Postangestellten haben eine riesige Arbeit zu bewältigen. Ihre Zahl im Frieden war nicht genügend, jetzt aber ist ein großer Teil von ihnen, außer für die Befriedigung der Armeebedürfnisse, in die in den neuerobernten Ländern eingerichteten neuen Bahnhöfe und Telegraphenstationen geschickt, wo sie ohne Bequemlichkeiten eine ihre Kräfte übersteigende Arbeit zu machen gezwungen sind.

Das Schicksal der Eisenbahnarbeiter ist am schwersten. Mit der Eisenbahnverwaltung wurde ein höherer Offizier betraut. Der Eisenbahnminister wurde vom Ministerrat als General ernannt. In jedem wichtigeren Bahnhof wurde ein Kommandant angestellt. Die ganze Verwaltung des Eisenbahnverkehrs liegt in den Händen von Militärpersonen, die vom Eisenbahndienst nichts verstehen; überall mischte sich das Militär ein und gab Befehle, ohne Erklärungen zu dulden.

Außerdem verfügen unsere Eisenbahnen je nach ihrer Größe über kein genügendes bewegliches Material, noch weniger über genügendes Personal, und die Bahnhöfe sind mit ungenügenden Ausweich- und Abstellgleisen versehen.

Bei diesem Stand der Dinge war der Transport des Heeres an die türkische Grenze und der bis jetzt dauernde Transport von Nahrungsmitteln und Munition eine schreckliche Strafe für die Eisenbahner.

Seit 3/4 Monaten wurde keine Lokomotive ausgeliefert und kein Waggon aufgehalten. Lokomotivführer und Heizer fahren ununterbrochen, ohne Ruhe, nicht stundenlang, sondern Tag und Nacht. Zugsführer, Schaffner und Bremser fahren ganze Wochen ununterbrochen. Die Klagen des Eisenbahners, daß er müde sei und keine Kräfte mehr habe, zu arbeiten, wird von den Militärkommandanten mit Schimpfen, Arrestierungen und der Bedrohung mit dem Kriegsgericht beantwortet. Die Lokomotiven sind infolge der langen und ununterbrochenen Arbeit beschädigt und reparaturbedürftig. Sie müssen anormale Güterlasten über unsere gefährlichen und mit großen Steigungen versehenen Linien bewegen und wehe dem Lokomotivführer, der zu sagen gewagt hätte, daß die Lokomotive beschädigt und für keine Arbeit geeignet sei. Nein, nach der militärischen Auffassung muß er sogar mit defekter Lokomotive fahren. Hierfür ein Beispiel: Die Entfernung zwischen Philippopol und Tirnovo-Seimen — der letzte Bahnhof bei der türkischen Grenze gegenüber Adrianopol — beträgt 100 Kilometer. Diese Strecke wird jetzt gewöhnlich in zwei bis drei Tagen durchgefahren, weil man vor dem Semaphor eines jeden Bahnhofes so lange warten muß, bis man eine Linie im Bahnhof freigemacht hat; manchmal muß man 24 Stunden auf dem Bahnhof bleiben, weil andere früher angekommene Züge weiterfahren müssen oder bis aus nächster Station mitgeteilt wird, daß eine Linie oder ein Stück der Linie frei ist u. s. w.

Während dieser Zeit muß das Personal auf seinem Posten sein, die Maschinen unter Dampf bereit halten, weil man jede Minute den Befehl bekommen kann, weiterzufahren.

Man tritt auf dem letzten Bahnhof ein. Sehr oft kommt es vor, daß man gar keine Zeit hat, um zu essen (von Ruhe ist keine Rede), weil man einen anderen Zug denselben Weg zurückfahren muß.

Wenn das Personal in der ersten Zeit diese Lage noch ertragen konnte, so ist es jetzt aber ganz ermüdet und nicht mehr imstande, über die Sicherheit des Verkehrs zu wachen. Viele von unseren Kollegen sind krank, aber es gibt auch, infolge dieser unerträglichen Verwaltung, einige tödliche Unfälle.

In letzter Zeit sind sechs Unfälle bei unseren und bei den in der Türkei eroberten Eisenbahnen vorgekommen. Es waren jedoch wenige Menschenopfer zu beklagen, weil es sich um Güterzüge handelte. Seit der Eroberung der türkischen Eisenbahnlilien, die noch primitivere Einrichtungen auf ihren kleinen Bahnhöfen haben als wir (ohne Semaphore), hat sich die unterträgliche Lage der Eisenbahner ungläublich verschlechtert. Die in die neuerobernten Länder gelangten Eisenbahner haben nicht die notwendigsten Nahrungsmittel. Sie sind oft gezwungen, für ein Kilogramm Brot 1 Frank, oft sogar mehr zu zahlen.

Während die Minister und die Militärkommandanten früher ihrer Zufriedenheit mit der hervorragenden Leistung der Eisenbahner offen Ausdruck gaben, bekommen die Eisenbahner nun, nachdem viele von ihnen ihre Gesundheit eingebüßt haben, die eiserne Faust des Militarismus zu spüren. Sie werden für die kleinsten Vergehen den Kriegsgerichten übergeben und sehr streng bestraft. Fünf Lokomotivführer und zehn andere Eisenbahner wurden entlassen, einige Lokomotivführer wurden den Kriegsgerichten übergeben. Ein Prozeß wegen Ungehorsams der Behörde gegenüber ist schon beendet und der Angeklagte mit der mildesten Strafe — mit zwei Monaten Zuchthaus — bedacht worden.

Das Kriegsgericht will gar nichts davon wissen, daß das Personal von der schweren Arbeit erdrückt wird, daß das bewegliche Material ganz ungenügend ist und daß die einfachsten Anordnungen von den Militärbehörden nicht angewandt werden.

Für das Kriegsgericht gibt es nur „schuldige“ Eisenbahner, die sehr streng behandelt werden müssen, um als abschreckende Beispiele für die übrigen Eisenbahner zu dienen.

Nach dem Kriege erwartet uns eine riesige Arbeit, um uns von diesen Schlägen zu erholen. Es wird viel davon abhängen, wie viele und welche unserer Genossen aus dem Kriege zurückkehren werden; aber es wird auch vom moralischen und materiellen Bestand abhängen, den wir vom internationalen Proletariat erwarten.

Zentralisation der englischen Eisenbahnerverbände.

Die drei wichtigsten Verbände der englischen Eisenbahngestellten, nämlich die Genossenschaft der vereinigten Eisenbahngestellten, der Allgemeine Eisenbahnarbeiterverband und die Genossenschaft der vereinigten Signalwärter und Weichensteller haben beschlossen, sich unter dem Namen Nationalverband der Eisenbahngestellten zusammenzuschließen.

Der neue Reichsverband der Eisenbahner umfaßt über 180.000 Mitglieder und ist somit die stärkste Einzelorganisation unter den englischen Gewerkschaften. Er besitzt ein Vermögen von 10 Millionen Mark. Nur eine Eisenbahnergewerkschaft, in der etwa die Hälfte der Lokomotivführer und Heizer organisiert sind, steht noch außerhalb des Reichsverbandes; ihre Mitglieder stimmten für Föderation und gegen Verschmelzung. Der neue Verband dürfte sechs Siebentel aller organisierten Eisenbahner umfassen, und man erwartet zuversichtlich, daß seine Bildung die Zentralisationsbestrebung innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung mächtig fördern wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine Verleumdung des Simon Stark.

Falkenau a. d. Eger.

Der berühmte Interpellationshändler und freisozialistische Abgeordnete Simon Stark hatte sich in einer vor dem hiesigen Bezirksgericht am 10. d. M. stattgefundenen Verhandlung über eine Ehrenbeleidigungsklage zu verantworten, die die Leitung des Allgemeinen Reichs- und Gewerkschaftsvereines gegen ihn eingebracht hatte. Stark hatte nämlich vor einigen Monaten behauptet, die sozialdemokratische Eisenbahnerorganisation sei eine Betrugsanstalt. Wie immer, wenn diesen Menschen eine der vielen Ehrenbeleidigungsklagen zu erreichen droht, hatte Stark auch diesmal seine vom Parlament verlangte Auslieferung über die Verjährungsfrist hinausziehen zu lassen, um auf diese Weise einer strafgerichtlichen Verurteilung auszuweichen. Wie vorauszusehen war, fiel auch aus diesem Grunde der Richter ein freisprechendes Urteil, da er annahm, daß das begangene Verbrechen verjährt sei. Daß Herr Simon Stark ein Ehrenmann ist, der von seiner Immunität den entsprechenden Gebrauch macht, ist also wieder einmal im Gerichtssaal bewiesen worden!

Rentenerhöhung. Alois Pfeffer, Verschieber der L. L. Staatsbahnen, erlitt am 27. März 1908 in der Station Hfling einen Unfall. Pfeffer war in der Nacht des 27. März als Verschieber tätig und stieß beim Aussteigen aus einem verschobenen Wagen in der Finjennis mit dem rechten Fuß an einen Bremsklotz an. Pfeffer war infolge dieses Unfalles fünf Wochen krank und arbeitsunfähig, trat aber nach dieser Zeit wieder seinen Dienst an. Im September 1912 wurde Pfeffer pensioniert und machte nunmehr für die Folgen des Unfalles, da er noch immer Schmerzen im rechten Fuß litt, Ansprüche bei der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt geltend. Die Unfallversicherungsanstalt wies Pfeffers Ansprüche ab, mit der Behauptung, daß Unfallsfolgen nicht mehr vorliegen.

Gegen diese Entscheidung brachte Pfeffer durch Doktor Leopold Ehrlich beim Schiedsgericht der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt Klage ein, in welcher er ausführte, daß er infolge des Unfalles noch immer an Schmerzen und Beschwerden am Fuß leide. Der Umstand, daß er vier Jahre nach dem Unfall noch Dienst gemacht habe, könnte zu seinem Nachteil nicht geltend gemacht werden, da er eben bemüht war, trotz der Schmerzen, solange es ging, seine dienstlichen Obliegenheiten zu erfüllen.

Bei der am 25. Jänner 1913 vor dem Schiedsgericht unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Dr. Cap durchgeführten Verhandlung gaben die Sachverständigen Professor Dr. v. Stejskal und Professor Dr. Neuter ihr Gutachten dahin ab, daß bei Pfeffer allerdings noch gewisse Beschwerden im rechten Fuß vorhanden seien, deren Zusammenhang mit dem Unfall angenommen werden könne, und daß die Einbuße an Erwerbsfähigkeit mit zirka 20 bis 25 Prozent geschätzt werden könne. Angesichts dieses Gutachtens erklärte sich die klagende Anstalt bereit, die Ansprüche Pfeffers anzuerkennen und verpflichtete sich, Herrn Pfeffer eine monatliche Rente von 225 Prozent und an Nachzahlung einen Betrag von Kr. 113— sowie die Gerichtskosten zu bezahlen.

Streiflichter.

Die Signalleine am Rücken der Zugbegleiter. Ist es denn überhaupt wahr, daß die Menschheit in puncto Kulturfortschritt sich in dem Maße entwickelt, wie es die Gelehrten in Büchern und Schriften, in Vorträgen und Vorträgen behaupten? Gehen wir nicht unmerklich wieder zurück zum Mittelalter, um schließlich dort zu landen, wo unsere Nachkommen gestanden sind? So oder ähnlich möchte man fragen, wenn man die letzten Verfügungen des Eisenbahnministeriums durchliest, in welchen den Zugbegleitern als personelle Ausrüstung, welche im Dienste stets mitzuführen ist, der Heischlauch und dreißig Meter Signalleine aufgeschaltet wird.

Abgesehen davon, daß die Zugbegleiter ohnehin schon mit Zugausstattungsgegenständen reichlich ausgestattet sind, kommt bei diesen zwei Gegenständen doch hauptsächlich in Betracht, ob diese Anordnung bei Abwicklung des Verkehrs sich als praktisch erweisen wird. Zum Beispiel, ein Güterzug soll von Wien-Westbahnhof nach Amstetten abgehen, die Zuglokomotive kommt erst drei Minuten vor der Abfahrt zum Zuge, weil die Verschiebung in der Regel nie früher beendet ist. Nun kommt der Kondukteur mit der Signalleine, hat ein Ende derselben dem Heizer zum Befestigen an der Dampfpfeife zu übergeben und dann die Leine über Lokomotive und Tender bis zum ersten Bremsposten zu spannen. Ein anderer Kondukteur kommt mit dem Heischlauch, um Lokomotive und Dienstwagen damit zu verbinden. Wird sich das alles in drei

Minuten abwickeln lassen? Wird durch das Spannen der Signalleine der Zug nicht oft sehr beträchtliche Verspätungen erleiden, weil das Verwickeln und Hängenbleiben einer Leine, welche sich meistens in zusammengerohltem Zustande befindet, unvermeidlich ist? Andererseits wird sich die Zahl der Unfälle auch sehr stark steigern, weil durch das Spannen der Leine in der Ausgangsstation, sowie das Abnehmen in der End- oder Personalwechselstation das Befestigen der Lokomotive, beziehungsweise des Tenders und Dienstwagens, notwendig ist und deshalb Abrutschungen und Abstürze häufige Erscheinungen sein werden.

Wir fragen uns nun, was wohl der Anlaß zu diesen ministeriellen Maßnahmen gewesen sein kann, können aber trotz eifrigen Nachdenkens keinen stichhaltigen Grund entdecken, es wäre höchstens der Abschluß mit der zu liefernden Firma, welche unter Umständen den betreffenden Referenten auf diese geniale Idee gebracht haben könnte.

Wenn wir in Betracht ziehen, daß die Signalleine bis vor kurzer Zeit auf jeder Lokomotive als Inventargegenstand gegolten hat und diese Leine auch stets in geordnetem Zustande an der Dampfpfeife und an der Rückwand des Tenders befestigt war, so daß die Verbindung der Lokomotive mit dem Dienstwagen, ohne Gefährdung der persönlichen Sicherheit, in stehender Stellung meistens in einer Minute möglich war, währenddem heute die Signalleine erst zur Lokomotive getragen, dort aufgerollt und mit Hilfe des Heizers befestigt und gespannt werden muß, um nach beendeter Fahrt dieselbe wieder abzunehmen, zusammenzurollen und wieder mit den anderen Ausrüstungsgegenständen zu deponieren, so bedeutet dies nicht nur Zeitverlust und Absturzgefahr, sondern es geht auch ins Lächerliche und nennen die Zugbegleiter diese Reueinführung: das Röh beim Schwanz aufzäumen.

Ein ähnliches Verhältnis würde es auch sein, wenn die Schiffsleute nach beendeter Fahrt die Anker, Ketten und Seile mit nach Hause nehmen müßten, oder der Kutscher nach jeder Fahrt gezwungen wäre, die Schleiße oder den Hemmschuh seines Wagens abzumontieren, um diese Gegenstände bis zur Wiederbenutzung in seiner Wohnung zu verwahren.

Man liest sehr oft von der Vereinfachung des Dienstes beim Eisenbahnministerium und hofft deshalb auch auf eine Vereinfachung bei der praktischen Durchführung des Verkehrs. Aber wir hoffen in der Regel umsonst, antwortet vereinfacht und erleichtert komplizierter und beschwerlicher, anstatt Einführung moderner Reformen Rückgang in die Kinderjahre der Eisenbahnen.

Am meisten leiden unter dieser Anordnung die Zugbegleiter und von diesen wieder am empfindlichsten jene, welche mit Güterzügen fahren, weil die Leinen derart mit Öl getränkt sind, daß sie tropfen und von diesem Personal fortwährend hin und hergetragen, bei jedem Zug angebracht und abgenommen werden müssen, wodurch die Kleider der betreffenden Zugbegleiter vorzeitig unbrauchbar werden und nicht einmal die halbe Tragzeit damit ausreichen.

Endlich wollen wir jene Faktoren, durch welche diese Anordnung zustande kam, aufmerksam machen, daß sie die dadurch eintretenden Unfälle am Gewissen haben und dieselben nicht imstande sind einem eventuell durch diese Einführung verunglückten Kondukteur seine geraden Glieder, beziehungsweise seine Gesundheit wieder zu geben. Mit der schwachen Hoffnung, daß diese Zeiten dazu beitragen, damit diese rüchsende Verfügung wieder zurückgenommen und Heischlauch und Signalleine wieder als permanente Ausrüstung der Lokomotive zu gelten hat, wollen wir einstweilen abwarten, wie weit unsere Eisenbahnreformen noch vernünftigen Erwägungen zugänglich sind.

Die Unsicherheit des Verkehrs auf der Wiener Donauuferbahn. Die Donauuferbahn, welche von Kaiser-Ebersdorf bis Wien-Brigittenau eine Ausdehnung von dreizehn Kilometern hat, ist eine Linie mit Sekundärtrieb, das heißt, die Bahn ist nirgends durch Schranken oder Einfriedung abgeperrt. Aus diesem Grunde ist es nicht nur Fußgängern, sondern auch Fuhrwerken aller Art möglich, noch kurz vor Passierung eines Zuges die Geleise zu überqueren.

Uneingeweihte werden nun sagen, daß dies auf jeder Sekundärbahn der Fall ist und aus diesem Grunde die Züge ja auch eine den Verhältnissen entsprechend lange Fahrzeit haben. Diese Behauptung mag im Allgemeinen auch zutreffen, doch auf der Wiener Donauuferbahn können diese Argumente deshalb keine Anwendung finden, weil auf den dreizehn Kilometern Bahnlänge zirka dreißig unbewachte, meistens stark frequentierte Ueberquerungen kommen. Aus diesem Grunde ist es auf dieser Strecke auch schon sehr oft zu Avambolagen mit Fuhrwerken, Verletzung, beziehungsweise Tötung von Menschen und Tieren gekommen.

Die Kosten der aus diesem Grunde gezahlten Entschädigungen und Renten haben gewiß eine beträchtliche Höhe erreicht und sollte der Bahnverwaltung doch eigentlich ganz von der Gedanke gekommen sein, auf irgendeine Art hier Abhilfe zu schaffen. Doch das scheint bis heute nicht der Fall gewesen zu sein, denn sonst müßte sich in dieser Beziehung doch bereits so viel geändert haben, daß auf den am stärksten frequentierten Ueberquerungen Wächterposten aufgestellt werden. Wie heute hat sich die Bahnverwaltung nur darauf beschränkt, nach jedem vorgekommenen Unfall umständliche Untersuchungen und Erhebungen durchzuführen, um eventuell diesem oder jenem Bediensteten vielleicht doch irgendeine Aufrechterhaltung der Dienstvorschriften nachzuweisen, um ihn dann als Sündenbock empfindlich zu strafen.

Es ist, wenn man die Verkehrsverhältnisse auf dieser Strecke näher betrachtet, fast unglücklich, daß heute solche Zustände auf einer Eisenbahn, welche im Gemeindegebiet von Wien liegt, überhaupt noch existieren. Knapp vor Passierung der Züge fahren die Fuhrwerke über die Geleise und niemand ist da, welcher dieselben auf die bestehende Gefahr aufmerksam macht, beziehungsweise im kritischen Moment vom Ueberqueren der Geleise zurückhält. Am besten können in dieser Beziehung auf folgenden Ueberquerungen die Beobachtungen gemacht werden: Bei den Donau-Sandwerken, beim Lagerhaus der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, beim Hafendepot Siegmund Kaufmann, bei der Kollepostur Zwischenbrücken, bei der Ersten Wiener Walfabrik, beim Dampfschiffbau- und Seefahrtsgesellschaft und bei der Kollepostur Donaufahrt. Wenn ein Zug diese Strecke ohne Zwischenfall passiert hat, so kann das betreffende Personal vom Glück sagen.

Am meisten hat durch diese Zustände aber das Personal der dort verkehrenden Personenzüge zu leiden, weil die Geschwindigkeit dieser Züge doch eine erheblich größere als der dortigen Güterzüge ist und im Gefährtsfalle dem Lokomotivführer nur die einfache Bremsbremse zur Verfügung steht.

taucht kurz vor solchen Zügen ein Hindernis auf, so kann der Zug nicht so schnell als notwendig anhalten, weil die Wirkung der einfachen Vakuumbremse für solche Fälle eine viel zu langsame ist und es kommt deshalb meistens zu einem Karaböckel, wodurch nicht nur das Zugpersonal, sondern auch die Reisenden in ihrer persönlichen Sicherheit gefährdet sind. Würden diese Züge automatisch gebremst, so würden sich durch Anwendung der Schnellbremse viele Unfälle verhindern lassen. Also weg mit der altemodischen, überlebten und unzuverlässigen einfachen Bremse und heraus mit der automatischen Bremsung dieser Züge, denn diese Anordnung würde nicht einmal Kosten verursachen, weil Wagen und Lokomotiven für automatische Bremsung eingerichtet sind.

Zum Schluss fragen wir nun, ob denn dies alles so sein muß, beziehungsweise ob denn keine Behörde da ist, welche die Erkenntnis aufbringt, daß das Fortwachsen in oben geschilderter Weise endlich ein Ende nehmen muß? Hat es der Verkehrskontrollor dieser Strecke noch nicht für notwendig befunden, eine Eingabe zu machen welche die Abschließung der Nebenleistungen mit Schranken als dringend notwendig verlangt? Haben die Organe der Generalinspektion auf dieser Strecke noch nie etwas bemerkt, welches reform-, beziehungsweise abänderungsbedürftig wäre, oder mangelt es diesen Herren an Erkenntnis, beziehungsweise Auffassungsvermögen? Schließlich machen wir auch die Sicherheitsbehörde auf diese schrankenlose Bahn aufmerksam und hoffen, daß es dem Zusammenwirken aller hier genannten Faktoren gelingen wird, aus dieser in puncto Verkehrssicherheit zurückgebliebenen Strecke eine moderne, dem heutigen Verkehr entsprechende Anlage zu machen.

Systemlosigkeit bei Verhängung von Disziplinarstrafen bei der Südbahn. Die Südbahndirektionen wollen sich den Reklamieren durch Verhängung von drakonischen Strafen ihren Bediensteten Moral und Pflichtbewußtsein beibringen. Borerst müssen wir uns die Frage vorlegen, ob die Südbahnverwaltung stets eine solche Strenge bei Verurteilungen angewendet hat, als dies in letzter Zeit geschieht. Durch diese Strenge hindert sich die Verhängung einer Disziplinarstrafe bedingt durch das Kontrollorgan, das das Protokoll aufgenommen hat. Der Bedienstete war bisher der Launenhaftigkeit des Kontrollorgans ausgeliefert und wird es bleiben, solange eine beratende Juridiktur sich das Personal gefallen lassen wird. Wenn in früheren Jahren ein Kondukteur bei Personen- oder Schnellzügen sich eine sträfliche Nachlässigkeit zuschulden kommen ließ, so hatte man sehr unterschiedlich bestraft: den einen Zugbegleiter verurteilte man, ohne ihm ein Haar zu krümmen und in keiner Weise seine Rechte zu schmälern — siehe A., welcher sich Graz oder Innsbruck als Station wählen konnte; dazu ließ man ihn noch krank melden, damit er von Villach nach Landeck fahren konnte, um mit dem Viehhändler die Kartengeschichte „zu seinen Gunsten“ ordnen — nach Innsbruck u. d. Andere Zugbegleiter wurden gänzlich abgezogen und trotz vorgelegter Gesuche und braver Aufführung nicht wieder berücksichtigt. Kurz gesagt: Bisher herrschte in der Bestrafung eine Willkür, die ihresgleichen sucht.

Jede Direktion hat ein anderes Strafsystem. In letzter Zeit geht man auf die Personenzugskondukteure los. Wir wollen durch diesen Artikel nicht den Anschein erwecken, daß wir das grobe Vergehen in Schutz nehmen wollten; aber das eine müssen wir schon sagen, daß die jegliche Strafreise für begangene Delikte durch Personenzugskondukteure die größte Ungerechtigkeit ist, die jemals einer Gruppe zuteil wurde, und zwar dadurch, weil man jedes Delikt, wer immer der Angezeigte sei, gleich bestraft. Darin liegt eine große Gefahr für die Personenzugskondukteure der Südbahn.

Wir sind von dem Wohlwollen des Verkehrsdirektors Neßler gegenüber dem Personal überzeugt und wollen die Objektivität des Herrn Oberinspektors Pöllericher nicht bezweifeln, nur glauben wir annehmen zu dürfen, daß die Verkehrsdirektion mit dem sehr jungen Direktionskontrollor, den sie für diese Erhebungen bestimmt hat, einen argen Mißgriff gemacht hat. Kürs erste mangelte es dem jungen Herrn an Objektivität, denn dieser erblickt in jedem Bediensteten einen Gauner. Der junge Direktionskontrollor greift vereinzelte Fälle auf, generalisiert dieselben und macht dann seine übertriebenen Berichte, denen die Verkehrsdirektion Glauben schenkt. Auch gegenüber anderen Kategorien geht die Direktion ungleich in der Bestrafung vor. So wurde vor kurzer Zeit ein braver, bisher strafloser Unterbeamter, weil er seiner Schwester, die krank im Algenfurter Spital gelegen ist, ein Kistchen Schwere mit 7 Kilogramm zu den Feiertagen mittels gelben Frachtbriefs gesendet hat, sehr hart dadurch bestraft, daß man ihm und seiner Familie alle Begünstigungen, wie Legitimationen, Freischiene, Anspruch auf Freifahrt für ein Jahr genommen hat, obwohl es auf der Hand liegt, daß dieser Bedienstete nur in Unkenntnis gehandelt hat und der irrigen Meinung war, daß eine kranke Schwester, die im Spital liegt und unterstützungsbedürftig ist, als Familienmitglied zu betrachten ist. Dagegen hat in Innsbruck ein Bediensteter waggonweise dem Strabichl Kohle, ebenfalls mit gelbem Frachtbrief, bezogen, an Parteien in gewinnbringender Weise verkauft; die Strafe hierfür war für diesen Unterbeamten der Entzug aller Begünstigungen auf zwei Jahre. Dazu hat letzterer sehr viel Futter auf dem Kopf, seine Dienstabtabelle weist dunkle Flecken auf, hat durch seine Kontingentsgeschichte das Landesgericht gestreift, nur schlauer ist der Fuchs: „er hat nichts gemacht, alles seine Frau“, weshalb man ihn nichts machen könne. Also auch hier müssen wir die Wahrnehmung machen, daß es der Direktion an Gerechtigkeitssinn mangelt.

Christlichsoziale Eisenbahner in der Bukowina. Bis zum Jahre 1909 gab es in Czernowitz für die Vertreter, Denunzianten und sonstigen lichtscheuen Individuen keine eigene Organisation, da sich familiäre Vereinigungen gegen die Aufnahme „wurmstichiger Elemente“ aus Reinlichkeitsgefühl wehrten. Erst durch die im Jahre 1909 erfolgte Gründung einer Ortsgruppe des „Verkehrsbundes“ wurde eine Sammelstelle dieser anrüchigen Leute geschaffen. Wie an einem heißen Sommertage die hungrigen Fliegen den duftenden Düngehaufen eines Riqueurs umkreisen und sich unter Stoßen und Drängen bemühen, je recht tief in das Innere einzudringen, so kamen auch all die diversen bekannten Gestalten, um in dem neuen Verein ihr Christentum beweisen zu können. Die Werbetrömmel wurde kräftig gerührt, und bald kamen die Christen mit dem unchristlichen Vorleben zusammen im christlichsozialen „Verkehrsbund“. Drei volle Jahre besteht die Ortsgruppe und, offen gestanden, die Hauptlinge dieser Vereinigung haben es ausgezeichnet verstanden, sich den Daz und die Verachtung aller ehrlich denkenden und handelnden Eisenbahner in der Bukowina zuzugewöhnen. Drei Jahre Beschimpfungen, Denunziationen und Verrat bleibt das Wahzeichen ihrer christlichen Vereinstätigkeit. Kein ehrlich denkender Eisenbahner in der Bukowina wird diesem Gesichter verzeihen, wie das erst vor kurzem eingegangene christlichsoziale „Bukowinaer Volksblatt“ im Verein mit der christlichsozialen „Deutscherisch-ungarischen Eisenbahner-Zeitung“ die Staatsanwaltschaft und die vorgelegten Dienststellen gegen unsere Mitglieder geht hat. Wie schmutzig und hinterlistig sind diese Leute gegen die Genossen A. und B. unter dem Deckmantel des Christentums vorgegangen? Was haben sich dieser Verein und das Volksblatt bemüht, um unsere Vertrauens-

männer zu beschimpfen und zu verdächtigen. Wie viele Wahlschwänzel und diverse Fälschungen bei Aufnahme von Mitgliedern nutzten sich die Eisenbahner in der Bukowina gefallen lassen? Wenn es nach dem Wunsche dieser Leute gegangen wäre, so wären unzählige Bedienstete brotlos gemacht worden. Gott sei dank! den Christlichsozialen ist ihr „christliches Wert“ in der Bukowina nicht gelungen. In ohnmächtiger Wut suchen sich nun die Verkehrsbanderler zu rächen. Ihr neuestes Stückchen ist die Auffstellung des Wagenrevisors Kofosz und des Lokomotivführers Bednarz als Kandidaten in die Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt. Diese Kandidatur ist eine direkte Beleidigung des Personals. Selbstredend ist es ausgeschlossen, daß die beiden Christlichsozialen jemals die Majorität der Stimmen auf sich vereinigten würden, denn schon die Zumutung, daß man einen Kofosz wählen soll, zeugt von ausgerechneter Frechheit. Das Wahlergebnis wird bezeugen, wie das Personal über diese Leute denkt.

System Suske. Man schreibt uns aus Innsbruck: Nicht als Politiker, sondern als Ingenieur hat sich der Herr Suske in ein System hineingelebt. Als Politiker wird er wahrscheinlich auch in der Zukunft bleiben, was er in der Vergangenheit war und in der Gegenwart ist: ein weiterentwickelter Mensch, der seine undefinierbare Gesinnung an allen Prinzipien und Grundfragen aufwärmt. Herr Suske hat, um die Verzeihung, die wir ihm soeben verziehen haben, zu beweisen, als Nationalverbändler kandidiert und knappe Zeit hernach öffentlich den Nationalverband verleugnet; er hat seine Überzeugung machtmenschlich in einer Resolution niedergelegt, um sie dann — weil er wohlweislich vermutet haben wird, daß ihm niemand glaubt, was er niederschreibt — so zu forrieren, daß nichts davon übrig blieb. Er ließ im vollen Bewußtsein, daß ein angekündigter Kampf von seiner Organisation abgelehnt wird, diesen Kampf in einer Versammlung doch beschließen. Kurz und gut: ein Mann, der als Politiker zu allem neigt, nur nicht zu einem systematischen und grundsätzlichen Handeln.

Als Ingenieur der hiesigen Südbahnwerkstätte aber wirkt dieser Mann konsequent und systematisch, nach einem System. Aus nichtigen Gründen bestrafte er Arbeiter auf das schwerste, schnauzte sie in einem Tone an, der in der Innsbrucker Südbahnwerkstätte gerade nicht üblich ist. Damit wir gerecht sind: Nicht alle Arbeiter behandelt Suske so. Er hat die Eigenschaft, bei den einen Arbeitern alles zu sehen und bei anderen alles zu übersehen.

In der jüngsten Zeit wurden mehrere Arbeiter auf die Verurteilung des Herrn Suske hin vom Afford abgezogen oder bestraft. Was hatten diese Arbeiter am Gewissen? Einer stellte auf einen Ofen einige Blättchen gefrorener Wurst zum Wärmen, um sie zur Zange zu verzehren. In der Südbahnwerkstätte ist es allerdings verboten, während der Arbeitszeit einen Bissen Brot zu sich zu nehmen. Aber dieses Verbot ist bisher nicht allzu streng gehandhabt worden. Man sah eben ein, daß viele Arbeiter, die in Afford, Hall, Hötting oder sonst in einem von der Werkstätte weit entfernten Ort oder Stadtteil wohnen, daher bereits nach 5 Uhr das Frühstück zu sich nehmen müssen, am Vormittag ein dringendes Bedürfnis nach einem Stückchen Brot haben, und sah es nach, wenn jemand etwas zu sich nahm. Herr Suske hat diese Einsicht nicht, wenigstens nicht bei allen Arbeitern. Diese mangelnde Einsicht überrascht uns nicht; denn er, der um 9 Uhr, oft gar erst um halb 10 Uhr in die Werkstätte kommt, kann so spät frühstücken, daß er es leicht bis 12 Uhr aushält. Nun wieder zur Sache: Der betreffende Arbeiter ist auf das Vergehen hin, nämlich daß er sich ein Stück Wurst aufwärme, vom Herrn Suske auf zwölf Tage vom Afford abgezogen worden, was, da die Schichtlöhne in der Südbahnwerkstätte sehr gering sind, für den Mann eine Lohnminderung von mindestens 36 Kr. bedeutet. Wie ungerecht diese Strafe war, beweist die Tatsache, daß der Werkstättenchef, der ein korrekter Mann ist, auf die Fürsprache der Vertrauensmänner hin diese Strafe milderte.

Wenn die Werkstättenordnung schon da ist, dann soll sie von allen eingehalten werden. Herr Suske soll nicht die einen Arbeiter essen sehen und andere gespiesslicht übersehen.

Diese auffällig zwieschlächtige Beobachtungsweise hat Herr Suske auch sonst geoffenbart. Zum Beispiel sind Arbeiter von ihm wegen angeblichen Herumstehens mit dem Abziehen vom Afford, also mit einer schweren Lohnminderung, bestraft worden und dazu in Fällen, wo den Arbeitern das Herumstehen gar nicht nachgewiesen werden konnte.

Gezweifelte Arbeiter aber können Konferenzen abhalten, wenn auch der Herr Suske vorübergeht. Er sieht es nicht! Das ist das System Suske — bei den einen alles, jede Kleinigkeit, ja mehr zu sehen, als Tatsache ist, und die tatsächlichen oder vermeintlichen Vergehen schwer zu bestrafen, bei den anderen aber alles zu übersehen. Und in diesem System ist Herr Suske konsequent!

Die Zustände im Lebensmittelmagazin der k. k. Nordbahn. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gründer des Lebensmittelmagazins von der großen Idee geleitet waren, den Bediensteten eine Vermittlungsstelle zwischen Produzenten und Konsumenten unter Ausschluß des Zwischenhandels zu schaffen, um auf diese Weise denselben eine möglichst billige Einkaufsquelle zu eröffnen. Der Grundgedanke war ein guter und das Gesamtpersonal der ehemaligen A. B. N. D. konnte diese Aktion nur mit Freuden begrüßen.

Was ist aber durch die bürokratische Verwaltung aus diesem Institut geworden? Eine Versorgungsanstalt für eine Anzahl von Oberbeamten der k. k. Nordbahndirektion, die sich einer besonderen Protektion erfreuen und sich aus den Mitteln des Lebensmittelmagazins nähren, ohne hierfür eine entsprechende Gegenleistung aufweisen zu können. Anstatt das Lebensmittelmagazin modern auszugestalten und kaufmännisch zu führen, hat die k. k. Nordbahndirektion nach der Verstaatlichung drei Direktionsbeamte an die Spitze dieses sogenannten Wohlfahrtsinstituts gestellt, die von einem solchen Geschäft nicht die geringste Ahnung haben und ihre ganze Tätigkeit darauf beschränken, die Aufträge der hohen Obrigkeit durchzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben im Interesse des Geschäftes gelegen sind oder nicht.

Von einer eigenen Initiative aber, einer Erkenntnis der Sachlage, wie sie ein solches Unternehmen erfordert, ist natürlich keine Spur zu finden, sondern nur das Bestreben, sich nach oben als willenloses Werkzeug zu zeigen, macht sich bei allen Handlungen geltend. Die Triebfeder zu diesem Verhalten ist die Furcht um den Verlust der mühseligen in den Schoß fallenden Früchte, die diesen Herren zukommt.

Nach oben servil, nach unten brutal, das ist das Leitmotiv dieses sogenannten Komitees. Ein Beweis, wie sorgenlos diese Herren leben, ist, daß der Herr Obmann des Komitees, ein Inspektor der Nordbahndirektion, bereits zwei Jahre seines Amtes waltet, für welche Mühe er eine jährliche Prämie von 2000 Kr. aus den Taschen der Konsumenten bezieht, nur ein einzigesmal, und da eigens berufen, das Lebensmittelmagazin in Floridsdorf mit seinem hohen Besuch besuchte, daher nicht einmal die Lokale kennt, wo das Lebensmittelmagazin untergebracht ist. Und solche Herren verwalten mit Zustimmung der k. k. Nordbahndirektion vom grünen Tisch aus ein Wohlfahrtsinstitut, welches einen jährlichen Umsatz von 5½ Millionen Kronen aufweist. Ein solcher Zustand ist doch unhaltbar und wäre gewiß nicht möglich, wenn erstens einmal die Kon-

sumenten darüber informiert wären und weiters ein größeres Interesse an diesem Institut hätten. Und gerade das letztere ist unbegründlich, in der gegenwärtig schweren Zeit der allgemeinen Teuerung aller Lebensmittel, wo den Konsumenten ein besonderes Augenmerk zugewendet werden sollte. Ein Sturm der Entrüstung müßte eine solche Verwaltung hinwegfegen, die nur bestrebt ist, sich die persönlichen Vorteile zu sichern, aber sich nicht darum kümmert, was das allgemeine Interesse der Konsumenten erheischt.

Die k. k. Staatsbahnverwaltung prunkt bei jeder Gelegenheit mit den Benefizien, die sie den Lebensmittelmagazinen gewährt. Und tatsächlich sind dieselben nennenswert. Aber kommen diese Zugeständnisse im Lebensmittelmagazin der Nordbahn zur Geltung? Nein, sagen wir, weil die Verwaltung eine schlechte, bürokratische ist. Und da hätte doch die k. k. Staatsbahnverwaltung die Pflicht, einzugreifen und die Hindernisse, die sich der modernen demokratischen Entwicklung dieses Unternehmens entgegenstellen, zu beseitigen. Die Herren der Nordbahndirektion sagen, es sei ein Beweis, daß die Konsumenteneinkäufer mit der Leitung zufrieden sind, weil sich der Jahresumsatz von Jahr zu Jahr steigert. Ist aber damit der Beweis erbracht, daß nicht Besseres geleistet werden könnte? Die Herren vergessen darauf, daß der größte Teil der Streckenkontumenten auf das Lebensmittelmagazin angewiesen ist, weil die Domizilierung derselben so ungünstig ist, daß sie wo anders gar nicht einkaufen können.

Nichtig ist, das die Unkenntnis des Personals über die innere Wirtschaft im Lebensmittelmagazin diese noch als stillschweigende Kunden erhält, und ebenso die ganz instruktionswidrige, künstlich erzeugte Dividende, die dem Komitee angenehme Verführung der Konsumenten besorgt.

Wenn aber das Personal einmal erfährt, wie mit ihren sauer erworbenen Groschen im Lebensmittelmagazin gewirtschaftet wird, dann werden die Herren des Komitees bald in das Reich der Vergangenheit einziehen. Die Abänderungsanträge, welche wiederholt von den gewählten Vertrauensmännern der Konsumenten eingebracht wurden, sind bis nun vollständig unberücksichtigt geblieben. Nun liegt es in den Händen des Personals, durch eigene Kraft und in geeigneten Moment in diese Korruptionsburg Pflöcke zu legen.

Gräßliches Eisenbahnunglück auf der Südbahn. Mittwoch den 12. d. M. führte Genosse Kasch als Lokomotivführer den Zug Nr. 78 ab Laibach in der Richtung gegen Marburg. Unweit der Station „Sava“ stieß er mit demselben an einen auf das Geleise gefallenen Granitblock von großer Dimension. Die Wirkung war einfach furchtbar. Die Fernlicht war in selbiger Dunkelheit vollkommen behindert, denn das Unglück geschah um 1/8 Uhr abends; trotzdem behielt Genosse Kasch die nötige Ruhe, bremste den Zug und tat alles Menschlich Mögliche, um denselben zum Stillstand zu bringen. Dies gelang ihm insofern, daß der Zug wohl unbeschädigt blieb, die Lokomotive jedoch einem Trümmerhaufen gleich, auf welchem noch immer Kasch nutzlos den Vakuumhebel fest umschlossen hielt. Durch den starken Anprall an den Felsblock entgleiste die Lokomotive und sprang auf das Nebengeleise über, welches soeben vom Güterzug befahren wurde. Zum Glück stieß die Lokomotive an einen unbesetzten Güterwagen, dem ein besetzter vorausfuhr und ein ebensolcher folgte. Die Kondukteure waren gerettet. Die entgleiste Lokomotive durchstieß den Kohlenzug und sechs Wagen dieses Zuges wurden über die Böschung geworfen, weitere elf jedoch blieben am Geleise stehen. Die Lokomotive und der Dienstwagen des Postzuges waren vollkommen demoliert. Der Lokomotivführer Josef Kasch blieb bis zum letzten Moment auf seinem Posten, trotzdem er von den abgerissenen Maschinenteilen stark beschädigt war. Verletzt wurde er am Kopf, überdies trug er eine Verletzung der Leber und der Beckenmuskeln. Auch die Brust wurde ihm eingebrückt. Der Zylinderdeckel, der ihm diese Verletzungen beibrachte, lag vor ihm auf dem Führerstand. Der Heizer Sibret rettete sich nur dadurch, daß er sich an der Vakuumleitung festhielt und seinen Körper hiebei in schwebenden Zustand brachte. Die Passagiere hatten keine Ahnung von der großen Gefahr, in der sie sich befanden, denn der Stoß, der durch das rasche Anhalten erfolgte, war so minimal, daß er kaum wahrgenommen wurde. Erst beim Entsteigen aus dem Zuge wurden sie die schreckliche Gefahr gewahr. Vor ihnen lag ein Trümmerhaufen, hervorgerufen durch aufgetürmte Holz- und Eisenbestandteile der umgestürzten Wagen. Die Schwellen waren auf einer langen Strecke gebrochen wie schwache Bündelstäbe, die Eisenbahnschienen lagen, Drahten gleich verbogen, in Unordnung. Ein unvergeßlicher Anblick.

Aus Laibach und Marburg wurden unermüdet Hilfszüge entsendet, welche die nötigen Bediensteten an die Unfallstelle besorgten, um schleunigst die Räumungsarbeiten vorzunehmen.

Daß diese Arbeit äußerst schwierig war, ist wohl verständlich, denn beide Geleise waren vollkommen verlegt. Der Verkehr war stillgelegt und konnte nur durch Umsteigen aufrecht erhalten werden. Um 12 Uhr war ein Geleise geräumt, jedoch wird es noch einige Tage dauern, bis der Verkehr wieder vollkommen und normal aufgenommen werden können. Der Schaden ist beträchtlich, dürfte aber etwas dazu beitragen, um der Südbahnverwaltung begründlich zu machen, daß sich jede Kauferrei früher oder später rächt. Wir konstatieren nämlich schon heute, daß die Beaufsichtigung des Geländes alles zu wünschen übrig läßt. Außer dem schwerverletzten Lokomotivführer Kasch sind keine weiteren Menschenopfer zu beklagen, was eben nur der mutigen Umsicht desselben zuzuschreiben ist. Kasch wurde nach Laibach in das Krankenhaus überführt und dortselbst einer Operation unterzogen, die jedoch leider erfolglos blieb, den er starb um 1/8 Uhr abends an den schweren Verletzungen.

Korrespondenzen.

Wallnis. Der als Weichenwärter in Verwendung stehende Stationsarbeiter Johann Burgstaller fuhr am 1. November v. J. mit seiner Frau nach Rothenthurn und löste sich rechtzeitig auf Grund einer Anweisung zwei Regiearten nach dorhin. Der diensthabende Beamte Gerstenberger gab ihm aber die Karten nur bis Spittal-M. mit dem Bemerkten, „daß er keinen Tarif habe und Burgstaller soll sich nur in Spittal Karten weiter lösen“. Der Schalterbeamte in Spittal konnte Burgstaller keine Regiearten verabsorgen, weil für Spittal-M.-Rothenthurn der Südbahntarif anzuwenden ist. Burgstaller mußte somit für sich und seine Frau den Billettpreis entrichten. Burgstaller machte von diesem Vorkommnis seinem Vorstand, Adjunkten Kupka, auf einer Karte Meldung. Als Burgstaller nach Wallnis zurückkehrte, schrieb ihn Adjunkt Kupka gleich an: „Wenn Sie jemandem schreiben wollen, so können Sie dies Ihren Kollegen oder Genossen tun, nicht aber Ihrem Dienstverhältnis“. Als hierauf die Frau des Burgstaller über die Vorgangsweise des Vorstandes sowie des Beamten Gerstenberger bei der k. k. Staatsbahndirektion vorstellig wurde, nahm dies Herr Kupka zum Anlaß, Burgstaller mit 8 Kr. wegen Nichterhaltung des Dienstweges zu bestrafen. Trotdem der Arbeiter sich weigerte, die Strafe zur Kenntnis zu nehmen, zumal es für die Frauen der Bediensteten heute doch noch keinen „Dienstweg“ gibt, wurden demselben die 8 Kr. abgezogen. Auf die nun diesbezüglich erfolgten Vorstellungen bei der Direktion erhielt Burgstaller am 11. Dezember die Dienstfreibildung. Alle Einwendungen desselben bezüglich seiner Schuldbilhaftigkeit blieben erfolglos.

Burgstaller ist seit 24. Juni 1909 im Bahndienste, seit Juli 1910 im Provisionsfonds und wurde zu verschiedenen Diensten ohne Anstand verwendet. Herr Kupka kann ganz für sich das Verdienst beanspruchen, einen armen Arbeiter, der sich Zeit seines Lebens redlich plagte, um seine Hoffnungen auf eine Existenz und Altersversorgung gebracht zu haben. Ob dieses „Verdienst“ mit seinen christlichen Anschauungen, die ja Nächstenliebe u. s. w. beinhalten, übereinstimmt, wollen wir nicht weiter erörtern. Tatsache ist, daß dieser Herr, dessen Frau eine temporäre Freikarte nach Badgastein zum Besuche des Vades besitzt, kein Verständnis dafür hat, wie einem armen Teufel zumute ist, wenn er mit schwerer Mühe und Not einmal eine Negativweisung erhält, dieser Begünstigung auch teilhaftig werden möchte, durch die Bequemlichkeit eines Beamten aber auch noch diese verliert.

Bregenz. „Herr, es will Abend werden!“ wird sich der Obmann der Ortsgruppe Bregenz des Reichsbundes deutscher Eisenbahner, Herr Kraml, gedacht haben, als sich zu der für 8. Februar anberaumten Generalversammlung wohlgeachtete „vier Stück deutsche Reden“ inklusive Obmann einfanden. Zwei davon mußten gemäß von der eisenbahnerfreundlichen Haltung des Nationalverbandes so erbaut gewesen sein, daß sie ihren Austritt erklärten. Ob die Versammlung beschlußfähig war, ist uns leider nicht bekannt. Wenigstens wurde der Medienschriftleiter sicher mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Wie mag da dem Herrn Obmann das Herz gezeitert haben. Er, der so große Hoffnungen auf das nationale Bewußtsein der Bregenser Eisenbahner gesetzt hat. Kein Wunder, daß er von der Staatsbahnverwaltung für seine Besinnungsstrenge und verdienstvolles Wirken im Interesse des deutschnationalen Hochgedankens belohnt wurde. Und jetzt so schänder Umland seitens seiner Mitstreiter. Können wir, daß der wackere Teutone beim nächsten Avancement auf die schmerzende Wunde ein Pflaster bekommt.

Amstetten. (Todesfall.) Am 6. Februar hat unser guter alter Genosse Josef Strauß sein arbeits- und entbehrungsreiches Leben nach langer und schwerer Krankheit beschlossen. Strauß war einer unserer ältesten und treuesten Mitarbeiter. Seine allseitige Beliebtheit wurde am Begräbnistag durch die große Zahl der Leidtragenden aus allen Kreisen der Bevölkerung bewiesen. Die tieftrauernden Hinterbliebenen sprechen allen, die sich am Leichenbegängnis beteiligten, besonders den Herren Beamten, ihren besten Dank aus. Wir werden unserem Genossen Strauß ein treues und ehrendes Andenken bewahren.

Willach. (R. I. Staatsbahn.) Im Unterrichtsblatt 51, Beilage zum Amtsblatt Nr. 5 vom 20. Jänner 1913, wurde dem gesamten Personal die Bestimmung der Instruktion XIX, Artikel 121, und Instruktion XX, Artikel 94, Punkt 2, in Erinnerung gebracht. Der Herr Assistent Kirchlechner dürfte dieses Unterrichtsblatt nicht gelesen haben, denn sonst könnte es nicht vorkommen, daß dieser gute Mann einen Telegraphisten beauftragt, diesen oder jenen Zug zu expedieren. Er selbst bleibt schon in seiner warmen Kanzlei und überläßt das warme „Expedieren der Züge“ den anderen. Eine außergewöhnliche Leistung Kirchlechners ist es, wenn er bei der Kanzleiarbeit herausruft: „Schauts, daß hinauskommt!“ Assistent Kirchlechner ist in dienstlicher Beziehung dem Adjunkten Guldingen gleichzustellen. Die I. I. Staatsbahndirektion in Willach würde gut tun, wenn sie die Herren Kirchlechner und Guldingen nach St. Michael versehen würde, damit diese beiden Herren im Verein mit Offizial Sumetinger ein „Eisenbahner-Neublatt“ bilden könnten.

Gallein. Seitdem unser früherer Vorstand Ritter v. Ruff unsere Station verlassen hat, haben sich die Verhältnisse bedeutend verschlechtert. Dem neuen Vorstand Herrn Gerschä dürfte es niemals gelingen, jene Korrektheit und Dienstesfreude wieder herzustellen, die unter Herrn Ritter v. Ruff bestanden hat. Besonders aufreizend wirkt das eigentümliche Straffsystem des Herrn Gerschä. Im Monat Jänner wurden nicht weniger als 19 Bedienstete laut Ausweis der Gehaltsliste bestraft. Selbst der Staatsbahndirektion in Innsbruck dürften die Strafen etwas zu hoch gewesen sein, da auf der Gehaltsliste ein Vermerk: „Was sollen die vielen Strafen ohne Ausweis?“ angebracht war. Und warum Herr Gerschä bestraft, wollen wir an einigen Fällen aufzeigen: Ein Blodwächter trug einige Unkorrektheiten der diensthabenden Beamten bei Freigabe der Ein- und Ausfahrten im Dienstbuch ein. Herr Gerschä erklärte dem Blodwächter, daß er nicht berechtigt sei, ohne Wissen des Vorstandes Eintragungen im Dienstbuch vorzunehmen. Der Blodwächter berief sich auf die Vorschriften der Instruktion 18, doch Herr Gerschä drohte dem Wächter, daß er ihn in Wiederholungsfall strafen werde. Ein anderer Blodwächter hielt einige Züge auf, weil kein Glodensignal gegeben wurde. Der Vorstand Gerschä ließ den Wächter kommen und erklärte, „er sei nicht berechtigt, die Züge aufzuhalten, er (der Vorstand) kenne keine solche Instruktion“. Kürzlich wurde ein Wechselkörper reparaturbedürftig. Vorstand Gerschä sagte, ein Wechselkörper sei auf der Eisenbahn das überflüssigste Ding u. s. w. Tatsächlich sind in der Station Gallen zwei Wechsel, welche in der Blockierung einbezogen sind und in das Muttergeleise einmünden, ohne Wechselkörper. Durch diese wenigen Fälle, die wir vorderhand aufzeigen, dürfte zu ersehen sein, daß Herr Gerschä für den Vorstandsposten einer so verkehrsreichen Station wie Gallen nicht geeignet ist. Es ist nun Sache der I. I. Staatsbahndirektion in Innsbruck, das Treiben des Herrn Vorstandes Gerschä schon aus dienstlichem Interesse genau zu überwachen.

Gilli. (Abschiedsfeier.) Am 11. Februar fand zu Ehren des nach Abzuga verstorbenen Genossen R. Felician eine kameradschaftliche Abschiedsfeier statt. Der Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts“ sowie die Eisenbahner-Musikkapelle sorgten reichlich für den unterhaltenden Teil. Die organisierten Eisenbahner und Kollegen rufen dem allseits beliebten Genossen Karl Felician sowie seiner Frau ein herzliches Lebewohl nach.

St. Valentin. In der Station Gaag, Niederösterreich, sind in letzter Zeit mehrere Diebstähle vorgekommen, ohne daß man den Täter gepackt hat. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sowohl der Herr Vorstand Adjunkt Kral als auch der Herr Deschmann den Missetäter genau kennen, doch will man den Gauner nicht fassen, trotzdem gewisse Anhaltspunkte direkt auf den Dieb hinweisen. Um wenigstens etwas zur Erörterung des vermeintlichen Täters beizutragen, hat Herr Deschmann im Wächterhause eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die selbstverständlich ein negatives Resultat ergeben mußte. Warum Herr Deschmann direkt an dem Dieb vorbeigeht und durch die überflüssige Hausdurchsuchung die Wächter unschuldig verdächtigt, ist sehr auffallend. Sollte dem Herrn die ominöse Geschichte mit den zwei verschwindenden Petroleumlampen in Vergessenheit geraten sein? Durch die in der Station Gaag (Niederösterreich) herrschende Schlämperei wird den Langjüngern das Handwerk geradezu erleichtert. Die ausgeladenen Koffi bleiben einfach liegen, wo sie ausgeladen werden. Warum soll dann ein im Stehen gewandter Mensch diese so günstige Gelegenheit nicht benützen, um sich einen oder mehrere Gegenstände anzueignen? Der Dieb läßt sich ins Fäuschen, denn er weiß, Herr Kral ist schwerkrank und Herr Deschmann wird ja nur bei den Wächtern hausdurchsuchen. Warum sucht man die gestohlenen Sachen nicht auch im Stationsgebäude oder an sonstigen Verstecken? Wir

erfuchten die I. I. Staatsbahndirektion, dieser Diebstahls-geschichten in der Station Gaag etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen, dann wird es ein leichtes sein, nicht nur den ober die Täter zu erziehen, sondern derartigen Vorfällen auch für die Zukunft vorzubeugen.

Rieb im Inkrise. Schon in der Nummer 4 unseres Fachblattes vom 1. Februar 1913 haben wir uns mit dem Vorarbeiter Josef Weinberger befaßt. Der junge Mann behauptet, daß er durch die Protektion des Reichsratsabgeordneten Pfarrer Lang den freigewordenen Bahnrichterposten seines Vaters erhalten wird. Um sich dieser Fürsprache würdig zu erweisen, benimmt sich Weinberger den Arbeitern gegenüber wie ein alter, erfahrener Christlichsozialer. Spionieren, denunzieren und herumbrüllen sind seine ganzen Fähigkeiten, die er zu dem angestrebten Posten mitbringen könnte. In dienstlicher Beziehung bedeutet dieser junge, unerfahrene Mann eine direkte Gefahr, ganz abgesehen, daß dieser junge Mann die vorgeschriebenen Dienststunden statt auf der Straß im Wirtshaus oder bei seinem Liebchen verbringt (siehe 2. und 10. Jänner 1913). So ist es vorgekommen, daß unter der Aufsicht Weinbergers schon Züge mit voller Geschwindigkeit über Schienen fuhrten, die untereinander nicht gekuppelt waren. Ob sich nun ein so sorgloser und leichtsinniger junger Mann zu einem Bahnrichter im I. I. Staatsbahnbetriebe eignet, ist wohl sehr zu bezweifeln. Bis jetzt war es illus, daß die I. I. Staatsbahndirektion in Linz in erster Linie jene Vorarbeiter berücksichtige, die sich durch Dienstalter, Fleiß und Fähigkeit Anspruch auf derartige Posten erworben hatten.

Gilli (Wahnhof). Ruhe und Frieden herrschte in der Station. Züge kamen und gingen, das Personal vertrat sich untereinander, keiner frug den anderen, ob er ein Deutscher oder Slowene ist. Nicht so richtig ging es im Innern eines Menschen vor, welcher tagtäglich seinen Kessel anheizte und Wasser für die Station pumpt. Der Dampf zischte und die Maschine machte ihr Konzert dazu. Bei dieser Musik dachte sich dieser Bedienstete, warum er nicht zu etwas Besseren geboren, denn seinen Namen hörte man nirgends nennen und das schmerzte ihn. Er studierte bei dieser eintönigen Melodie einige Jahre, bis es ihm endlich einfiel, wie man „populär“ wird. Und er trat von seinem Versteck hervor, warf die Kohlen-schaufel beiseite, blies in die große Trompete und rief: Ich bin der Messias der Eisenbahner, reißet euch los von den bösen Sozi, welche euch in die Hölle bringen wollen; ich gründe eine Ortsgruppe des Reichsbundes deutscher Eisenbahner und nur in diesem Verein werdet ihr selig werden. Dieser schlichte Pumpenwärter war über Nacht Obmann des Reichsbundes; gewaltig schvöll dem Herrn Obmann der Kamme.

Die Leute in der Stadt und Umgebung flüsteren einander ins Ohr: Haben Sie schon gehört den Namen Graf? Nein — geben Sie zur Antwort — was ist denn geschehen? Ja, das wissen Sie noch nicht? Der Graf ist zum Obmann des Reichsbundes deutscher Eisenbahner gewählt worden. Ja, von wem denn? Na, das sollten Sie schon wissen: von Herrn Rindfleisch, dem zweiten Obmann des deutschösterreichischen Vereines. Das ist doch kein Eisenbahner! Das macht doch nichts. Die Leute bekamen einen großen Respekt vor Herrn Graf, denn er war Obmann des Reichsbundes und auch sonst mäßig an Verstand. Als einige Beamte der Station Gilli, welche Mitglieder dieses Vereines waren, erfuhren, was für einen Respekt die Leute vor ihrem Herrn Obmann hatten, zogen sie sich zurück. Seit dieser Zeit als der Pumpenwärter Graf den Titel „Obmann“ erhielt, gab es keine Ruhe mehr am Bahnhof. Überhaupt auf die bösen Sozi ist er sehr schlecht zu sprechen. Warum? Das wird der Herr Obmann schon wissen! Sache des Herrn Stationschef Kübler wäre es, Graf zu belehren, daß es nicht angeht, Bedienstete untereinander zu heken, und dann der Chef, etwas mehr Unparteilichkeit von Ihnen und es wird wieder Ruhe einkehren, wie vordem, als der Pumpenwärter Graf noch nicht Obmann war.

Und Ihnen, Herr Graf, geben wir den guten Rat, kehren Sie wieder zurück zu Ihrem Kessel und begraben Sie Ihre Obmannstelle des Reichsbundes mit einigen Schaufeln Kohle, und wir organisierten Eisenbahner werden sagen: das ewige Licht leuchte dem verstorbenen Obmann des Reichsbundes Amen!

Sollten Sie aber unseren Rat nicht beherzigen und in der Station weiter heken und beschimpfen, so werden wir so frei sein und bei Puntigam nachschauen, ob nicht für einige Zeit ein Platz dort für Sie wäre.

Islau. (Aus dem Heizhaus.) Im Heizhaus herrschen infolge der Lantienwirtschaft Zustände, die mit dem Worte standalös noch viel zu milde genannt sind. Entlassungen der älteren Arbeiter, damit sie um geringeren Lohn wieder frische ausfinden können, sind die Regel. Strafen der Angestellten für die geringfügigsten Vergehen, die meist unerschuldert und nur dadurch entstehen, weil die vorhandenen Maschinen leichtsinnigerweise zusammengepuscht werden, um selbe nur laufen zu lassen, sind Usus. Es kommt vor, daß Maschinenführer mit monatlich 15 bis 17 Kronen bestraft werden. Rapportiert ein Maschinenführer etwas über den Zustand der Maschine, daß selbe nicht mehr lauffähig, ja direkt lebensgefährlich ist, so kann er sich auf Grobheiten vom Herrn Neumann gefaßt machen. Nicht genug der Grobheiten, die man für das Rapportieren erhält, es wird an den Maschinen nichts gemacht. Revisionen werden nur vom Anstreicher durchgeführt, indem er an der Stala die Revisionszeichen hinmalt, doch die Maschine wird gar nicht unterfucht. Der nächste Führer mit seinem Heizer soll sich mit dem Karren erwürgen, was geht das einen Neumann mitamt seinen zahlreichen Vorgesetzten an? Der Herr Revident Führer droht sogar den Maschinenführern, wenn sie nochmals ihre Maschinen in fremden Heizhäusern unterfuchen lassen, müssen sie (die Führer) diese Untersuchung selbst bezahlen. Die Maschinen sind nur zusammengepuscht. Es fehlen Kohlenringe, die Dampf-schieberstangen sind meist angebrochen, die Kreuzkopfbolzen sind ausge schlagen. Die Führer brauchen wegen ungeredelter Untersuchung in „fremden“ Heizhäusern nicht besorgt sein. Mehr besorgt müssen sie um ihr und des Heizers Leben sein. Wir wollen hier ein Stücken verraten, das zwar unter dem Mantel der christlichen Nächstenliebe vertuscht wurde, weil der Schuldige eben jener war, den der Arm der Gerechtigkeit nicht erlangen soll: Am 17. Jänner wurde bei der Revision der Kuppelung der Reinegel statt ins Kuppelungsauge — daneben eingesteckt. Der Maschinenführer Gregor kam mit dieser Maschine bis Svölla; erst dort bemerkte er, wie sich die Lokomotive vom Tender trennte. Am weiterfahren zu können, mußte er sich die Maschine selbst reparieren. Wissen Sie, Herr Neumann, welches Unglück da hätte entgehen können? Haben Sie die Lokomotive unterfucht? Oder haben Sie das nicht verstanden?

Nun wollen wir uns mit der Lokomotive Nr. 7105 etwas näher befaßen, die am 7. Jänner es so weit brachte, daß ein Mensch in Deutschbrod im Kranenhaus schwerkrank daniederliegt. Schon am 17. Dezember v. J. hat der Maschinenführer Semjfal dem übernehmenden Führer gesagt: „Die Maschine ist unter dem Hund schlecht.“ Herr Neumann, Sie haben schon damals davon gewußt, denn Sie äußerten sich doch: „Wenn's nur ein Rad hal, so muß die Maschine weggehen!“ Der Lokomotivführer konnte dann nicht die volle Belastung nehmen; deshalb kam in Deutschbrod ein Beamter und drohte dem Führer, „er soll nur die Belastung nehmen, er werde mitfahren!“ Doch wo

war der Beamte? Es kam der Schnellzug 7 und der Beamte — fuhr mit dem Schnellzug. In Boffel mußte dann der Lokomotivführer die Maschine untersuchen lassen und siehe da, es war der rechte Schieber angebrochen. Der Führer mußte dann als Vorspann nach Hause fahren. Wie die Maschine repariert wurde, hat sich eben gezeigt! Selbe wurde geflickt und lief weiter bis kurz vor dem Unfall. Auch der Lokomotivführer Podlysky stellte diese Maschine ab und rapportierte: Unterfuchen der Kreuzkopfbolzen, da die Maschine die ganze Strecke fürchterlich geschlagen hat. Es fuhr dann noch der Bruder des Maschinenmeisters Neumann mit diesem Karren und auch dieser trug ins Rapportbuch ein: Rechteu Zylinderdeckel dichten. Die Maschine wurde am 6. Jänner vom Lokomotivführer Poliska zu Zug 68 übernommen. Die ganze Strecke bis Boffel berging mit Dampf-sammeln. In Boffel wurde statt Ruhezeit an der Maschine repariert und retour folte sie bis Islau mit Zug 76 gehen. Ab Zenikau, in Kilometer 237, mußte auf der Strecke stehen geblieben werden, um Dampf zu sammeln, und so ging es mit Ach und Krach weiter, bis endlich die Zylinderdeckel mit großem Krach auf der Strecke herausflogen. Bei diesem Anhalten wäre ein Mensch beinahe zugrunde gegangen, an dessen Aufkommen bis heute noch gezweifelt wird. Wer ist der Schuldtragende? wird wieder gefragt werden. Der Beamte Swoboda wüßte in seiner Weisheit sofort das Richtige, denn er hatte noch den Mut, dem Maschinenführer zu sagen: „Wenn Sie nicht so ein alter Diener wären, so würden wir Sie sofort entlassen!“ Man hat den alten Lokomotivführer nach 31jähriger Dienstzeit vom Streckendienst abgezogen. Wären die Lokomotivführer und Heizer des Heizhauses Islau besser organisiert, wäre es nicht möglich, mit ihnen so zu verfahren. Hier muß mit einem eisernen Wesen in diese Lantienjäger hineingefahren und an zuständiger Stelle auf diese betriebsgefährlichen Maschinen hingewiesen werden und die schönen Zeiten für einen Herrn Neumann „mit dem einen Rad!“ wären vorbei.

Wollersdorf. (Arbeitsjubiläum.) Am 19. Jänner fand anläßlich des vierzigjährigen Arbeitsjubiläums der Genossen Franz Eder und Josef Fogl, beide Oberbauarbeiter der St. E. in Staak, in der Restauration Rothardsberger eine Festfeier statt. Die Einleitungsrede zur Festfeier hielt Herr Bahnmeister Schritter, worauf Herr Oberkommissar Datterer an die Jubilare eine Ansprache hielt und den beiden Genossen die Medaille für vierzigjährige treue Dienste überreichte. Nach verschiedenen Ansprachen und Beglückwünschungen von seiten der Festgäste wurde zum heiteren Teil geschritten und mit Musik, Gesang und komischen Vorträgen ausgefüllt. Allen jenen, die zur Verherrlichung dieses schönen Festes beigetragen, sei auf diesem Wege der beste Dank ausgesprochen. Den beiden Jubilaren wünschen wir, daß sie noch viele solche zufriedene Stunden erleben mögen.

Versammlungsberichte.

St. Pölten. Am Sonntag den 9. Februar l. J. fand in St. Pölten im Saale des Gasthauses Fuger eine von zirka 1000 Eisenbahnern besuchte Eisenbahnerversammlung mit der Tagesordnung: Die Forderungen der Eisenbahner im Parlament und die gewerkschaftliche Organisation der Eisenbahner“ statt. Als Referent sprach Reichsratsabgeordneter Genosse Tomtschil, wiederholt durch Weisall unterbrochen, zu diesem Thema. Nach dem Referenten meldeten sich einige Versammlungsmitglieder zum Wort und stellten Anfragen an den Abgeordneten Tomtschil, welche derselbe unter dem Beifall der Versammlung beantwortete. Abgeordneter Polke war ebenfalls in der Versammlung erschienen, mußte sich aber entschuldigen, da er stark heiser war und daher an die Versammlung keine Ansprache halten konnte. Zum Schlusse wurde folgende Resolution einstimmig von der Versammlung angenommen:

Die am 9. Februar 1913 in St. Pölten, Fuggers Gasthaus, abgehaltene öffentliche Eisenbahnerversammlung verurteilt entschieden das verräterische Vorgehen der deutschnationalen und christlichsozialen Abgeordneten bei der Beratung des Budgetprovisoriums in der Frage des Antrages des Reichsratsabgeordneten Genossen Tomtschil auf Einstellung von 17 Millionen Kronen zur Aufbesserung der Bezüge der Eisenbahner. Die Demagogie ist offenkundig dadurch bewiesen, daß die deutsch-christliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses ihren eigenen Antrag niederstimmte und die noleidenden Bediensteten, statt ihnen Brot zu geben, noch verhöhnte. Der Verrat wurde dadurch von obgenannten Parteien begangen, daß die Anhänger derselben im entscheidenden Moment der Abstimmung sich feige entfernten oder dagegen stimmten. Aus dem Vorgehen der deutschen und christlichen Abgeordneten, welche für Kanonen und Kriegsschiffe stets bereit sind, alle, wie ein Mann, zu stimmen, dagegen für den Hunger und die Not der Eisenbahner nur nichts sagende, von vornherein für den Papierkorb bestimmte Resolutionen haben, ersehen die Versammelten, daß sie von dieser Seite keine Hilfe zu erwarten haben, und sie sprechen denselben ihr schärfstes Mißtrauen aus.

Ferner spricht die Versammlung derjenigen Partei des Abgeordnetenhauses, welche sich diesmal, wie stets früher, manhaft und ehrlich bemühte, die Not der Eisenbahner zu mildern, den Dank und das größte Vertrauen aus, und ersucht die sozialdemokratische Fraktion, insbesondere den Abgeordneten Tomtschil, mit der gewohnten Zähigkeit und Ausdauer künftig wie bisher für die Eisenbahner zu wirken. Die Versammelten erklären, an dem Ausbau der Organisation unentwegt weiter zu arbeiten, so daß in Zukunft den bürgerlichen Demagogen die Lust zu weiterem Verrat gründlich genommen werden kann.

Graz. (Südbahn.) Am 6., 7. und 8. Jänner fanden in Gloggnitz, Graz und Willach gut besuchte Versammlungen des Wächterpersonals statt, in welcher Personal-kommissionsmitglied Genosse Pfeffer über den gegenwärtigen Stand der in der Personalkommission eingebrachten Anträge Bericht erstattete.

Aus den Organisationen.

Penzing. Bei der am 12. Februar stattgefundenen Generalversammlung, welche massenhaft besucht war, wurden folgende Genossen in die Ortsgruppenleitung gewählt: Josef Sommerfeld, Obmann, Josef Sühls, Stellvertreter; Johann Lukabauer, Kassier, Josef Schnobrich, Stellvertreter; Franz Gittenberger, Schriftführer, Franz Kronawetter, Stellvertreter; Josef Seemann und Alois Hinterberger, Revisoren; Franz Moh, Josef Schoderböck, Josef Lukasik, Wilhelm Unterthan, Johann Blumauer, Josef Somolka und Martin Paus, Ausschussmitglieder.

Weißkräutl. Die Mitglieder werden ersucht, die Interimsarten und Mitgliedsbücher befristet Kontrolle abzugeben. Ebenso sind die aus der Bibliothek entlehnten Bücher ehestens zurückzugeben. Die Mitglieder des Sterbefonds werden aufgefordert, die Beiträge für die verstorbenen Mitglieder Louis, Helm Schmidt und Croh sofort zu bezahlen.

Szeged. Am 15. Jänner l. J. fand die Generalversammlung und Neuwahl der Ausschussmitglieder statt. Gewählt wurden: Friedrich Somogyi, Obmann, Johann Rychall, Stellvertreter; Anton Schymont, Sekretär; Johann

Zielina, Kaffier; Michael Rumian, Archivar; Michael Romanek und Albert Janitorst, Kassierrevisoren; Johann Baferna und Josef Jancafa, Ersahmänner.
Böhmisch-Ramitz. Bei der am 2. Februar abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Funktionäre gewählt: Josef Purkert, Obmann, Rudolf Urban, Stellvertreter; Josef Morche, Kaffier, Karl Ritschl, Stellvertreter; Franz Schiller, Schriftführer, Friedrich Hauptmann, Stellvertreter; Franz Janu und St. Schiller, Kontrolle.
 Zuschriften sind an den Obmann: Josef Purkert, Marlersdorf 272, zu adressieren.

Neu-Aigen Bei der am 2. Februar 1913 stattgefundenen Generalversammlung wurden nachstehende Genossen in den Ausschuss gewählt: Ferdinand Pölzinger, Obmann, Franz Birih, Stellvertreter; Leopold Brater, Schriftführer; Anton Rothbauer, Kaffier; Johann Kühr und Johann Tigner, Substanzier; Johann Schlager, Bibliothekar; Ignaz Paur, Kontrolle.

Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Genossen Ferdinand Pölzinger, Wächterhaus 30a, Post Neu-Aigen, in Geldangelegenheiten an Genossen Anton Rothbauer, Wächterhaus 30, Trübensee, Post Neu-Aigen, zu richten.

Gill. (Nachtrag zur Generalversammlung vom 20. Jänner 1913.) Genosse Matthias Kaudolf, Kondukteur der k. k. Staatsbahn, wurde als Schriftführerstellvertreter und als Bibliothekar gewählt. Bibliotheksstunden jeden Dienstag von 7 bis 8 Uhr abends im Vereinslokal. Gleichzeitig wurde Genosse Alois Bisner, Verführer der k. k. priv. Südbahn, für den verstorbenen Genossen Blaz. Brunec als Ausschussmitglied gewählt.

Ahling. Die Mitglieder der Ortsgruppe Ahling werden aufgefordert, die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle beim Kaffier Genossen Oman, Portier in Ahling, abzugeben.

Marienberg. Die Genossen Mitglieder werden höflichst ersucht, die Mitgliedsbücher als auch Interimskarten behufs Revision an unseren Kaffier abzugeben.

Marchegg. Neue Kollegen, die Kalender gekauft haben, werden ersucht, die Unfallversicherungspolize an den Kaffier der Ortsgruppe abzugeben.

Wien. (Ortsgruppe XV. Fünfhäuser.) Am Dienstag den 11. März d. J. findet die Generalversammlung der Ortsgruppe in Baumanns Speiseaal, XIV, Sechshausertstraße Nr. 3, mit der üblichen Tagesordnung um 7 Uhr abends statt. Die Mitglieder und deren Frauen sind hiemit höflichst hiezu eingeladen. Ebenso laden wir hiemit die geehrten Mitglieder sowie deren Frauen und von ihnen eingeführte Gäste, zu dem am selben Abend zu Ehren der Zugbegleiterdelegierten stattfindenden, von der Ortsgruppe veranstalteten, gemütlichen Familienabend im großen Saal des besagten Etablissements ein.

Mistel. Laut Beschluss der Generalversammlung finden die Vereinsabende jeden Montag nach dem 1. und 15. statt. Trifft der 1. und 15. an einem Montag, so an demselben Tag. Die Ausgabe der Bücher aus der Vereinsbibliothek wird mit 1. März bis 1. April behufs Revision eingestellt und sind ausgeborgte Bücher bis 1. März den Bibliothekaren Arnold Jakubek, Lokomotivführer, und Otto Prochaska, Kondukteur, abzugeben.

Triest I. Am 15. Jänner fand die diesjährige Generalversammlung der Ortsgruppe statt. In den neuen Ausschuss wurden folgende Genossen gewählt: Andreas Bahun, Obmann, Alois Ros, Stellvertreter; Max Zuzzi, Schriftführer; Ivan Mislej, Kaffier, Anton Bajec, Stellvertreter; Stefan Zuzzi I und Ivan Fatur, Kontrolle; Richard Trost, Alois Zuzzi, Stefan Zuzzi II, Ivan Zvančić, Josef Kozar, Josef Geben, Anton Periot, Ivan Brecl, Josef Sega, Johann Božić und Matthäus Uhan, Ausschussmitglieder.

Sämtliche Zuschriften sind an Genossen Andreas Bahun, Trieste, Grotta Nr. 118, zu adressieren.

Oberleutensdorf. (Sterbekasse.) Den Mitgliedern der Sterbekasse diene zur Kenntnis, daß am 28. Jänner 1913 Genosse Klement Groh in Klostergrab gestorben ist. Die Beiträge für den Verstorbenen sind che baldigst an den Hauptkassier einzusenden. Die Unterstützung wurde bereits ausbezahlt.

Lichtenau. Bei der am 9. Februar abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Funktionäre gewählt: Johann Richter, Obmann, Franz Rayer und Josef Kober, Stellvertreter; Dominik Bergmann, Kaffier, Wenzel Bergmann, Stellvertreter; Josef Karger, Schriftführer, August Hirdler, Stellvertreter; Alois Karger und Eduard Gall, Bibliothekare; Josef Becker, Peter Hornig und Franz Riehm, Kontrolloren; Friedrich Hirdler und Franz Stephan, Substanzier; Wenzel Bergmann, Zeitungsfolporteur; Johann Bergmann, Arbeiterauschussmitglied.

Korrespondenzen in Vereinsangelegenheiten sind an den Obmann Johann Richter, Weichenwächter, Lichtenau, in Geldangelegenheiten an den Kaffier Dominik Bergmann, Weichenwächter, Lichtenau, zu richten.

Wischhofen. Genosse Oberschneider dankt den Mitgliedern für das Vertrauen, das sie ihm durch seine Wiederwahl als Kaffier bezeugten und ersucht die Genossen und Experten, längstens bis 20. alle Monate die Beiträge abzugeben. Genosse Oberschneider wird sich erlauben, alle Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen zwei Monate im Rückstand sind, durch ein Mahnschreiben zu mahnen. Die Genossen sollen das nicht als eine Beleidigung auffassen, denn eine tadellose Ordnung kommt allen zugute. Den Mitgliedern sowie der Organisation auch werden durch diese Einrichtung diese immerwährenden Austritte vorgebeugt, da ein Genosse nicht so weit im Rückstand kommen kann, daß ihm die weitere Mitgliedschaft erschwert würde.

Die Ortsgruppenleitung gibt überdies bekannt, daß die weiteren Diskussionsabende von nun an allgemeine sind, in welchen vom neugegründeten Bildungsausschuss Vorträge aus allen Gebieten gehalten werden und zu selben auch die Genossen freundschaftlich eingeladen werden. Das weitere wird jeweils in der „Salzburger Wacht“ bekanntgegeben werden.

Penzing. Am 15. Februar fand in Preis Restauration, XIV, Mariabilderstraße 176, eine sehr gut besuchte Versammlung der Blodsignalbiener und Wächter statt, bei welcher Genosse Sommerfeld über die Anträge der genannten Kategorien Bericht erstattete. Als Vertreter der Zentrale war Genosse Adolf Müller erschienen, welcher in einem ausgezeichneten Referat die Fragen der Blodsignalbiener und Wächter behandelte, wofür ihm lebhafter Beifall gesendet wurde. Beim Punkt „Neuwahl der Vertrauensmänner“ wurde Genosse Sommerfeld als Obmann, Schoderböck und Schnöhrich als Stellvertreter, Gittenberger und Stangl als Schriftführer gewählt.

Anträge zc. sind an Josef Sommerfeld, Wien XIII/2, Gurzgasse 6, zu richten.

Paffau. Die Zahlstelle hielt am 8. Februar ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Gewählt wurden folgende Genossen: Josef Fröschl, Zahlstellenleiter, Rajic, Stellvertreter; Feischl, Schriftführer, Dentl, Stellvertreter; Schmidt, Kaffier, Fris Fuchsberger, Stellvertreter; Gajzlmaier und Feichter, Revisoren; Martin Mahrhöfer und Gruber, Bibliothekare; Alois Kimmstein und Dehner, Ausschüsse.

Sämtliche Zuschriften sind zu richten an Josef Fröschl, Paffau, Hochstraße 15.

Brag-Karolinenthal. Bei der am 6. Februar abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Emil Thl, Obmann, Josef Bahradnik und Karolus Ebo-

boda, Stellvertreter; Franz List, Kaffier, Franz Polmészil, Stellvertreter; Franz Palta, Schriftführer, Stanislaw Richter, Stellvertreter; Franz Souref und Paul Lanna, Bibliothekare; Josef Dbožal und Josef Cap, Kontrolloren.

Monatsversammlung ist jeden ersten Donnerstag nach dem 1. Auschuhung ist jeden ersten Donnerstag nach dem 15.

Verschiedenes.

Analphabeten in den verschiedenen Ländern.

Trotz der in den meisten Ländern eingeführten Schulpflicht ist die Zahl der Analphabeten noch immer sehr groß und ihr Rückgang ein sehr langsamer. Wie einer Zusammenstellung der statistischen Monatschrift für den Monat Oktober 1910 entnommen werden kann, entfielen auf je 100 Einwohner Analphabeten, das heißt Personen über sechs Jahre, die weder schreiben noch lesen konnten:

Land	Jahr	Prozent
Belgien	1880	34,3
Bulgarien	1901	72,37
	1905	65,24
Finnland	1880	1,9
	1900	1,2
Frankreich	1901	17,70
	1908	13,82
Italien	1881	61,9
	1881	48,5
Kroatien	1890	67
	1890	55,6
Oesterreich	1890	30,9
	1900	23,8
Portugal	1900	75,78
Preußen	1871	12,17
Rumänien	1899	78
Rußland	1897	70,16
Russisch-Polen	1897	50,86
Serbien	1890	85,8
	1900	79
Spanien	1877	72
	1900	63,78
Ungarn	1890	48
	1900	38,6
Brasilien	1900	85,2
Nordamerika: 1880:		
schwarze Bevölkerung	44,47	
weiße	6,2	

In der Statistik fehlen Deutschland außer Preußen, die Schweiz, die Niederlande, Dänemark und England. Das ist darauf zurückzuführen, daß hier die Resultate einer anderen Zählungsmethode vorliegen, nämlich die Zählung nach Rekruten. Auf je 100 Rekruten entfielen Analphabeten in Deutschland 0,02, in der Schweiz 0,11, in den Niederlanden 2,1, Dänemark 0,4 und in Japan 5,75. In England wurden auf je 100 Eheschließungen 12 Analphabeten gezählt. Das ist jedoch kein richtiger Maßstab, weil jemand seinen Namen zur Not eintrügeln und trotzdem Analphabet sein kann.

Die Zusammenstellung ist aus verschiedenen Gründen interessant; sie zeigt uns Rußland als denjenigen Großstaat, der in Bezug auf Analphabeten noch immer an der Spitze der Länder marschiert. Merkwürdig ist, daß Finnland fast keine Analphabeten und daß Japan deren nur 5,75 Prozent hat. Der Fortschritt dieses ostasiatischen Staates flößt Respekt ein.

Die österreichische Staatsschuld. Zu den Jahren 1862 bis 1912 ist die österreichische Staatsschuld von 4912 Millionen Kronen im Jahre 1862 auf 12,372 Millionen Kronen im Jahre 1912 gestiegen. Das Zinsenverhältnis für die Staatsschuld stieg in diesem Zeitraum von 220 Millionen auf 488 Millionen Kronen jährlich. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen vor 50 Jahren 256 Kr. und entfallen jetzt 429 Kr. der Staatsschuld. Während die Bevölkerung in diesem Zeitraum um rund 50 Prozent zunahm, weist die Steigerung der Staatsschulden eine Vermehrung um rund 152 Prozent auf. Der Ertrag der Steuern stieg in den letzten 50 Jahren um 207 Prozent, überschreitet daher die Zunahme der Staatsschulden um weitere 55 Prozent. Und jetzt kriegen wir wieder neue Steuern und wieder neue Schulden. So geht es fort. Und die Bevölkerung muß zahlen, ohne daß sie gefragt würde, ob sie auch damit einverstanden ist.

Die Einkommensverteilung in Oesterreich. Nach den vom Finanzministerium veröffentlichten Ergebnissen der Personaleinkommensteuerveranlagung im Jahre 1910 waren von den 28,321,088 Einwohnern, die Oesterreich mit Ende des erwähnten Jahres zählte, 1,304,755, das sind 4,62 Prozent zur Personaleinkommensteuer veranlagt, hatten also ein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 1200 Kronen.

Von diesen Steuerträgern hatten Einkommen:

von Kronen	1.200 bis Kronen	2.000	725.541
"	2.000	4.000	376.546
"	4.000	6.000	100.831
"	6.000	10.000	59.028
"	10.000	15.000	20.199
"	15.000	20.000	8.288
"	20.000	40.000	9.604
"	40.000	60.000	2.539
"	60.000	80.000	1.099
"	80.000	100.000	591
"	100.000	200.000	985
"	200.000	300.000	226
"	300.000	400.000	98
"	400.000	500.000	57
"	500.000	600.000	24
"	600.000	700.000	19
"	700.000	800.000	13
"	800.000	900.000	12
"	900.000	1.000.000	12
"	1.000.000	1.500.000	18
"	1.500.000	2.000.000	9
"	2.000.000	3.000.000	3
"	3.000.000	4.000.000	3
"	4.000.000	5.000.000	3
"	25.880.000		1

Das sind recht interessante Ziffern. Sie zeigen uns, daß es in ganz Oesterreich nur rund 1,100,000 Personen gab, welche über ein Einkommen von 1200 bis 4000 Kronen verfügten; etwa 100,000 Personen hatten ein Einkommen von 4000 bis 6000 Kr., weitere 100,000 Per-

sonen ein solches von 6000 Kr. aufwärts. Etwa 1500 Personen haben ein jährliches Einkommen von über 100,000 Kr., dagegen etwa 13,000,000 (wenn man 50 Prozent der Einwohner als einkommenslose Kinder betrachtet) nicht einmal 1200 Kr. im Jahre. Sind das nicht auch aufreizende Ziffern?

Zehn Gebote für vorgeladene Verbandsmitglieder
 1. Sprich schlecht von deinem Verband bei jeder Gelegenheit, die sich dir bietet.

2. Drohe stets mit deinem Austritt oder mit Widersetzlichkeit, wenn dir im Verband etwas nicht paßt.

3. Unterlasse nicht, jedermann haarklein zu erzählen, daß du mit der Tätigkeit deines Verbandes nicht einverstanden bist.

4. Wenn du dich mit einem Verbandsmitglied verfeindet hast, so veräume nicht, es dem Verband entgelten zu lassen.

5. Unterstelle allen, die Arbeit für den Verband verrichten, daß sie das nur aus Ehrgeiz oder um eines Amtes willen oder wegen persönlicher Vorteile tun. Bitte dich aber sorgfältig, etwas für deinen Verband zu tun, damit du nicht selbst in der gleichen Weise beschuldigt wirst. Schwänze wo möglich die Versammlungen.

6. Erkläre einem jeden, der nicht im Verband ist, wie es eigentlich zu sein hätte, hüte dich aber, das im Verband selbst zu sagen.

7. Sprich niemals Gutes über die gewählten Vertreter deiner Organisation, die an der Verbesserung deiner Verhältnisse arbeiten.

8. Wenn du etwas gefeierter als andere bist, so laue bis einer aus der Vorstandschaft einen Fehler oder ein Versehen begeht, dann falle über ihn her. Mit deinen besseren Gedanken halte unbedingt so lange zurück.

9. Vergesse nie aus „prinzipiellen“ Gründen in Versammlungen immer Opposition zu machen, denn du bist die Würge der Versammlungen: das Salz, der Pfeffer, die Muskatnuß. Wärest du nicht, so wären die Versammlungen unschmackhaft.

10. Triffst einer einmal in deinem Sinn das Richtige, so widerspreche dennoch, sonst wärest du nicht derjenige, der alles besser weiß.

Wenn du das alles tußt, so darfst du dich rühmen, als ein gefeierter Mann angestimmt zu werden, der eigentlich „der Richtige“ wäre!

(Aus dem bayerischen „Eisenbahner“.)

Reservefonds der Könige. Mit schönem Stolz erzählt der Newporter „Sun“ ihren Lesern, daß den europäischen Monarchen die Bankinstitute der alten Welt nicht sicher genug erschienen, um ihnen all ihr Hab und Gut anzuvertrauen. Und was sollte da den Fürsten Europas auch anderes übrig bleiben, als ihr Geld in Amerika zu deponieren. Seit einigen Jahren wurden die Summen, die europäische Herrscher bei großen amerikanischen Banken hinterlegten, immer größer; und vor allem die Newporter „Sun“ weiß das: die Könige fühlen sich am wohlsten, wenn sie ihr Geld in amerikanischen Industriebanknoten und Eisenbahnpapieren anlegen. Der Zar zum Beispiel ist Aktionär einer ganzen Reihe amerikanischer Bahngesellschaften, rund 25 Millionen hat er schon in amerikanischen Aktien angelegt, aber dafür bezieht er auch weit über 2 Millionen Markt Zinsen aus den Vereinigten Staaten. Georg V. hat über 20 Millionen in amerikanischen Industriebanknoten angelegt, während der deutsche Kaiser etwa 12 Millionen in Eisenbahnaktien Nordamerikas besitzt. Er soll sein Kapital mit 5 Prozent verzinsen. Die preussischen Prinzen aber — die „Sun“ behauptet es — bevorzugen kanadische Eisenbahnwerte und besitzen für mehr als 4 Millionen Markt Aktien. Natürlich haben auch die Könige von Italien, Griechenland, Dänemark und Belgien Amerika zum Tresor erwähnt und auch Alfonso XIII. fehlt nicht unter den amerikanischen Aktionären. Die Kaiserin Eugenie dagegen hat nur bei einer Newporter Bank ein Guthaben von 40,000 Mk., während der Kaiser von Oesterreich und der Papst dem gelobten Land noch skeptisch gegenüberstehen.

Man sieht — vorausgesetzt, daß die „Sun“ richtig informiert ist — daß die Befürchtung, große Werte durch das nationale Unglück eines Krieges zu verlieren, bis in die höchsten Kreise verbreitet ist.

Patriotismus. Dem gewöhnlichen Menschen ist das Vaterland, wo ihn sein Vater gezeugt, seine Mutter gesaugt und sein Pastor getauft hat; dem Kaufmann, wo er die höchsten Prozente ergaunern kann, ohne von dem Staat gepöbelt zu werden; dem Soldaten, wo der Imperator den besten Sold zahlt und die größte Injolenz (Unverschämtheit) erlaubt; dem Gelehrten, wo er für seine Schmeicheleien am meisten Beifall oder Geld erntet; dem ehelichen, vernünftigen Manne, wo am meisten Freiheit, Gerechtigkeit und Humanität ist. Also findet der letzte nur selten sein Vaterland.
 (Seume: Apokryphen.)

Technisches.

Der größte Bahnhof der Welt. Demnächst wird der neue Leipziger Hauptbahnhof seinen Ruhm, der größte Bahnhof der Welt zu sein, an Amerika abtreten und sich damit beugnen, bis auf weiteres der größte Bahnhof Europas zu sein. In New York soll der monumentale Riesebau eingeweiht werden, der künftig als der Newporter Zentralbahnhof ein Denkmal bildet für das gewaltige Wachstum des amerikanischen Verkehrswezens. Zusammen mit den Kosten des Grundstücks, das eine Fläche von 32 Hektar umfaßt, hat die monumentale Anlage alles in allem rund 600 Millionen Markt gekostet. Weder die neue noch die alte Welt hat ein ähnlich gewaltiges und zugleich auch wirklich großartiges Gebäude aufzuweisen. Der Bahnhof umfaßt zwei Stadwerke, auf dem oberen laufen auf 42 Schienenpaaren die Schnellzüge ein, auf dem unteren auf ebensoviel Schienenpaaren die Vorortzüge. Die mächtige Halle bietet 1048 Eisenbahnwagen eine gedeckte Unterkunft. Die Anordnungen sind so getroffen, daß die Passagiere sich erst dann auf die Perrons begeben, wenn die Züge wirklich einlaufen; bis dahin halten sie sich in den mächtigen Wartehallen auf. Es ist nicht oft, daß sich bei amerikanischen Riesenhallen die Gewaltigkeit der Dimensionen mit einer harmonischen Schönheitswirkung vermählt, aber bei diesem Bauwerke haben die Architekten auch nach den Aussagen nicht-amerikanischer Kritiker dieses hohe und seltene Ziel erreicht. Der Hauptpunkt der Raumwirkung wird in der großen Zentralthalle, der Wartehalle für das Publikum, erreicht. Hier erliegt man zunächst der Majestät der Dimensionen, wird an einen riesenhaften Dom erinnert und lauscht erstaunt dem weißlichen Licht des Lichtflusses; man hat das so geschickt ausgenutzt, daß die Decke in ihrer Beleuchtung den Eindruck eines unermesslichen Raumes erweckt. Inmitten dieses weiten Raumes scheint nun ein Bild des Himmels zu schweben. Die Wirkung wird hervorgebracht durch zwei breite Goldstreifen. Die Streifen verlaufen über den Äquator und die Ekliptik; und zwischen ihnen gruppieren sich 2500 Sterne von verschiedener Größe. Die größeren unter ihnen, die die Sternentellernationen wiedergeben, werden elektrisch beleuchtet.

Literatur.

Der Kampf. (Februarheft.) Karl Renner: Der Schlüssel! Die Länder oder die Lehrer? Ernst Garami (Budapest): Der Wahlrechtskampf in Ungarn. Friedrich Engels: Die Bewegungen von 1847. Friedrich Adler: Die Klassengliederung der Wahlberechtigten. Karl Richter: Das Jahr 1913 und die Holzindustrie. Otto Glöckel: Der Kampf um das Koalitionsrecht der Staatsangestellten. Adolf Braun: Arbeitslosigkeit. Dr. Siegfried Justic (Aukergesfeld): Aerzte und Krankenpfleger. Mathias Ederjoch: Eine Erwiderung. Adelheid Popp: Minna Kautsky. Josef Luitpold Stern: Wieland, der Revolutionär.

„Das Recht“. Volkstümliche Zeitschrift für österreichisches Rechtswesen. Herausgeber: Dr. J. Ingwer und Dr. J. Rosner. Die soeben erschienene Nummer 15 dieser Zeitschrift hat folgenden Inhalt: Ordnungsgestrafen in Galizien. — Rechtsprechung: A. Arbeiterrecht. B. Steuerwesen. C. Eherecht. — Bücher und Zeitschriften: Dr. Ernst Ruzicka: Die Entschädigung wegen über obrigkeitlicher Verwaltung. — „Allelei aus dem Rechtsleben: Die Zurechtweisung der „Neuen Freien Presse“. Ein netter Disziplinarfall. Noch einmal die Gutnadeln. — Diese Zeitschrift erscheint am 1. und 15. eines jeden Monats. Das Abonnement beträgt jährlich 6 Kr., die einzelne Nummer kostet 30 H. Redaktion und Administration Wien VI, Stefaniengasse 24.

Eine Agitationschrift zugunsten des österreichischen Exportes unter dem Titel: „Die Förderung des ausländischen Exportes durch Österreich in seinen eigenen Absatzgebieten“ wird durch den Redakteur Guido Kohn der Zeitschrift des „Allgemeinen Tarifangelegers“ versendet. Der Verfasser behandelt in eingehender Weise die Benachteiligung des österreichischen Exportes durch die gegenwärtigen Bestimmungen der Handelsverträge, wonach den fremdländischen Waren, welche die Bahnen der Monarchie nur im Durchzug berühren, die Exportfrachttarife und familiäre Zugunsten des österreichischen Exportes geschaffene Begünstigungen ohneweiters zur Verfügung stehen. Insbesondere weist der Autor darauf hin, daß die österreichische Eisen- und Papierindustrie von den fast auf die Selbstkosten reduzierten Frachttarifen der k. k. österreichischen Staatsbahnen insofern gar keinen Vorteil hat, als die deutsche Industrie diese Frachtbegünstigungen genießt. Die Schrift bekämpft die generelle Gewährung der Exportbegünstigungen an die Nachbarstaaten und verlangt energisch, daß für jedes Zugeständnis auf frachtarifischem Gebiet ein gleichwertiges Äquivalent des zweiten Vertragskompensations verlangt werden soll, da es nicht möglich ist, schon bei Abschluß der Handelsverträge die frachtarifische Post für Post in ähnlicher Weise zu verhandeln, wie dies bei den Zolltarifen geschieht.

Neben ziffernmäßigen Gegenüberstellungen der Normal- und Exportfrachten, die beispielsweise zeigen, daß bei einem Wagon deutscher Eisenwaren, der die Strecke Oberberg-Jank durchläuft 202 Kr., für einen Wagon deutscher Papierware nach Rumänien seitens der österreichischen Staatsbahnen 620 Kr. Frachtmachsch gewährt werden, enthält die Broschüre den Abdruck zahlreicher interessanter Dokumente, welche die durchaus nicht einheitliche Praxis der Bahnen auf diesem wenig beachteten, wichtigen Gebiet der Volkswirtschaft illustrieren. Gelegentlich der Verhandlungen über die neuen Handelsverträge dürfte die kurze Schrift, die sehr energisch für wichtige Exportinteressen eintritt, ernste Beachtung finden.

Eingefendet.

(Für alle Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

In Euzema-Balsam besitzen wir ein Mittel, das infolge seiner milden Wirkungsweise, speziell bei nässenden Flechten mit Erfolg angewendet wird. Das nächste Moment wird in kürzester Zeit beiteilt und die Heilung erfolgt dann in kurzer Zeit.

Auch bei Schuppenflechten (Psoriasis), selbst in den ärgsten Fällen, wirkt es oft geradezu überraschend, was die vielen eingelaufenen Dankschreiben beweisen.

„Glücksrad“ in Brünn. Noch viele Millionen Kronen werden in Haupttreffer verlost. Jedermann kann einen von diesen um den geringen Betrag von Kr. 3.30 oder 3.95 u. s. w. durch Loskauf gegen Ratengahlungen von dem Geldinstitut „Glücksrad“ in Brünn, Rudolfsplatz 12 (Mähren), gewinnen. Der Loskauf ist eines der besten Mittel zum Einlegen von kleinen Ersparnissen, die sich jederzeit durch einen eventuellen Treffer vervielfältigen und dem Einleger eine sorgenlose Zukunft bereiten können. Alle Lose, die wir verkaufen, sind in Österreich erlaubt und müssen binnen einer bestimmten Frist gezogen werden. Jedes Los muß mindestens einmal gewinnen, es ist deshalb ein vollständiger Verlust des eingelezten Geldes vollkommen ausgeschlossen. Jedes Los kann man jederzeit laut amtlichen Notierungen gut verkaufen und in jedem Geldinstitut ohne Bürgen einen größeren Betrag darauf ausleihen. Es sind also Lose nichts anderes als Geld, weshalb jedermann einen Teil seiner Ersparnisse dem Loskauf widmen sollte. Es ist niemand so reich, um unter so günstigen Bedingungen auf einen Haupttreffer verzichten zu können. Wir machen deshalb unsere Leser auf den heute hegelagerten Prospekt der Firma „Glücksrad“ in Brünn, die wir zum Loskauf bestens empfehlen, aufmerksam, wofür alle Bestellungen, Anfragen u. s. zu richten sind. Wer diese Beilage durch Zufall nicht erhalten sollte, der fordere sie von der genannten Firma.

Sprechsaal.

Achtung! Bedienstete und Arbeiter der Murtalbahn, der Steiermärkischen Landesbahnen, der Zillertalbahn und der Lokalbahn Friedland-Viła, Achtung!

Demnächst finden im Sinne des § 9 des Statuts die Wahlen des Delegierten und dessen Ersatzmannes in die Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen für den Bereich eurer Lokalbahn statt.

Die Exekutive der Eisenbahner Österreichs tritt diesmal an euch, geehrte Kollegen und Genossen, unter dem Eindruck der von der k. k. Regierung geplanten Entziehung der Eisenbahner Österreichs, die in dem dem Abgeordnetenhaus bereits vorliegenden Gesetzentwurf über die Sozialversicherung enthalten ist, heran. Die Eisenbahner Österreichs können sich eine solche Verletzung erworbener Rechte nicht bieten lassen und die Wahl der Delegierten in die Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt soll einen Protest bedeuten gegen die Absichten der Regierung. Wir erfordern euch, werthe Kollegen und Genossen, einmütig für die nachstehenden, von den Vertrauensmännern der organisierten Eisenbahner Österreichs empfohlenen Kandidaten zu stimmen:

- Für die Murtalbahn: Als Delegierter: Franz Dworschel, Bahnmeister, Projach. Als Ersatzmann: Anton Lindner, Lokomotivführer, Murau.

- Für die Steiermärkischen Landesbahnen: Als Delegierter: August Hammer, Lokomotivführeranwärter, Kapfenberg. Als Ersatzmann: Johann Willibal, Zugführer, Kapfenberg. Für die Zillertalbahn: Als Delegierter: Wilhelm Silbermayer, Bahnmeister, Fügen. Als Ersatzmann: Alois Rieger, Stationsleiter, Kalltenbach-Stumm. Für die Lokalbahn Friedland-Viła: Als Delegierter: Franz Gonsal, Lokomotivführer, Friedland. Als Ersatzmann: Ottokar Malek, Expedient, Friedland. Die Exekutive der organisierten Eisenbahner Österreichs.

Vertrauensmännerorganisation der Zugbegleiter Niederösterreichs.

Am Dienstag den 11. März d. J. findet die Plenarversammlung der Zugbegleiter (Vertrauensmännerorganisation Niederösterreichs) in Baumanns Saal, XIV, Sechshausstraße 3, statt. Beginn 9 Uhr vormittags. Die Tagesordnung wurde auf den den Bahnliniens- und Stationsvertrauensmännern bereits zugelandeten Einladungen schon bekanntgegeben. Die Versammlung findet nach § 2 des Versammlungsgesetzes statt. Mitglieder unserer Organisation können gegen Vorweis des Mitgliedsbuches an den Verhandlungen als Gäste teilnehmen.

Abends im großen Saal zu Ehren der Delegierten gemüthlicher Familienabend mit ausgewähltem Programm.

Die Leitung der Ortsgruppe XV (Fünfhau) als Einberufer.

An die Mitglieder des Lebensmittelmagazins der k. k. Staatsbahnen in Görz.

Bei der am 20. Jänn. erstatteten Auslosung zweier Vorstandsmitglieder wurden unglücklicherweise gerade zwei der Unentbehrlichsten zum Ausscheiden aus dem Vorstand dieses Magazins gezwungen.

Es sind dies der Obmann des Vorstandes Herr Sommer sowie der Bahnerhaltungsingenieur Herr Schwarz, die sich um das wirtschaftliche Gedeihen dieses Magazins wirklich ehrliche Verdienste erworben.

Es ergeht daher an alle Mitglieder dieses Magazins, ohne Unterschied der Nationalität, die Aufforderung, bei der am 16. März d. J. stattfindenden Generalversammlung diese beiden Vorstandsmitglieder einstimmig wiederzuwählen, da diese beiden Herren bisher gezeigt und bewiesen haben, daß sie es mit der ihnen übertragenen Vorstandsmitgliedsarbeit auch ernst genommen haben, insbesondere aber Herr Sommer, der in seiner Eigenschaft als Stationskassier den Abzug an den kreditnehmenden Mitgliedern in vollständig anstandsloser Weise bewirkt, durch diese Tätigkeit fast unersehlich geworden ist.

Vertrauensmänner der Bahnerhaltung des k. k. Staatsbahndirektionsbezirk Wien.

Am 2. März 1913, halb 2 Uhr nachmittags, findet in Herrn Rudofs Gasthaus in Wien XII, Ignazgasse 12, die Generalversammlung der Bahnerhaltungsvertrauensmänner der k. k. Staatsbahndirektion Wien statt.

Bahrscheinliches Erscheinen notwendig.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck.

Die Bediensteten der Station Bischofshofen bitten eine k. k. Staatsbahndirektion, geeignete Vorkehrungen zu treffen, daß dieselben die bestellte und bezahlte Regiekohle (Schwarzkohle) jederzeit ausgefolgt erhalten. Es kommt in Bischofshofen vor, daß oft zwei bis drei Wochen keine Schwarzkohlen lagernd sind, infolgedessen dann die Bediensteten sich Kohlen beim Kaufmann kaufen müssen, trotzdem ihnen der Betrag für bestellte Kohle im Vorhinein in Abzug gebracht wurde.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Villach.

Zur Interesse einer einheitlichen und ruhigen Dienstabwicklung bittet eine Anzahl von Wächtern und Wächtersubstituten um gefällige Aufklärung resp. Abstellung nachstehender Mißstände: Der Bahnmeister Stadler in Bad-Graben verweigert den Wächtern den monatlichen dienstfreien Tag und bewilligt denselben nur an jenen Tagen, wo die Wächter von 6 Uhr früh bis 10 Uhr abends in der Tour sind. In allen anderen Tagen ist nach der Ansicht des Bahnmeisters Stadler die Bewilligung eines freien Tages vollständig ausgeschlossen. Mit welchem Recht entzieht der Bahnmeister Stadler den Wächtersubstituten die ihnen laut Arbeitsordnung § 5 und § 15 gebührende Ruhezeit? Zum Beispiel: Ein Wächtersubstitut arbeitet von 6 Uhr früh bis 10 Uhr vormittags. Um 10 Uhr vormittags tritt er den Dienst an, der bis 2 Uhr nachts dauert. Um 6 Uhr morgens muß der betreffende Mann schon wieder am Arbeitsort eintreffen, wenn er keinen Lohnausfall durch Abzüge erleiden will. Da der Weg vom Posten zur Wohnung und von der Wohnung zur Arbeitsstelle oft sehr weit ist, so ist in solchen Fällen ein nur zweistündiges Ausruhen vollständig ausgeschlossen. Um gefällige Auskunft in dieser Angelegenheit wird gebeten.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Villach.

Das Güterzugpersonal in Villach-Staatsbahn erlaubt sich die höfliche Anfrage, in wessen Auftrag der Herr Stationsvorstand in Kolbnitz die Partie des Zuges 771 zur Komplettierung von Rundholzwagen verwenden darf.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck.

Das Wächterpersonal der Station Imst wird bei dienstlichen Redungen, insbesondere aber bei dienstlichen telefonischen Gesprächen mit dem Aspiranten Reßen in einer den Dienstvorschriften widersprechenden Weise beschimpft und beleidigt. Bezeichnungen wie „Schweinehund“, „faule Individuen“ u. s. w. sind an der Tagesordnung. Die Bediensteten bitten eine k. k. Staatsbahndirektion, diesen angehenden Beamten zu befehlen, daß er im dienstlichen Verkehr mit den Untergebenen, sich genau nach der Dienstordnung zu verhalten hat.

An die Direktion der Österreichischen Nordwestbahn in Wien.

Die Magazin Arbeiter der Station Reichenberg erlauben sich die Anfrage, ob es einer k. k. Direktion bekannt ist, daß in der Station Reichenberg nach 6 Uhr abends noch Güter von den Expeditoren zugeführt, im Magazin deponiert und den nächsten Tag erst aufgegeben werden. Wer übernimmt in solchen Fällen die Verantwortung über diese Güter? Laut den bestehenden Bestimmungen sollen nach 6 Uhr abends keine Frachtgüter mehr aufgenommen werden. Um Abstellung dieses Mißstandes wird gebeten.

Versammlungsanzeigen.

- In nachfolgenden Orten finden Versammlungen statt: Admont. Am 22. Februar in Kraus' Gasthaus Ausschuss-sigung. Arem s. d. Donau. Am 22. Februar um 8 Uhr abends in Frau Hubers Gasthaus Wählerversammlung. Schwarzenau. Am 23. Februar um 2 Uhr nachmittags in Salmayers Bahnhofrestauration. Obertraun. Am 23. Februar im Gasthaus „zum Fuchs“ Generalversammlung. Mauthausen. Am 23. Februar um 8 Uhr vormittags im Gasthaus „zu den drei Kronen“ Generalversammlung. Aspang. Am 23. Februar um 3 Uhr nachmittags im Café Köstl. Gabersdorf am Kamp. Am 23. Februar um 9 Uhr vormittags in Hollensteiners Gasthaus. Weichenkirchen in der Wachau. Am 23. Februar um 1/3 Uhr nachmittags im Gasthaus des Herrn Raug. Marchegg. Am 24. Februar im Gasthaus des Herrn R. Teusch. Wien. Am 25. Februar um 7 Uhr abends in Herrn Salamons Gasthaus, XV, Gasgasse 3, Versammlung der Sanzleidner und Druder. Mistel. Am 27. Februar im Hotel Deutscher öffentliche Vereinsversammlung. Lubitz. Am 2. März in Nürnbergers Gasthaus Generalversammlung. Rudig. Am 2. März um 4 Uhr nachmittags im Gasthaus „zum Morgenstern“ Generalversammlung. Leob. Am 2. März um 2 Uhr nachmittags in Rohringers Gasthaus Generalversammlung. Parfshnis. Am 2. März um 2 Uhr nachmittags in Kolbes Gasthaus Generalversammlung. Böhmischnamitz. Am 2. März um 3 Uhr nachmittags im Gasthaus „zur Nordbahn“. Dug. Am 2. März Generalversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Stehring. Am 2. März um 1 Uhr nachmittags im Gasthaus des Herrn Freisegg in Stehring Wächterkonferenz. Teichstadt. Am 2. März um 2 Uhr nachmittags Generalversammlung. Steyr. Am 2. März um 2 Uhr nachmittags im Gasthaus „zum goldenen Flug“ Generalversammlung. Neulengbach. Am 2. März um 1/4 Uhr nachmittags in Lapelegers Gasthaus. Klostergrab. Am 2. März um 1/9 Uhr abends im Vereinslokal Generalversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Jaromek. Am 3. März um 8 Uhr abends im Gasthaus Stolin (am Ziegelschlag). Wels. Am 8. März um 8 Uhr abends im Gasthaus „zum bairischen Hof“ öffentliche Vereinsversammlung. Raasditz. Am 9. März um 5 Uhr nachmittags im Gasthaus Dvořak in Slavikowitz. St. Pölten. Am 9. März um 1/8 Uhr vormittags im Gasthaus „zum goldenen Löwen“, Wienerstraße 46, Generalversammlung. Marburg III. Am 10. März um 9 Uhr vormittags im Vereinslokal, Seichöns Gasthaus, Generalversammlung. — Um 8 Uhr abends im Kreuzhof gemüthlicher Familienabend. Weiskirchen. Am 16. März im Vereinslokal Generalversammlung.

Bekanntmachung der Administration.

Trotz wiederholter Aufforderung ist es uns noch immer nicht gelungen, den statistischen Fragebogen von den unten angeführten Ortsgruppen zu erhalten, obwohl derselbe bis längstens 10. Jänner l. J. einzusenden gewesen wäre. Wir erfordern daher die betreffenden Funktionäre dieser säumigen Ortsgruppen, auf das nachdrücklichste dafür Sorge zu tragen, damit der in ihren Händen befindliche Fragebogen in allen seinen Teilen genau ausgefüllt und sofort an uns behufs Anlegung des Gesamtberichtes eingefendet wird. Solange wir



Feinster Bohnenkaffeeschmack appetitlich - würzig - anregend

